TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES ÜBER DIE ARBEIT DER KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING 2005

Drucksachen-Nummer 3-0722/06-LR

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Landrates	3
Landratsbereich	
Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte	4
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	6
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Pressestelle	13
Kämmerei	19
Dezernat I	
Hauptamt	24
Personalamt	28
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	29
Rechtsamt	30
Dezernat II	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	34
Ordnungsamt	36
Straßenverkehrsamt	43
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	49
Umweltamt	54
Dezernat III	
Schulverwaltungs- und Kulturamt	58
Sozialamt	61
Jugendamt	64
Gesundheitsamt	68
Staatliches Schulamt	72
Dezernat IV	
Planungsamt	75
Kataster- und Vermessungsamt	80
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	83
Landwirtschaftsamt	88
Hoch- und Tiefbauamt	94

Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat

Luckenwalde, Januar 2006

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht des Landrates, der Sie über die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2005 informieren soll. Sie können darin nachlesen, was im vergangenen Jahr erreicht worden ist und wo es noch Schwachstellen oder Probleme gab.

Der Bericht soll Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, vor allem dazu dienen, sich ein Bild über Schwerpunkte und Aktivitäten der vergangenen zwölf Monate zu machen. Diese Informationen sollen Ihnen helfen, die Arbeit der Verwaltung einzuschätzen.

Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist einer der wichtigsten Dienstleister der Region, und ich denke, dass wir auf dem Weg zu einer effizienten und bürgerfreundlichen Behörde auch im vergangenen Jahr gemeinsam weiter voran gekommen sind.

Mut zur Kreativität, Interesse an den Problemen der Menschen und der Ehrgeiz, immer eine adäquate Lösung zu finden, müssen auch künftig unser Handeln bestimmen. Dabei sollte sich die öffentliche Verwaltung als Abteilung eines „Unternehmens Gesellschaft“ begreifen, in dem jeder an dessen Gesamterfolg interessiert ist. Fachkompetenz, Freundlichkeit und zügiges Handeln sind dabei unerlässlich.

Ihnen, verehrte Abgeordnete, wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zum Wohle unseres Landkreises. Ich gehe davon aus, dass er dank unserer gemeinsamen Arbeit noch attraktiver und lebenswerter wird.

Peer Giesecke

Landratsbereich

Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte

In der Europäischen Union wird durch die geforderte Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien in den Ländern das Thema Gleichbehandlung und Gleichberechtigung weiter von Bedeutung sein. Diese Richtlinien regeln die Grundsätze der Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung. Das Thema Gleichstellung und Gleichstellungsrecht hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf allen Ebenen der Politik, dem Bund, den Ländern und in den Kommunen sind Gender Mainstreaming und Gender Budgeting Begriffe geworden. Der Auftrag „Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." ist zumindestens weitgehend formal vollzogen. Allerdings hinken die praktische Umsetzung, Ausgestaltung und gesellschaftliche Akzeptanz dem noch hinterher.

Die Umsetzung dieses Auftrages ist Inhalt der Arbeit der Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragten. Ihre Aufgaben sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Bildung und Ausbildung, soziale Sicherheit und öffentliches Leben, verwaltungsintern und extern erfassen.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben161.609 Menschen (Stand: 30.06.2005), 81.418 (50,4%) davon sind weiblichen Geschlechts. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beträgt 1,6 %, davon sind 348 Flüchtlinge und 2.174 ausländische Bürgerinnen und Bürger.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um den Auftrag des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen, Männern und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen und deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Frauen- und Familienförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Verantwortungs- und Lebensbereichen, entsprechend ihren Fähigkeiten, vertreten zu sein. Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied in der Steuerungsgruppe der regionalen Verzahnungsstelle, einem Instrument der Landesregierung, in dem Arbeitsmarktpolitik mit Struktur- und Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Förderungen von Gender Mainstreaming zu vernetzen ist.

Zur Förderung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung ist im Landkreis Teltow-Fläming ein Initiativbüro durch Landesförderung installiert worden. Im Regionalbeirat ist die Gleichstellungsbeauftragte Ansprechpartnerin bei der Projektauswahl von Mikroinitiativen oder Mikroprojekten zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit in den Kommunen, zur Erprobung von Existenzfähigkeiten oder zur Entwicklung von Nebenerwerbsmöglichkeiten vor allem für Frauen.

Zum Thema häusliche Gewalt und Opferschutz wurde mit der Opferschutzbeauftragten des Schutzbereiches Teltow-Fläming eine Veranstaltungsreihe zur Weiterbildung der Polizei organisiert, die sehr gut angenommen wurde. Der bundesweite Aktionstag am 25. November 2005 zum Thema „Nein zu Gewalt an Frauen“ wurde auch im Landkreis Teltow-Fläming begangen. Aus diesem Anlass fanden Informationsveranstaltungen zum Thema Gewalt und zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes statt. Außerdem wurde mit dem Hissen der Fahnen zum Aktionstag auf dieses Thema aufmerksam gemacht.

Das Landesintegrationskonzept ist ausgerichtet auf die Förderung der Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnorten. Hier mitzuwirken, ist ebenfalls ein Schwerpunkt der Arbeit. Dabei ist das bürgerschaftliche Engagement der einzelnen Initiativen in den Kommunen ein wichtiger Bestandteil.

Einer der Schwerpunkte der kreislichen Arbeit ist der proaktive Ansatz in der Kinder- und Jugendarbeit. Mit Projekten zur interkulturellen Arbeit wurden durch die Ausländerbeauftragte in den Schulen Kenntnisse vermittelt, wie z.B. zu Fluchtgründen, zur Lebenssituation im Asylverfahren und zur Religion. Aus diesen Projekttagen entwickelten sich neue Formen der Zusammenarbeit, so z.B. Treffen der Schüler mit den Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingswohnheimen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz konnte die Ausstellung „Die Braune Falle“ im Landkreis gezeigt werden. Durch begleitende Projekte, erarbeitet durch Mitarbeiter der RAA Trebbin, wurde den Schülerinnen und Schülern ein umfassendes Bildungsangebot zu diesem Thema geboten.

Mit Hilfe von engagierten Förderern und durch Aktive vor Ort öffnete in diesem Jahr das erste Internet-Cafe im Übergangswohnheim in Luckenwalde. Auch diese Einrichtung ist ein wichtiger Baustein für das Miteinander von Aus- und InländerInnen.

Toleranz üben und Vorurteile abbauen wurde auch wieder durch Begegnungen gefördert, wie z.B. Feste der Begegnung in Niedergörsdorf, Jüterbog, Luckenwalde und Ludwigsfelde, Straßenfußballturniere und Ferienfreizeiten in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Sportjugend. Der Wettbewerb um den 2004 gestifteten Wanderpokal, der bei einem jährlichen stattfindenden Wettkampf in verschiedenen Orten dem Sieger überreicht wird, ist schon zur Tradition geworden. Einbezogen wurden in alle Aktivitäten die ausländischen Schülerinnen und Schüler, Schüler und Jugendliche aus den Kommunen sowie die Eltern und die Großeltern. Auch die weihnachtliche Hilfsaktion für Flüchtlingskinder und die Spendenaktion für Litauen tragen durch den humanitären Grundgedanken zum Gemeinsinn bei. Diese Veranstaltungen sind in den Kommunen schon zu einem festen Bestandteil in der Integrationsarbeit geworden und leisten auch einen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit. Ein Höhepunkt in der Interkulturellen Woche 2005 im Landkreis Teltow-Fläming war die Fortführung des Brückenfestivals in Ludwigsfelde, das auch schon zu einem festen Termin in der Kulturlandschaft Brandenburgs geworden ist.

Die Beauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, die Mitarbeit im Flüchtlingsfrauenbeirat und als Mitglied und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg..

Für die Arbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeauftragten lag der Schwerpunkt in der Vermittlung von Informationen zum neuen Zuwanderungsgesetz und deren Rechtsanwendungen, zur Härtefallregelung, zur EU–Osterweiterung, zum Integrationskonzept für Ausländer und Spätaussiedler für das Land Brandenburg und zur Antidiskriminierungsrichtlinie. Dazu wurde ein Seminar in Neuseddin mit Multiplikatoren der Bildungsarbeit organisiert.

Wichtige Bündnispartner in der Jugend- und Ausländerarbeit sind die Mitglieder des Arbeitskreises " TF gegen Gewalt", die Fördervereine der Schulen, das Mobile Beratungssystem Schule, die Niederlassung Trebbin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V. und der Arbeitskreis Migration. Auf der Gleichstellungsebene ist es das " Frauennetzwerk Teltow-Fläming".

Das Frauennetzwerk arbeitet intensiv mit der ARGE, den Arbeitsämtern, Bildungsträgern und Beschäftigungsgesellschaften zusammen. In Zusammenarbeit mit der Verzahnungsstelle und den freien Trägern ist es wichtig, die wenigen Mittel, die der Frauenförderung zur Verfügung stehen, so effektiv wie möglich zu verwenden. So können Frauen in strukturbestimmende Maßnahmen der Arbeitsförderung integriert und somit auch für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert werden.

Die Planung, Organisation und Durchführung der 15. Brandenburgischen Frauenwoche war auch in diesem Jahr, bedingt durch begrenzte Mittel, nur mit großem Kraftaufwand zu bewältigen. Den Organisatorinnen gelang es in einer sehr guten Qualität und mit hohem Engagement die Veranstaltungen durchzuführen. Das Motto " Junges Gemüse und altes Eisen?!" zog sich als roter Faden durch die Veranstaltungen in den Regionen und erreichten viele Frauen aller Generationen.

Das Miteinander der einzelnen Vereine und Initiativen zeichnet auch eine neue Qualität der Frauenarbeit aus: sich selbst und auch andere aktivieren, motivieren und sich für die eigenen Belange zu engagieren. Aus dieser Zusammenarbeit haben sich kleine Strukturen des Miteinander von deutschen und ausländischen Frauen, von Mädchen und Seniorinnen, behinderten und nicht behinderten Frauen entwickelt, die ihre Interessen jetzt auch gemeinsam vertreten.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 2005 einen hohen Stellenwert, um Menschen für die besondere Thematik in der Gleichstellungs- und Ausländerarbeit zu sensibilisieren.

Der Landkreis war durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Menschen mit Behinderungen haben wie alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, ihr Leben selbst zu gestalten und über ihre sozialen Bezüge selbst zu entscheiden. Dieses gilt auch für Menschen mit schweren körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen. Es ist ein sozialpolitisches Ziel, dass Staat und Gesellschaft Menschen mit Behinderungen eine Auswahl verschiedener Hilfs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für die Bewältigung ihrer Lebenssituation anbieten, damit sie möglichst selbstständig und würdevoll leben, lernen, wohnen und arbeiten können. Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte des Landkreises ist für diese Belange der zentrale Ansprechpartner.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 19.975 Menschen mit einer Behinderung, davon 14.095 mit einem Grad der Behinderung ab 50 Prozent. Das entspricht 12,4% der Einwohner des Landkreises (Stand 12/04). Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl der Menschen mit einer Behinderung um weitere 1.469 Personen erhöht. Dieser Anstieg macht sich auch finanziell für den Landkreis bemerkbar.

So wurden unter anderem im Jahr 2005 nach dem Landespflegegeldgesetz für

Blindengeld in 1.908 Fällen,
Gehörlosengeld in 960 Fällen und.
Pflegegeld in 348 Fällen

insgesamt 529.112,14 € ausgezahlt.

Des Weiteren unterstützte der Landkreis die Selbsthilfegruppen mit finanziellen Mitteln in Höhe von 13.400 €. Für den Behindertenfahrdienst wurden Fahrcoupons mit einem Gesamtwert von 39.868,43 € (3.540 Fälle) ausgegeben.

Der Anstieg der Zahl von Menschen mit Behinderung und die vielfältige Gesetzgebung für Behinderte hatten zur Folge, dass sich im Jahr 2005 die Anzahl der Beratungsgespräche für diesen Personenkreis weiter erhöhte. So baten Behinderte, insbesondere aus der Gruppe der Neuzugänge, in insgesamt 403 Gesprächen allein bei der Antragstellung für einen Schwerbehindertenausweis um Hilfestellung.

Des Weiteren wurde von 287 Betroffenen gesetzliche Aufklärung zu den Rechten von Menschen mit Behinderung eingefordert. Dazu zählten u.a. die finanzielle Unterstützung beim behindertengerechten Umbau der Wohnung, Möglichkeiten der Förderung und Bereitstellung von Zuschüssen sowie die Benennung von Ansprechpartnern für bestimmte Problemlösungen.

Die Behindertenbeauftragte war darüber hinaus Vermittler für die Hilfesuchenden zwischen den Ämtern, zum Beispiel Sozialamt und Gesundheitsamt, sowie den Wohlfahrtsträgern, Versorgungsämtern, Krankenkassen und dem Integrationsfachamt. So konnten im vergangenen Jahr von 32 Hilfesuchenden mit Unterstützung der Beauftragten 18 aus einer nicht behindertengerechten Wohnung in eine betreute bzw. barrierefreie Wohnung umziehen.

Als Problem zeigt sich gegenwärtig, dass der bezahlbare und barrierefreie Wohnraum nicht dem Bedarf der Betroffenen entspricht. Dabei sind Altersrentner häufig leichter in der Lage, das betreute Wohnen zu finanzieren bzw. in eine barrierefreie Wohnung zu ziehen als Menschen mit einer Behinderung, die nicht über ein geregeltes Einkommen verfügen. Diese können sich daher seltener eine für sie geeignete Wohnung leisten. Hier ist weiterhin die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände gefragt.

Einen wesentlichen Teil der Tätigkeit der Behindertenbeauftragten nahmen die Kontrollen zur Einhaltung der DIN 18024 und DIN 18025 "Barrierefreies Bauen" bei neuen Bauvorhaben ein. Im Jahr 2005 wurden 106 baurechtliche Stellungnahmen gefertigt bzw. entsprechende Abstimmungen mit dem Planungsamt und der Bauaufsicht geführt. Schwerpunkte bildeten dabei u.a. das Einfordern der Absenkung von Borden, die Schaffung von Behindertenparkplätzen, die Einhaltung von vorgegebenen Breiten bei Rad- und Gehwegen, die Erreichbarkeit von Bushaltestellen und Bahnhöfen, Überquerungsmöglichkeiten im Kreuzungsbereich, der Einsatz von stolperfreien Materialien auf Gehwegen sowie der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Bauten und Plätzen.

Des Weiteren wurden 13 Stellungnahmen zu Förderanträgen von Gemeinden für Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr für das Land Brandenburg angefertigt.

Die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderung ändern sich häufig. Die Betroffenen sind oftmals persönlich nicht in der Lage, darauf zu reagieren. Dabei benötigen sie Hilfe und Unterstützung. Diese wurde im letzten Jahr in 47 Widersprüchsfällen an das Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus geleistet. Durch die Kontaktaufnahme der Beauftragten zu Behörden wie BfA oder LVA, Hausärzten, Krankenkassen bzw. zum Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus konnte oftmals eine Lösung im Sinne der Hilfesuchenden gefunden werden.

Die durchgeführten Hausbesuche auf Bitten von Nachbarn oder Angehörigen, die auf Missstände bei Betroffenen hingewiesen haben, haben teilweise auf unzumutbare Lebenssituationen im privaten Wohnbereich aufmerksam gemacht. Diese konnten auf Initiative der Beauftragten in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen zu 80 % verbessert werden.

Die Organisation von Veranstaltungen und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gehörten ebenfalls zum Aufgabengebiet der Behindertenbeauftragten. Allein nach einer Pressemitteilung zum Erwerb eines EURO-Behinderten-WC-Schlüssels lösten Betroffene aus unserem Landkreis über 100 Bestellungen aus. Auch die Pressemitteilungen zur Rufbereitschaft von behindertengerechten Bussen im Öffentlichen Nahverkehr des Landkreises sowie zur Mobilitätszentrale der Bahn erfuhren eine große Resonanz.

Der Ausbau von internationalen Kontakten zwischen den Behindertenverbänden des Landkreises und des Partnerkreises Gniezno hat sich auch mit Unterstützung der Beauftragten in diesem Jahr weiter entwickelt. Gegenseitige Besuche der Vorstände, Besichtigungen von Behinderteneinrichtungen, der Austausch von Gesetzlichkeiten für Menschen mit Behinderung, die Ausstellung des Kunsthandwerkes von Betroffenen des Behindertenverbandes PROMYK in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming sowie der Besuch der Behindertenbeauftragten und der Vorstände der Behindertenverbände von Dahme und Jüterbog zur Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen des Behindertenverbandes PROMYK in Gniezno im Dezember 2005 haben beide Seiten voneinander profitieren lassen.

Gegenwärtig wird an der Organisation eines Austausches von Lehrern aus Schulen für Kinder mit einer geistigen Behinderung gearbeitet.

Großen Wert legte die Behindertenbeauftragte darauf, in den Selbsthilfegruppen bzw. in den Behindertenverbänden präsent zu sein. Nur so ist es möglich, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Das erleichtert den Betroffenen, sich in einer Umgebung von Gleichgesinnten zu öffnen über ihre Sorgen und Probleme zu reden.

Ein fester Bestandteil der Arbeit sind die regelmäßigen Zusammenkünfte der Vorsitzenden der Behindertenverbände in der Kreisverwaltung. Sie dienten nicht nur dem Erfahrungsaustausch untereinander. Die Beauftragte informierte bei diesen Zusammenkünften u.a. auch über neue rechtliche Grundlagen und Förderprogramme für Behinderte. Zu diesen Beratungen wurden stets auch Vertreter anderer Institutionen geladen, zum Beispiel aus dem Sozial- und Gesundheitsamt, von den Krankenkassen, den Wohlfahrtsverbänden und sozialmedizinische Betreuer, um nur einige zu nennen. Diskutiert wurden verschiedene Themen wie Patientenverfügung, persönliches Budget, Sonderparkregelungen, Möglichkeiten der Betreuung im Notfall.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst des Arbeitsamtes Potsdam wurde weiter ausgebaut. Es gibt regelmäßige Treffen, um Informationen über Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen auszutauschen. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen nachhaltig ins Arbeitsleben zu integrieren.

Die Mitarbeit der Behindertenbeauftragten im Nahverkehrsbeirat ist für einen barrierefreien Personennahverkehr von großer Bedeutung. Mit dem Gleichstellungsgesetz wird eine zentrale Forderung der Behindertenverbände verwirklicht, einen barrierefreien Zugang zu Bussen, Bahnen und Flugzeugen zu gewähren. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vergibt z. B. keine Fördermittel an den Personennahverkehr des Landkreises, wenn keine Stellungnahme der Behindertenbeauftragten zum Förderantrag vorliegt.

Zu einem Höhepunkt der Integration von behinderten Menschen gestaltete sich das 5. Behinderten- und Skaterfest am 3. September 2005 in Seehausen. 375 Menschen mit Behinderungen aus fünf Verbänden und Behinderteneinrichtungen kamen zu "ihrer" Veranstaltung. Auch zahlreiche Menschen ohne eine Behinderung nehmen dieses Fest von Jahr zu Jahr mehr an. Der Erlös dieser Benefizveranstaltung kam in diesem Jahr der Kontakt- und Begegnungsstätte für Behinderte in Ludwigsfelde zu Gute. Christina Rau, die Gattin des ehemaligen Bundespräsidenten, hatte erneut die Schirmherrschaft übernommen und bereits für das nächste Jahr wieder ihr Kommen zugesagt.

Ausgebaut wurde die enge Zusammenarbeit mit den Behindertenwerkstätten im Landkreis. Der Neubau einer Behindertenwerkstatt durch die Elster-Werkstätten gGmbH in Jüterbog, die über weitere 65 Plätzen verfügt, wird 2007 verwirklicht.

Nicht nur die Anzahl der Menschen mit einer Behinderung steigt im Landkreis Teltow-Fläming, auch der Anteil an Senioren wird von Jahr zu Jahr größer. Sie sind auf allen Ebenen mobiler als die Generationen vor ihnen. Das traditionelle Bild des Älterwerdens hat sich auch im Landkreis Teltow-Fläming verändert.

Die Politik für ältere Menschen steht vor der Aufgabe, sehr unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnissen und Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Im Landkreis sind gegenwärtig 25 Prozent der Einwohner Senioren.

Eine aktive Seniorenarbeit wird im Landkreis durch die Seniorenbeiräte in den Gemeinden geleistet. Mit Unterstützung ihrer jeweiligen Kommunen organisieren sie eine Vielfalt von Veranstaltungen, die ihren Höhepunkt in der Durchführung der Seniorenwoche fand. Die 12. Seniorenwoche wurde in der Zeit vom 6. bis 12. Juni 2005 unter dem Motto "Jung und Alt gestalten gemeinsam die Zukunft" veranstaltet.

Durch den Kreisseniorenbeirat wurden über 100 Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden organisiert. Zu verzeichnen ist ein höherer Anspruch der Senioren an die Qualität der Veranstaltungen. Das ist zurückzuführen auf die neue Generation der Senioren, die auf Grund von Vorruhestands- oder Altersübergangsregelungen zeitiger den Rentenstatus erlangen, aber höhere Ansprüche haben und nach neuen gesellschaftlichen Betätigungsfeldern suchen. Die Vielfalt der Veranstaltungen auf kulturellem, sportlichem oder künstlerischem Gebiet sind entscheidend für die Attraktivität der Begegnungen und damit für die Teilnahme der Seniorinnen und Senioren. Die Angebote müssen immer mehr den rüstigen und lebensfrohen Senioren angepasst werden. In Abstimmung mit der Kreisvolkshochschule und der Behindertenbeauftragten wurden z. B die Angebote für Senioren qualitativ verändert.

Auffällig bei allen Veranstaltungen ist der sehr hohe Anteil an Frauen, ein Verhältnis von 70 Prozent Frauen und 30 Prozent Männer ist die Regel. Dieses Verhältnis ist auch bei den Belegungen in Senioreneinrichtungen zu beobachten.

Ein weiterer Bestandteil der Tätigkeit der Seniorenbeauftragten ist die ständige Teilnahme an den Sitzungen des Kreisseniorenbeirates. Hier finden enge Kontakte nach den Sitzungen zu den Vertretern der Senioren aus den Gemeinden und Städten statt. Durch den Tod des bisherigen Vorsitzenden, Herrn Blaschke, wurde über den weiteren Vorsitz des Kreisseniorenbeirates zur Zeit noch nicht entschieden.

Am 1. September 2005 wurde zum zweiten Mal der „Tag der Altenpflege“ begangen. Er wurde von der Seniorenbeauftragten und dem Vorsitzenden des Kreisseniorenbeirates organisiert und feierlich in der Kreisverwaltung begangen. Bei dieser Festveranstaltung wurden 41 Kräfte aus dem Pflegebereich der verschiedensten Senioreneinrichtungen des Landkreises ausgezeichnet.

Die Gemeinden und Städte wurden für ihre Seniorenarbeit 2005 in einer Höhe von 17.500 € unterstützt.

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Der Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WFB), der dem Landrat direkt unterstellt ist, bearbeitet schwerpunktmäßig fünf Aufgabenkomplexe:

- Investitionsmanagement
- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Beteiligungsverwaltung
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Kammern, Verbänden u. a.

Das im vorigen Jahr eingeführte **Investitionsmanagement** hat sich bewährt. Die von den Ämtern der Kreisverwaltung bisher gemeldeten 62 Vorgänge, von denen 41 mit Problemen bei der Umsetzung verbunden waren, wurden in der Koordinierungsgruppe besprochen und, wenn möglich, Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Hierbei gab es auch eine gute Zusammenarbeit mit Kommunen und verschiedenen Institutionen. Die dadurch gewährleistete schnelle Erteilung von Genehmigungen und für die Investoren hilfreiche Koordinierung vieler Einzelfragen wird zunehmend auch über unsere Kreisgrenzen hinaus bekannt und führt zu interessanten Investorenanfragen. Bedeutendes Ereignis in diesem Jahr war die Ansiedlung des Vertriebszentrums für VW-Originalteile im Preußenpark Ludwigsfelde. Nach der Grundsteinlegung am 13.04.05 konnte das Richtfest am 22.11.05 gefeiert werden. Weitere wichtige Ansiedlungen konnten u. a. im Güterverkehrszentrum Großbeeren und im Holzkompetenzzentrum Baruth begleitet werden.

Eine erste Wirtschaftsdelegation aus unserem polnischen Partnerkreis Gniezno konnte sich bei ihrem Besuch vom 24. - 26.10.05 u. a. ein Bild von der Arbeit der Koordinierungsgruppe machen und will die Erfahrungen für die eigene Arbeit nutzen.

Die Aktivitäten auf dem Gebiet der **Arbeitsmarktpolitik** richten sich nach wie vor auf Projekte, die der Reduzierung der Arbeitslosigkeit dienen. Diese ist weiterhin von einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet. Während im Arbeitsagenturbereich Zossen Arbeitslosenquoten um 12 % zu verzeichnen sind, betragen diese im Bereich der Agentur für Arbeit Luckenwalde um 17 %. Die Projekte, mit denen die Kreisverwaltung versucht, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sind solche, die zum großen Teil durch EU- und Landesmittel und nur zum kleineren Teil durch kreisliche Haushaltsmittel finanziert werden.

Das Projekt „Verzahnung und Chancengleichheit“, welches bereits seit 2002 mit Hilfe der ARGE „RUNDE“ Konzept+ Teltow-Fläming durchgeführt wird, läuft weiterhin sehr erfolgreich. Im Jahr 2005 wurden 35 Maßnahmen mit 426 Teilnehmern und einem Wertumfang von 10,1 Mio. € bei 1,5 Mio. € kommunalen Eigenmitteln durchgeführt.

Das zweite, hier bereits im letzten Jahr näher vorgestellte Equal-Projekt "Entwicklungspartnerschaft Strukturentwicklung und Arbeit Berlin-Brandenburg" (EP SABB) wurde zum 30.06.2005 erfolgreich abgeschlossen. Alle Zielstellungen wurden übererfüllt. So wurden z. B. im Landkreis Teltow-Fläming 34 Unternehmen beraten, die Bildung des touristischen Netzwerkes „Mellensee-Wünsdorf-Zossen“ begleitet, diverse Weiterbildungsveranstaltungen (z. B. Englisch im Hotelbereich) durchgeführt und durch passgenaue Qualifizierungen Arbeitslose in Festeinstellungen gebracht (z. B. Firma Mikromol im Biotechnologiepark).

Die Mitarbeiterin für Arbeitsmarktpolitik beim Wirtschaftsförderungsbeauftragten, Frau Lehmann, arbeitete weiterhin im Beirat des "Initiativbüro Fläming" unter Leitung des VAB e. V. mit. Hier wurden 2005 23 Projektanträge geprüft, beraten und schließlich mit über 190 T€ (ESF- und Landesmittel) gefördert. Dies führte zur Gründung lokaler Kooperationen und Netzwerke und dient zum Teil zur Erprobung für eine eventuell anschließende Existenzgründung. Ebenfalls über Frau Lehmann wurde das 2005 eingeführte Kreiskontingent von 290 MAE-Stellen in Abstimmung mit den Ämtern der Kreisverwaltung und verschiedenen Trägern in vielfältigen Maßnahmen umgesetzt.

Durch die Mitarbeit des WFB in den Gesellschafterversammlungen der LUBA GmbH, der GAG Klausdorf mbH und der Mitgliederversammlung des FUTURA e. V. sowie durch die Berufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Potsdam, des Weiteren durch die Mitarbeit von Frau Lehmann in der Mitgliederversammlung des VAB e. V. und ihre Berufung als stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Potsdam und letztendlich durch die enge Zusammenarbeit mit den beiden Geschäftsstellen der Agentur für Arbeit unseres Landkreises und die Arbeit in o. g. Projekten nimmt die Kreisverwaltung unmittelbaren Einfluss auf die arbeitsmarktpolitische Entwicklung im Landkreis Teltow-Fläming.

Der Aufgabenbereich **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)** war geprägt von der Einführung des neuen ÖPNV-Gesetzes zum 01.01.2005 und dem neuen Nahverkehrsplan 2005 - 2009, den der Kreistag am 21. März 2005 beschlossen hat. Auf dieser Grundlage wurden mit allen Verkehrsunternehmen, die ÖPNV in unserem Landkreis betreiben, Verkehrsverträge abgeschlossen, die bis 2008 gelten. Erstmalig ist mit dem Nahverkehrsplan eine Investitionsrichtlinie beschlossen worden, nach der der Landkreis kommunale Investitionen für den übrigen ÖPNV mit jährlich 350 T€ fördern kann. Im „Startjahr“ 2005 haben dafür erst sieben Kommunen Anträge für 23 Maßnahmen gestellt. Von diesen 23 Maßnahmen konnten acht auf das Sonderprogramm des Landes umgelenkt werden. Die Anzahl der Anträge war 2005 noch gering, da bei den Kommunen z.T. die notwendigen Eigenanteile nicht im Haushalt eingestellt bzw. die erforderlichen Planungsunterlagen noch nicht ausreichend waren. Für das Jahr 2006 ist bereits ein Anstieg der Anträge abzusehen. Da die in einem Jahr nicht verbrauchten Mittel auf das Folgejahr übertragbar sind, können 2006 auch größere Vorhaben gefördert werden.

Bei der Lösung der vielfältigen Aufgaben in diesem Bereich wird die Verwaltung durch den Nahverkehrsbeirat unterstützt, der durch Herrn Podzuweit geleitet und durch Frau Hoffmann organisatorisch und inhaltlich begleitet wird. Allen Mitgliedern sei für ihre ehrenamtliche engagierte Mitarbeit gedankt. Der WFB arbeitet weiterhin im Beirat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH mit.

Im Sachgebiet **Beteiligungsverwaltung** befasst sich Herr Capalbo als Volljurist mit der Lösung einer Vielzahl von Rechtsfragen im Zusammenhang mit den kreislichen Beteiligungen und Mitgliedschaften, dem online-Recht u. a.. Bei der Erarbeitung von Kreistagsvorlagen des Bereichs und durch die Prüfung von Vorlagen für Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen kreislicher Gesellschaften erfolgt eine intensive Einflussnahme auf die Einhaltung rechtlicher Bestimmungen, aber auch auf die Ausschöpfung vorhandener rechtlicher Möglichkeiten.

Für alle Kreistagsabgeordneten, Aufsichtsräte oder Vertreter des Landkreises in Gremien von Unternehmen oder öffentlichen Körperschaften besteht hier jederzeit die Möglichkeit, sich zu Fragen im Zusammenhang mit diesen Ämtern beraten zu lassen. In diesem Zusammenhang sei auf den jährlich durch den Wirtschaftsförderungsbeauftragten erarbeiteten Beteiligungsbericht hingewiesen, der jeweils dem Kreistag zugeleitet wird und der im Büro des Wirtschaftsförderungsbeauftragten zur Einsichtnahme ausliegt.

Der **Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern und Verbänden** wurde auch 2005 große Bedeutung beigemessen. Die bewährte "Wirtschaftsrunde Teltow-Fläming", an der auf Einladung des WFB die Leiterinnen der Arbeitsagenturen Luckenwalde und Zossen sowie der ARGE Grundsicherung TF, die Leiter der Kammern, der ILB, ZAB, SWFG und des Tourismusverbandes teilnehmen, hat sich regelmäßig zu Problemen der Wirtschaftsentwicklung im Landkreis ausgetauscht. Betriebsbesuche, die Teilnahme an vielfältigen Veranstaltungen, Mitgliederversammlungen der Kreishandwerkerschaft, die Mitarbeit des WFB im Beirat der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) und im Netzwerk Mittelstand der SWFG u. v. m. tragen dazu bei, Probleme aus der Wirtschaft zeitnah zu erkennen und bei deren Lösung im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung geben zu können.

Pressestelle

Die Arbeit der Pressestelle gliedert sich in vier Aufgabengebiete

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Europabeauftragten im Büro des Landrates, die eng mit der Pressestelle zusammenarbeitet.

➢ Pressearbeit- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Pressestelle der Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Im Rahmen der Pressearbeit pflegen die Mitarbeiterinnen der Pressestelle enge Kontakte zu den regionalen und überregionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen sowie die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis vertretenen Ausgaben, die Amtsblätter, die in der Region verbreiteten Rundfunksender (Antenne Brandenburg, r.s.2, Radio Fritz, Kulturradio, Inforadio, Radio Multikulti, Radio Eins, BB-Radio) und der lokale Fernsehsender teltowkanal mit Luk-TV, TV-Lu, Jüterbog-TV und Rangsdorf-TV und die Nachrichtenagenturen (dpa, dpp, ap, actionpress) sowie die Redaktionen der Nachbarkreise erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressemitteilungen. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten und anderer Medien wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Presseinformationen werden – abhängig von der Zielgruppe – regelmäßig an die lokalen und überregionalen Medien sowie die im Landkreis erscheinenden Amtsblätter und Internetredaktionen versandt. Dazu wurde ein qualifizierter Medienverteiler erstellt, der eine gezielte und thematische Belieferung der Printmedien, der Radio- und Fernsehsender sowie der Online-Medien erlaubt. Dieser Verteiler wird ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind seit 2004 in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

Die von der Pressestelle verfassten Presseinformationen der Kreisverwaltung resultieren aus Informationen der Ämter oder wurden – in Zusammenarbeit mit den Ämtern – selbständig durch die Pressestelle verfasst. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 355 Pressemitteilungen mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, mehr als die Hälfte der verfassten Texte, widmete sich Themen, die die Arbeit des Dezernats III betreffen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und unter Berücksichtigung von Wünschen der Medienvertreter wurden die einzelnen Meldungen über Kurse der Volkshochschule zu wöchentlichen Pressemitteilungen zusammengefasst. Das vereinfachte das Handling in den beteiligten Redaktionen und erhöhte die Veröffentlichungsrate in den Medien. Weitere Pressedienste behandelten die unterschiedlichsten Themen aus allen vier Dezernaten. Anhand des täglich erstellten Pressespiegels, für den die gesamte Regionalpresse sowie die Berliner Morgenpost, der Tagesspiegel und die Berliner Zeitung ausgewertet werden, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Presseinformationen bei den Redaktionen große Resonanz finden und in den meisten Fällen veröffentlicht werden.

Des weiteren wurden 47 Pressemitteilungen zum Themenkomplex Flaeming-Skate® und 40 Pressemitteilungen zur Speedskate-EM verfasst und herausgegeben.

Selbstverständlich organisierte die Pressestelle auch Pressetermine und -gespräche zu den unterschiedlichsten Themen. Auch dieses Angebot nahmen die Medienvertreter rege an. Pressetermine und -gespräche widmeten sich u.a. der Speedskate-EM, interessanten archäologischen Funden, Denkmalen und Naturdenkmalen im Landkreis oder fanden im Rahmen von Staats- und Ministerbesuchen statt. Es wurden persönliche Kontakte zu einzelnen Redakteuren, u. a. des rbb und zu Deutschlandradio, geknüpft, die eine verstärkte Berichterstattung über den Landkreis TF zur Folge hatten.

Die Pressestelle gab insgesamt 34 Ausschreibungen an das Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg , die Märkische Allgemeine Zeitung, die Lausitzer Rundschau sowie in einigen Fällen an Fachzeitschriften in Auftrag. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z.B. Stellenangebote, die Schulbuchlieferung sowie die Vermietung bzw. den Verkauf von kreiseigenen Immobilien. Alle Ausschreibungen werden auch auf den Internetseiten des Landkreises veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind auch für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 42 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit an 51 Abonnenten verschickt. Dazu gehören die hauptamtlichen Bürgermeister und der Amtsdirektor sowie 15 öffentliche Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming abrufbar. Sie liegen auch in der Bürgerinformation zur Einsichtnahme bzw. für den Einzelverkauf bereit.

Auch im Jahr 2005 interessierten sich die Bürger des Landkreises sehr dafür, das neue Kreishaus und die Verwaltung näher kennen zu lernen. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle organisierten - unterstützt von Mitarbeitern des Hauptamtes - zahlreiche Führungen, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen, aber auch für Seniorengruppen.

Die Pressestelle verfasste 24 Grußworte und 13 Reden für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis. Außerdem wurden Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie für die Beantwortung von Bürgeranfragen erarbeitet. Zahlreiche Anfragen gab es beispielsweise zum Thema Flaeming-Skate®. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle verschickten den Informations-Flyer sowie auf Anfrage das aktuelle kostenpflichtige Kartenmaterial zusammen mit einer Rechnung.

Für den Flaeming-Skate-Flyer sowie andere Veröffentlichungen und Publikationen des Landkreises und seiner Gesellschaften erarbeiteten die Mitarbeiterinnen der Pressestelle die kompletten Texte (z.T. auch fremdsprachig) und unterstützten mit Bildmaterial. Darüber hinaus erhielten die Ämter der Verwaltung fachliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Publikationen und Veröffentlichungen.

- **Online-Redaktion**

Zwei der drei Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind auch als Online-Redakteurinnen tätig. Ihnen oblag im Jahr 2005 nicht nur die Betreuung und der Ausbau des Internetauftritts www.teltow-flaeming.de mit rund 240 statischen Seiten und 8 Datenbanken mit mehreren tausend Datensätzen. Neu entstand z. B. eine Datenbank der im Landkreis aktiven Sportvereine.

Die Redakteurinnen konzipierten und pflegten außerdem den neuen Internetauftritt der Flaeming-Skate® www.flaeming-skate.de (rund 80 statische Seiten und acht Datenbanken, darunter eine umfangreiche Veranstaltungsdatenbank) und der Speedskate-Europameisterschaft www.speedskate-em2005.com (rund 40 statische Seiten und drei Datenbanken).

Auf jeder Seite werden regelmäßig aktuelle Berichte eingestellt, so dass diese Internetauftritte den Charakter von Online-Zeitungen erhalten. Naturgemäß gibt es die meisten Berichte auf www.teltow-flaeming.de - hier wurden im Jahr 2005 ca. 1.700 Berichte recherchiert und publiziert. Die Flaeming-Skate-Seiten und EM-Seiten sind eher saisonabhängig. Trotzdem wurden auf www.flaeming-skate.de im Jahr 2005 mehr als 164 Berichte und auf www.speedskate-em2005.com 97 Berichte veröffentlicht.

Während die Seite www.speedskate-em2005.com seit dem Ende der Wettkämpfe ruht, wird die Flaeming-Skate-Seite auch im Winter weiterbetreut. Dazu zählt auch das Versenden eines Newsletters (2005: 14) an rund 3600 Abonnenten.

Da seit Mai 2005 kein Programmierer mehr zur Verfügung steht, nehmen die Redakteurinnen notwendige Änderungen größtenteils selbst vor, soweit es sich um php-Dateien handelt, die mit html-Code bearbeitet werden können. Die erforderlichen Kenntnisse haben sich die Redakteurinnen selbständig angeeignet. Des weiteren betreuen die Redakteurinnen die Internetredakteure in den Ämtern.

- **Organisation von Veranstaltungen und Messen**

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern – das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis. Genannt sei hier an erster Stelle der Neujahrsempfang des Landrates und des Kreistagsvorsitzenden, der im Jahr 2005 unter dem Motto „Kunst und Kultur“ stand. Begleitend zum Neujahrsempfang gab es eine Ausstellung im Kreistagssaal, für die 41 Künstlerinnen und Künstler ihre Kunstwerke (z.B. Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie, Keramik und Schmuck) zur Verfügung stellten. Weiterhin wurde eine Versteigerung von Kunstwerken initiiert, deren Erlös in Höhe von 2.289 € den Opfern der Flutkatastrophe in Südasien zu Gute kam. Zum dritten Mal wurde im Rahmen des Neujahrsempfanges der „Teltow-Fläming-Preis“ vergeben. Geehrt wurden Ingrid Menz aus Trebbin, Hans-Joachim Frank vom Kulturzentrum DAS HAUS in Niedergörsdorf und Manfred Stenzel aus Luckenwalde.

In den Händen der Pressestelle lag weiterhin die Vorbereitung von Arbeitsbesuchen. In diesem Jahr besuchte z.B. der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, ganztägig den Landkreis. Seitens der Landesregierung Brandenburg informierten sich der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Dietmar Woidke, und der Minister für Bildung, Jugend und Sport, Holger Rupprecht, über ihren Verantwortungsbereich im Landkreis Teltow-Fläming.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Flaeming-Skate stand im Jahr 2005 die Vorbereitung und Durchführung der Europameisterschaften im Speedskating an erster Stelle. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle erstellten einen umfangreichen „sportlichen“ Presseverteiler“ mit 135 Adressen, um im Vorfeld die Presse regional und überregional umfassend zu informieren. Neben dem kontinuierlichen Versenden von Pressemitteilungen wurden die Pressevertreter im Vorfeld der EM zu einem Journalisten-Skaten in die Skatearena Jüterbog eingeladen und erhielten Informationen in einer vorbereitenden Pressekonferenz in Ludwigsfelde. Weiterhin hatte der Landrat die Gelegenheit, bei einem Pressefrühstück in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg in Potsdam für die Europameisterschaft zu werben.

Während der EM betreuten die Mitarbeiterinnen der Pressestelle während des gesamten Wettkampfprogramms abwechselnd die Pressevertreter vor Ort. Es wurde eine umfangreiche Fotodokumentation erstellt. Die Redakteurinnen verfassten zahlreiche aktuelle Berichte, veröffentlichten diese auf den Internetseiten und verteilten sie an die Medien. Außerdem wurde von der Pressestelle nach der EM ein umfangreicher Pressespiegel erstellt, der einen Rückblick auf die Medienpräsenz der Meisterschaften in der Regionalen und überregionalen Presse gab.

In Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Brandenburg organisierte die Pressestelle am 11. November 2005 eine Veranstaltung zum Thema Bürokratieabbau „Freiräume schaffen – Initiative fördern“ im Kreishaus in Luckenwalde. Zu dieser Veranstaltung wurden Einladungslisten erstellt und insgesamt 600 Einladungen versandt. Die Veranstaltung hatte mit 150 Teilnehmern regen Zuspruch. Begleitet wurde sie von zwei Ausstellungen und Firmenpräsentationen. Eine Ausstellung aller Modellregionen des Landes Brandenburg und ihrer Partner wurde eigens für die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises konzipiert und erstellt. Die inhaltlichen Zuarbeiten stellten die sieben Modellregionen und vier Partner zur Verfügung. Eine weitere Ausstellung zum Thema steuerte die Ostwestfalen-Lippe Marketing GmbH bei.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Flaeming-Skate stand im Jahr 2005 die Vorbereitung und Durchführung der Europameisterschaften im Speedskating an erster Stelle. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle erstellten einen umfangreichen „sportlichen“ Presseverteiler“ mit 135 Adressen, um im Vorfeld die Presse regional und überregional umfassend zu informieren. Neben dem kontinuierlichen Versenden von Pressemitteilungen wurden die Pressevertreter im Vorfeld der EM zu einem Journalisten-Skaten in die Skatearena Jüterbog eingeladen und erhielten Informationen in einer vorbereitenden Pressekonferenz in Ludwigsfelde. Weiterhin hatte der Landrat die Gelegenheit, bei einem Pressefrühstück in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg in Potsdam für die Europameisterschaft zu werben.

Der Landkreis präsentierte sich als Reiseziel auch auf der polnischen Tourismusmesse Tour Salon Poznań (19. bis 22. Oktober 2005). Die Vorbereitung und Standbetreuung lag in den Händen der Europabeauftragten und einer Mitarbeiterin der Pressestelle. Auf der Messe wurden Kontakte zu polnischen Reiseveranstaltern und Pressevertretern geknüpft. Ziel war es, den Landkreis als Nahziel für Kurz- und Sporturlaub vor dem Hintergrund seiner idealen Lage zwischen Berlin, Potsdam, Tropical Island und Dresden zu vermarkten. Vor allem jüngere Individualtouristen aus der Region Poznań interessierten sich für die Angebote rund um die Flaeming-Skate®.

Die Pressestelle informierte die Medien vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen, insbesondere im touristischen Bereich, und informierte im Anschluss über die Ergebnisse. Dieses Informationsangebot fand in den Medien große Resonanz.

Vom 21. bis 24. April 2005 fand die AERO 2005, die Internationale Fachmesse für Allgemeine Luftfahrt, in Friedrichshafen statt. Die Pressestelle unterstützte die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft – bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den Luftfahrttechnologiepark sowie auch über den Landkreis Teltow-Fläming zu informieren. Es gab viele Gespräche mit Firmen der Luftbranche sowie Freizeit- und Geschäftsfliegern, die Interesse an dem berlinnahen Standort Schönhagen bekundeten.

Nun schon traditionell wurde am 04.09.2005 nach Seehausen, einem Ortsteil der Gemeinde Niedergörsdorf, zum 5. Behinderten- und Skaterfest eingeladen. Das Fest stand erneut unter der Schirmherrschaft von Christina Rau, Gattin des Bundespräsidentin a. D.. Auch hier half die Pressestelle bei der Organisation der Veranstaltung, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit und der Vorbereitung einer Tombola.

Anlässlich der Bundestagswahlen am 18. September 2005 unterstützte die Pressestelle die Vorbereitung der Wahlparty. Die Mitarbeiterinnen standen für telefonische Anfragen der Medien zur Verfügung. Die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen konnten bereits am Wahlabend ständig aktuell auf den Internetseiten des Landkreises eingesehen werden.

Eine Mitarbeiterin der Pressestelle ist regelmäßig als Übersetzerin und Dolmetscherin, vorrangig für die polnische Sprache, tätig. Dies geschieht vor allem im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gniezno. Außerdem koordiniert sie den fremdsprachlichen Auftritt der Internetseiten www.teltow-flaeming.de und www.flaeming-skate.de sowie der Publikationen des Landkreises und der Flaeming-Skate GmbH.

- **Partnerschaftliche Beziehungen**

Ein weiterer Schwerpunkt war auch im Jahr 2005 die Vertiefung und Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen. Regelmäßigen Kontakt hält das Büro des Landrates mit den Partnerregionen und zum Ministerium für Justiz und für Europaangelegenheiten.

Seit mehr als zwei Jahren pflegt der Landkreis eine lebendige Partnerschaft zu dem polnischen Landkreis Gniezno. Im Jahr 2005 - dem deutsch-polnischen Jahr - haben vielfältige Begegnungen stattgefunden.

Offizielle Treffen gab es wiederum anlässlich der Neujahrsempfänge und der Kreiserntefeste beider Landkreise. Zu einem Arbeitsbesuch weilten die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages Gniezno im April im Landkreis Teltow-Fläming. Die polnischen Abgeordneten besichtigten u. a. die Städte Ludwigsfelde und Jüterbog, den Wildpark Johannismühle und den Erlebnishof Werder. Die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages Teltow-Fläming nutzten die Gelegenheit zu intensiven Gesprächen mit ihren polnischen Partnern. Im Ergebnis des Besuches wurde vereinbart, die Kontakte auf dieser Ebene zu vertiefen.

Wie bereits im Vorjahr präsentierte sich der Landkreis Teltow-Fläming auf der größten Tourismusmesse Polens in Poznan. An vier Messetagen wurden zahlreiche Gespräche, u. a. mit Fachbesuchern, geführt, die sich besonders für Gruppenangebote interessierten. Tausende Prospekte sind verteilt worden. Im Rahmen eines Fachkräfteaustauschs unterstützte der Partnerkreis den Messeauftritt in Poznan, indem der Standbetreuung aus dem Landkreis eine erfahrene Touristikerin aus Gniezno zur Seite gestellt wurde.

Positiv haben sich die Kontakte zwischen jungen Leuten entwickelt; so fuhren zwei Rockbands aus Luckenwalde im Mai nach Gniezno und nahmen am Projekt "Musik ohne Grenzen" teil. Im August fand im Niedergörsdorfer Kulturzentrum DAS HAUS ein deutsch-polnischer Jugendtheaterworkshop statt. Unter künstlerischer Leitung des Teams vom HAUS wurde in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt des Landkreises ein Bewegungstheater einstudiert. Bei den Jugendlichen kam dieses Projekt sehr gut an.

Im September fanden die Leichtathletikwettkämpfe der Kreis-, Kinder- und Jugendsportspiele statt. Erstmalig nahmen Jugendliche aus Gniezno und Szolnok an den Wettkämpfen teil, die u. a. aus Lottomitteln des Landes gefördert wurden.

Bereits zu einer Tradition geworden ist die Teilnahme junger Leute aus dem Landkreis an einem internationalen Basketball-Turnier in Gniezno.

Nachdem im Sommer Jugendliche aus Gniezno gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Landkreis an einem Kreisjugendfeuerwehrlager teilgenommen haben, stattete eine Feuerwehrdelegation aus Gniezno im September den Kollegen der Feuerwehr aus Teltow-Fläming einen Besuch ab und nahm erfolgreich an einem gemeinsamen "Löschangriff – nass" nach den internationalen Regeln der CTIF teil.

Ein weiterer Beitrag im Rahmen des deutsch-polnischen Jahres war eine Ausstellung von Robert Bartel, einem renommierten Künstler aus Gniezno, im Kreishaus.

Der Behindertenverband Dahme hat den Kontakt zum Rehabilitationszentrum "Promyk" in Gniezno weiter vertieft. So waren die Partner aus Gniezno im September zu Gast in Dahme und besuchten u. a. das Behinderten- und Skaterfest in Seehausen. Im November organisierte der Behindertenverband "Promyk" in Zusammenarbeit mit der Behindertenbeauftragten des Landkreises eine Sonderausstellung mit Arbeiten des Verbandes im Kreishaus.

Im Juni reiste eine Delegation von Geschäftsführern landwirtschaftlicher Unternehmen nach Gniezno. Ein Gegenbesuch fand im September hier im Landkreis Teltow-Fläming statt.

Zu einem ganz besonderen Höhepunkt gestaltete sich der Besuch einer polnischen Wirtschaftsdelegation im Landkreis. Unternehmer und Mitarbeiter der Kreisverwaltung Gniezno besuchten Unternehmen und Institutionen der Region Teltow-Fläming. Dabei sind u. a. Möglichkeiten der Zusammenarbeit einzelner Unternehmen beraten worden wie auch die Idee der Gestaltung eines deutsch-polnischen Unternehmensforums auf den Internetseiten beider Landkreise.

Die Aufnahme von persönlichen Kontakten zwischen den Polizeibehörden beider Kreise ist im vergangenen Jahr verabredet und in diesem Jahr mit einem viertägigen Besuch der polnischen Kollegen beim Schutzbereich Teltow-Fläming in die Tat umgesetzt worden.

Schon zu einer guten Tradition vor Weihnachten ist die auf Initiative der Kreistagsabgeordneten Frau von Schrötter gestartete Hilfsaktion für das Kinderheim Gniezno geworden. Dank einer großzügigen privaten Spende und der Unterstützung durch das Deutsche Rote Kreuz konnten dem Kinderheim wiederum Hilfsgüter wie Windeln, Putzmittel, usw. zur Verfügung gestellt werden.

- Jász-Nagykun-Szolnok

Der Kreistagsabgeordnete Herr Lebe hat sich im besonderen Maße bei der Vermittlung von Kontakten zwischen der Gemeinde Dahlewitz und der ungarischen Gemeinde Toszeg engagiert. Besonders hervorzuheben ist die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen beiden Gemeinden.

An der Centurio-Konferenz im September in Szolnok nahm Herr Lebe als Vertreter des Landkreises teil.

Die Teilnahme von Schülern aus Szolnok an den fünften Kreis-, Kinder- und Jugendsportspielen ist bereits erwähnt worden.

Am Rande der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Potsdam fand ein Treffen zwischen dem Präsidenten des Komitats Jasz-Nagykun-Szolnok und dem Landrat statt.

Kämmerei

Am 21. März 2005 beschloss der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming die Haushaltssatzung 2005 mit allen Anlagen und dem Haushaltssicherungskonzept. Mit der Haushaltssatzung 2005 wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 6.100.000 € für den weiteren Ausbau der B 101 beschlossen.

Die Haushaltssatzung 2005 enthält als genehmigungspflichtige Teile das Haushaltssicherungskonzept, den festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite und den festgesetzten Gesamtbetrag der Kassenkredite.

Die Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes wurden auf 145.760.100 €, die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes auf 161.399.200 € festgesetzt. Damit wurde ein Fehlbedarf in Höhe von 15.639.030 € ausgewiesen, das im Vorjahr aufgestellte Haushaltssicherungskonzept war deshalb fortzuschreiben, zu beschließen und zur Genehmigung vorzulegen. Die Unterlagen wurden am 29.03.2005 der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg zur Genehmigung übergeben. Am 06.07.2005 erfolgte der Erlass.

Die gemäß § 74 Abs. 4 GO i.V.m. § 63 Abs. 1 LkrO erforderliche Genehmigung für das Haushaltssicherungskonzept 2005 – 2008 wurde mit Auflagen erteilt. Ebenso mit Auflagen wurde gemäß § 87 Abs. 2 GO der Gesamtbetrag der Kassenkredite in Höhe von 30.000.000 € genehmigt. Die gemäß § 85 Abs. 2 GO i.V.m. § 63 LkrO erforderliche Genehmigung für den festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite in Höhe von 6.100.000 € wurde versagt.

Auf Grund der Nichtgenehmigung des Gesamtbetrages der Kredite war die Haushaltssatzung vor der Veröffentlichung durch einen Beitrittsbeschluss zu ändern, der durch die Abgeordneten in der Kreistagssitzung am 12.09.2005 gefasst wurde. Am 14.09.2005 erfolgte die Veröffentlichung der Haushaltssatzung im Amtsblatt.

In seiner Sitzung am 24.10.2005 beschloss der Kreistag die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit den Anlagen. Die Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes wurden auf 149.380.600 €, die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes auf 167.745.200 € festgesetzt. Damit erhöhte sich der Fehlbetrag auf 18.364.600 €. Die Unterlagen wurden zur Genehmigung bei der Kommunalaufsicht eingereicht.

Der Hebesatz der Kreisumlage wurde für das Haushaltsjahr 2005 auf 45 v.H. der für das Haushaltsjahr geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. Die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen erhöhten sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2004
von 12.791.720 € auf 17.417.700 €.

Die Einnahmen aus der Kreisumlage erhöhten sich trotz veränderten Hebesatzes im Vergleich zum Haushaltsjahr 2004 nur geringfügig von 48.495.755 € auf 49.189.800 €.

Im Haushaltsjahr 2005 konnten folgende Baumaßnahmen weiter geführt werden:

- Umbau Internatsgebäude Gymnasium Ludwigsfelde
- Netzergänzung Flaeming-Skate.

Folgende Investitionsmaßnahmen wurden begonnen:

- Anschaffung einer neuen Finanzsoftware
- Sanierungsarbeiten Gymnasium Rangsdorf
- Sanierungsarbeiten Gymnasium Luckenwalde
- Sanierungsarbeiten Gymnasium Jüterbog
- Baumaßnahmen OSZ Luckenwalde/An der Stiege
- Sanierungsarbeiten an der Förderschule für geistig Behinderte Groß Schulzendorf

Für Kreisstraßen, Brücken und Radwege wurde im Haushaltsjahr 2005 ein Zuschuss in Höhe von 2.107.900 € eingeplant.

Im März 2005 stellte die Kämmerei die Jahresrechnung 2004 auf, die vom Landrat festgestellt wurde.

Der Verwaltungshaushalt schloss mit einem Fehlbetrag von 11.890.702 € ab. Der Fehlbetrag lag somit 2.953.798 € unter dem geplanten Defizit von 14.844.500 €. Der Bestand der allgemeinen Rücklage verringerte sich um 292.900,52 € auf 268.727,86 €. Die Gesamtverschuldung des Landkreises betrug zu Beginn des Haushaltsjahres 2005 16.582,1 T€.

Als Anlagen sind Übersichten zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, der Schlüsselzuweisungen, der Kreisumlage, des Gesamtvolumens des Vermögenshaushaltes und des Schullastenausgleichs beigefügt.

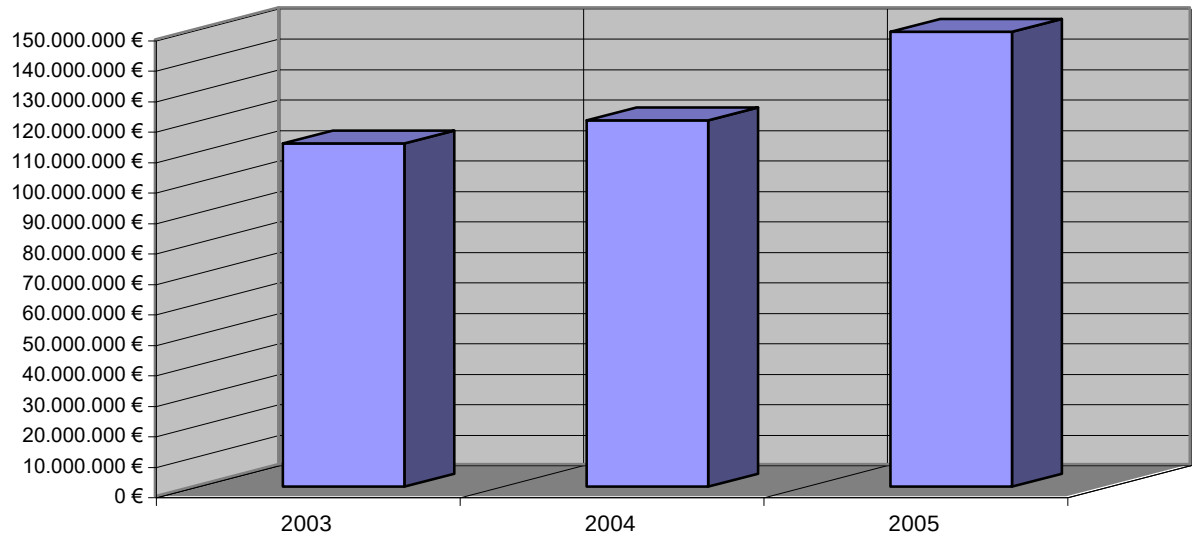
Im Jahr 2005 sind 5.908 neue Vollstreckungsaufträge eingegangen. Der Wertumfang der Neuzugänge beträgt 893.595 €.

Es konnten 2.717 Fälle durch Einforderung der Geldbeträge erledigt werden. Dies entspricht einer Einnahme von 349.739 €. Weiterhin wurden 3.857 Fälle befristet bzw. unbefristet niedergeschlagen. Der Wertumfang der Niederschlagungen beträgt 619.058 €.

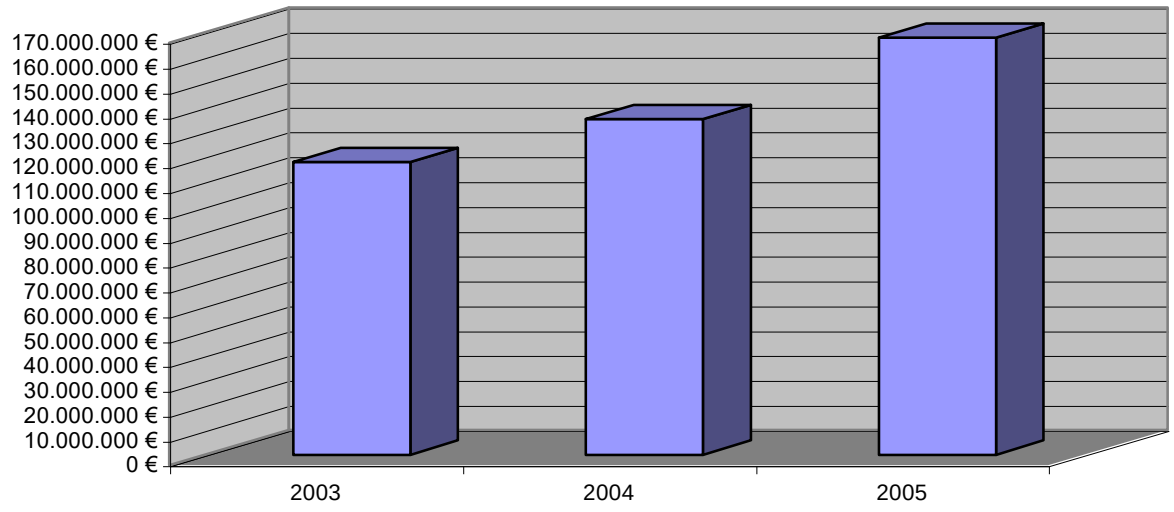
Im Jahr 2005 sind insgesamt 1.996 Amtshilfeersuchen bearbeitet worden. Durch die Vollziehungsbeamten des Landkreises wurden monatlich durchschnittlich 480 Schuldner aufgesucht. Anträge auf Ratenzahlungen sind im Jahr 2005 erheblich gestiegen.

Anlagen

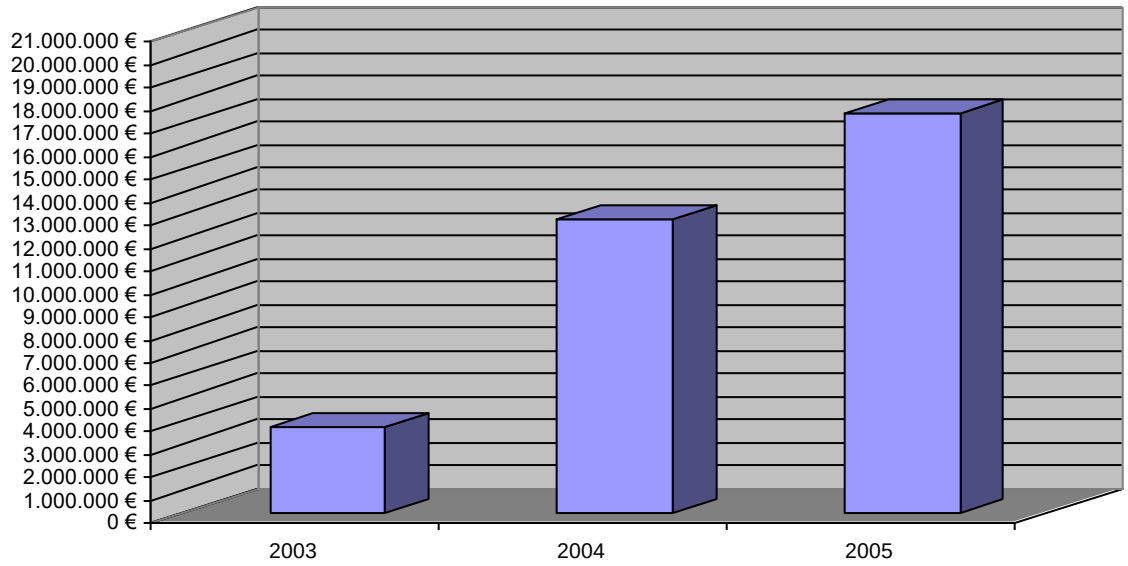
Entwicklung der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes



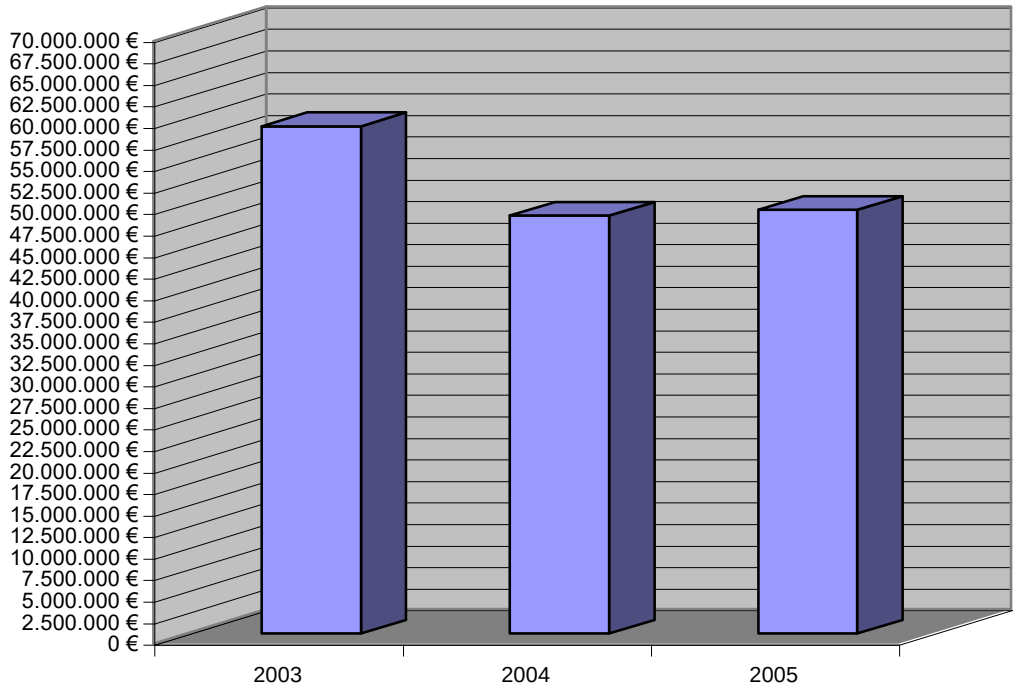
Entwicklung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes



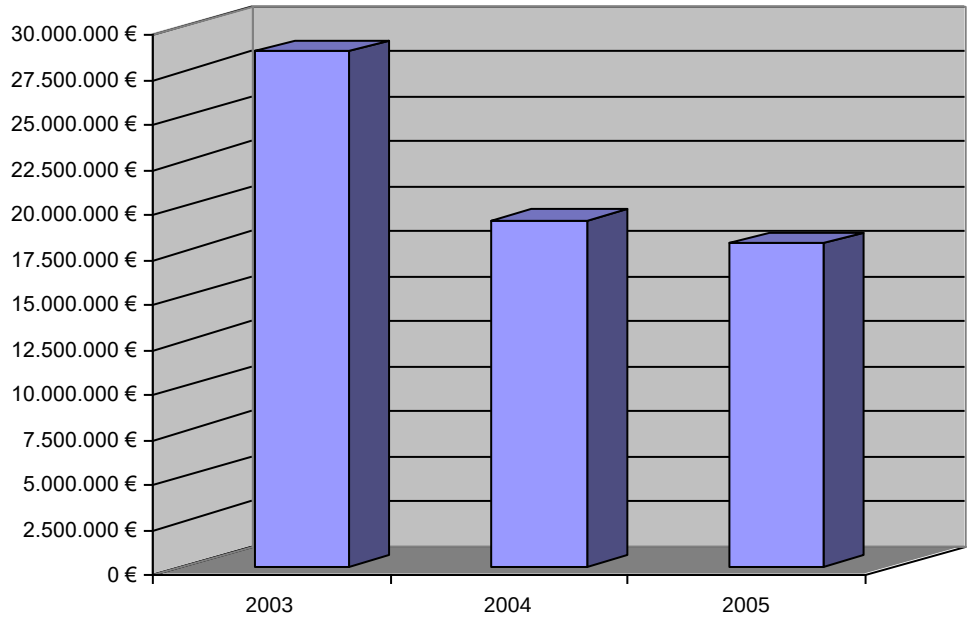
Entwicklung der Schlüsselzuweisungen



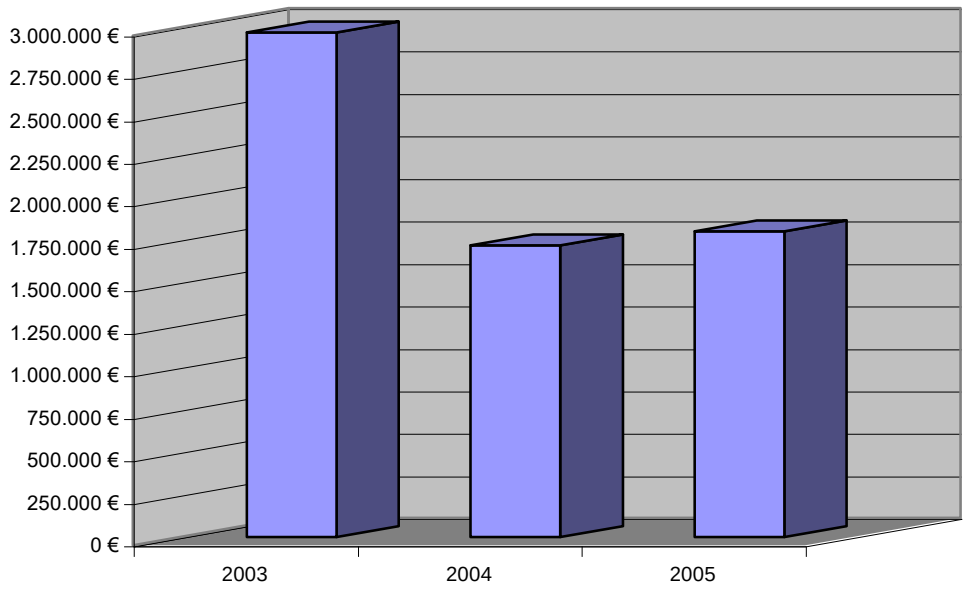
Entwicklung der Kreisumlage



Entwicklung des Volumens des Vermögenshaushaltes



Entwicklung des Schullastenausgleichs 2003 - 2005



Dezernat I

Hauptamt

Zum Hauptamt gehören die vier Sachgebiete

- Zentrale Verwaltung,
- Organisation,
- Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) und
- Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.

Sachgebiet Zentrale Verwaltung

Die Schwerpunkte der Aufgaben des Sachgebietes lagen

- in der Durchführung ergänzender Neuausstattung im Archiv mit Erweiterung der Lagerkapazitäten im Wertumfang von 25 T€;
- im Austausch von ca. 75% des Fuhrparks der Kreisverwaltung nach Ausschreibung für Leasing und Kauf von PKW;
- in der Neuorganisation im Verwaltungssitz Jüterbog; der Einrichtung einer evangelischen Schule sowie der Organisation und Abwicklung des Umzuges des Landwirtschaftsamtes in das Kreishaus nach Luckenwalde;
- in der Prüfung des Energiemanagements der Kreisverwaltung durch das Kommunale Rechnungsprüfungsamt;
- in der Neuvergabe von Reinigungsleistungen nach Ausschreibung für das Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde und die Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf und
- in der Übernahme der Aufgaben für Vergabe und Beschaffung vermögenswirksamer Geräte bzw. Ausstattungsgegenstände vom Schulverwaltungsamt mit einem finanziellen Gesamtumfang von ca. 350 T€.

Sachgebiet Organisation

Die Stellenentwicklung für das Haushaltsjahr 2005 war insbesondere geprägt von zahlreichen altersbedingten Personalabgängen und den damit stets verbundenen organisatorischen Fragestellungen zur weiteren Aufgabenerfüllung und der Notwendigkeit des Stellenerhaltes. Einen besonderen Schwerpunkt hierbei bildete abermals das Gesundheitsamt insbesondere vor dem Hintergrund, welche Leistungen der Öffentliche Gesundheitsdienst zu erbringen hat (Novellierung des Gesundheitsdienstgesetzes). Aber auch Aufgabenveränderungen, wie zum Beispiel die Abarbeitung der Anträge im Amt zur Regelung offener Vermögensfragen oder die Umsetzung der Aufgaben Straßenverkehrsamt waren fortzuschreiben und dem aktuellen Aufgabenbestand anzupassen.

Der Stellenplan des Jahres 2005 wies 833,7 Stellen aus. Das sind gegenüber 2004 12,8 Stellen weniger, was bei Zugrundelegung von durchschnittlich 43.985 € Personalkosten je Stelle zu einer Minderausgabe von 563.008 € führte.

Die Landkreise in Brandenburg rücken unter dem wachsenden Druck der finanziellen Lage auch im Arbeitsbereich Organisation enger zusammen. So konstituierte sich im Frühling dieses Jahres der „Organisatorentag“. Derzeit beteiligen sich hieran zehn Landkreise. Ziel ist es, im gemeinsamen Erfahrungsaustausch Verbesserungspotentiale, unter anderem an ganz

konkret definierten einzelnen kreislichen Aufgaben, bei der Erarbeitung von innerdienstlichen Regelungen, beim Bewerten von Stellen, aber auch für die Verwaltungssteuerung insgesamt, wie z.B. zur Produktbildung im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zu erschließen.

Der Vergleichsring „Personalmanagement“, an dem sich der Landkreis Teltow-Fläming neben weiteren neun Landkreisen und den vier kreisfreien Städten Brandenburgs beteiligte, hat die erste Etappe seiner Arbeit abgeschlossen. Durch Kennzahlen wurden die Produkte „Personalverwaltung“, „Personalentwicklung“ und „Personalorganisation“ verglichen. Derzeit wird seitens der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) der Abschlussbericht erarbeitet, welcher dann Handlungsgrundlage für die verwaltungsinterne Projektgruppe „Personalmanagement“ sein wird.

Seitens des Personalrates wurde der Abschluss einer Dienstvereinbarung über das Vorschlagwesen initiiert. Die Prüfung und Verhandlung hierzu erfolgte durch das Sachgebiet Organisation, in dessen Ergebnis beide Seiten zum Abschluss der Vereinbarung kamen. Bislang waren drei Vorschläge zu prüfen, welche jedoch noch nicht zu umsetzbaren Maßnahmen führten.

Die Projektgruppe zur Umsetzung der Ergebnisse der WIBERA-Untersuchung im Hoch- und Tiefbauamt konnte ihre erfolgreiche Arbeit beenden. Neben vielen Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit des Amtes stärkten, können nunmehr die erarbeiteten Stellenbemessungsverfahren angewandt werden. Dabei wurde das Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ingenieuren und Technikern zu schaffen, weiter umgesetzt.

Wahlen und Abstimmungen

Aufgrund der Einteilung der Wahlkreise und der Berufung der Kreiswahlleiter durch den Landeswahlleiter kam zur Bundestagswahl keine originäre Aufgabe der Wahlvorbereitung auf den Landkreis Teltow-Fläming zu. Verschiedenste Abstimmungen zwischen den Landkreisen und Kommunen erfolgten nach Bedarf, wie z.B. die Veröffentlichung der Wahlbekanntmachungen.

Seitens des Innenministeriums erfolgte die Erstattung der Kosten für die Landtagswahl 2004. Den Gemeinden wurden anteilig ihre Kosten durch die Kreisverwaltung erstattet.

Kreis- und Verwaltungsarchiv

Die Überarbeitung des Bestandes F (Bauakten der Altkreise Zossen und Jüterbog) und des Bestandes II (Ratsprotokolle) wurde fortgeführt und dabei über die Archivsoftware erschlossen.

Im Berichtszeitraum konnten 350 laufende Meter Akten archiviert werden. Es wurden insgesamt 950 Anfragen bearbeitet, davon

9 Benutzungsanträge für wissenschaftliche und historische Forschungen,
58 Akteneinsichten und Auskunftsersuchen von Bürgern und
86 Amtshilfe- und Auskunftsersuchen von Behörden/Institutionen.

Die Übernahme und Erschließung der Akten des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen wurde technisch in Zusammenarbeit mit dem ADV-Bereich realisiert. Seit September werden die Unterlagen ins Kreisarchiv übernommen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden vier Führungen durch das Archiv organisiert und durchgeführt.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagment

Im Jahr 2005 wurden acht Grundstücke zum Verkauf ausgeschrieben. Der Vertragsabschluss erfolgte bisher für sechs Grundstücke. Der Erlösansatz war dabei mit 728.000 € geplant. Von den im Zeitraum 2005 abgeschlossenen Grundstücksverträgen konnten bisher fünf Verträge kassenwirksam umgesetzt und weitere drei Verträge aus 2004 realisiert werden.

Ein Verkaufserlös von insgesamt 409.174,15 € wurde erzielt. Der Verkauf der Liegenschaften Bansin, Ahrensdorf, Reinsdorf, Gröben und Stülpe konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Der Landkreis erwarb im Jahr 2005 28 Grundstücke in Rehagen, Mellensee, Märtensmühle, Liebätz und Glienick. Diese Flächen wurden überwiegend für Straßen- und Radwegebau benötigt.

Bei Mieten und Pachten konnte der Vermietungsstand im Jahr 2005 weitestgehend gehalten werden.

Im Bereich der Netzergänzung der Flaeming-Skate wurden entsprechend der Planungsunterlagen die Eigentümer von Grundstücken angeschrieben und Bauerlaubnisverträge und Gestattungsverträge für Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen. Schwerpunkt bildeten dabei die Streckenabschnitte im Bereich der Stadt Dahme/Mark mit den betreffenden Orten sowie auch im Bereich Jüterbog.

Nach wie vor werden Unstimmigkeiten und Abweichungen zwischen geplantem und gebautem Trassenverlauf bei der Schlussvermessungen festgestellt.

Aus der Verwaltung der Grundstücke aus dem Altvermögen Teltow in Berlin, welche von den Teltower Kreiswerken (TKW) verwaltet werden, gingen bisher Pachten und Nutzungsentgelte in Höhe von 379.200,00 € ein.

Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Die strukturierte Vernetzung von Bundes- und Landesbehörden, Kreis- und Kommunalverwaltungen gewinnt mit Ausbau von medienbruchfreiem E-Government immer mehr an Bedeutung. Deshalb ist es unabdingbar, das Kreisnetz - auch nach Trennung von der Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datentechnik (GKD) - in seiner Funktionalität aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen. Das von der Arbeitsgemeinschaft Technikunterstütze Informationsverarbeitung (TUIV) entwickelte Kopfstellenkonzept findet z. B. eine Anwendung darin, dass es gelungen ist, die Stadt Zossen zu gewinnen, im Kreisverbund zu bleiben. Als Ergebnis können gemeinsam genutzte Richtfunkstrecken und eine Bündelung von Bandbreite in der zusammen mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung,

Umwelt und Verbraucherschutz finanzierten und genutzten Kopfstelle zum Landesverwaltungsnetz (LVN) genannt werden. Der Landkreis Teltow-Fläming ist zurzeit führend im Land Brandenburg mit seiner Kopfstelle mit einer Bandbreite von 6 MBit/s.

Über das Landesverwaltungsnetz und darüber hinaus können über das TESTA-Netz Deutschland seit 2005 beispielsweise Bundesbehörden, wie das Verkehrszentralregister beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) bzw. Ausländerzentralregister (AZR) und andere, erreicht werden.

Bei TESTA (**T**rans-**E**uropean **S**ervices for **T**elematics between **A**dministrations) handelt es sich um ein Overlay-Netz der europäischen Verwaltungen. Ein Teil dieses großen Projektes ist TESTA Deutschland (Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Sinne eines Zusammenschlusses der einzelnen Landesnetze sowie dem direkten Anschluss einzelner Bundesbehörden).

Die in 2005 realisierte Zentralisierung der Fachverfahren BALVI IP, PROFIL C/S sowie LAFIS-LFK bei den Fachministerien wurde erst mit Ausbau des LVN-Knotens möglich.

In der ersten Hälfte des Jahres 2005 wurden die zur ARGE delegierten Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie die genutzte Technik und Software betreut.

Mit Umzug des Landwirtschaftsamtes im Oktober 2005 aus Jüterbog nach Luckenwalde konnte die Serverkonsolidierung weiter voran getrieben werden, so dass ein bisher vorgehaltener Spiegelserver der GIS-Daten sowie ein weiterer Applikationsserver nicht mehr erforderlich sind.

Um unter anderem die Arbeit im Gremium der Beigeordnentenberatung zu verbessern, wurden Laptops und Funktechnik beschafft, so dass die über das Bürger- und Ratsinformationssystem Session bereitgestellten Beschlussvorlagen nicht mehr ausgedruckt werden müssen und andere Arbeitspapiere bzw. Daten etc. der Teilnehmer hier verfügbar sind.

Im Bereich des Geographischen Informationssystems (GIS) wird das seit Jahren geplante Projekt der Einführung einer datenbankbasierten Lösung im GIS (ARCSDE) zum Ende des Jahres 2005 in Zusammenarbeit mit dem Kataster- und Vermessungsamt möglich. Hiermit werden eine neue Qualität und damit schnellere Zugriffszeiten auf die GIS-Daten erreicht.

In den kreiseigenen Schulen konnte die planmäßige und zyklische Technikerneuerung in Angriff genommen werden. In einer kreislichen Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus Lehrern der Sekundarstufe II und dem Schulsachbearbeiter der ADV, wurde ein Grobkonzept für standardisierte IT-Lösungen an den Gymnasien entwickelt, welches auch an anderen Schulen im Sekundarstufenbereich II Anwendung finden kann.

Die Arbeitsbedingungen von über 200 Mitarbeitern der Kreisverwaltung wurden in 2005 durch Bereitstellung neuer bzw. leistungsfähigerer PC- und Drucktechnik verbessert.

Neben dem routinemäßigen Updatebetrieb der Fachverfahren wurden verschiedene Anwendungen auf neue Technologien umgestellt, wie z. B. in der Verwaltung der Kreisvolkshochschule.

Verschiedene Softwarelösungen entstanden in Eigenentwicklung. Beispielgebend sollten folgende Lösungen genannt werden:

- Das hausinterne Telefonbuch erhielt ein neues komfortableres Layout,
- für das Jugendamt wurde ein Unterhaltsvorschussregister entwickelt und
- zur Klassifizierung und Bearbeitung der Aufgabengruppen des Aufgabengliederungsplanes entstand ein umfangreiches Arbeitsmittel.

Das durch Fördermittel des Landes Brandenburg ermöglichte Projekt „Bauakte Online - Status der Bauakte“ befindet sich in der Einführungs- und Testphase.

Die Umsetzung des Konzeptes zur Ablösung der GKD erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern. Der Echtbetrieb des neuen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens begann planmäßig mit der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes 2006. Die Übernahme der Fachverfahren in der Vollstreckung und im Ausländerwesen in Eigenregie der Kreisverwaltung erfolgte ebenso planmäßig in 2005. Weitere Softwareausschreibungen sind in Arbeit.

Personalamt

Im Jahr 2005 konnte eine weitere Personalreduzierung erreicht werden. Es schieden insgesamt 23 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich wie folgt dar:

- Auflösungsvertrag 6 Beschäftigte
- Übertritt in die Altersrente 3 Beschäftigte
- Beendigung von Altersteilzeit (ATZ) 5 Beschäftigte
- Kündigung durch Arbeitgeber 2 Beschäftigte
- Auslaufen befristeter Arbeitsverträge 7 Beschäftigte

Des Weiteren wurden 34 Beschäftigte mit ihren Stellen aus den Fachämtern herausgelöst und der „ARGE“ zur Arbeitsleistung zugewiesen. Für 22 Beschäftigte erfolgt eine Personalkostenerstattung durch die Bundesagentur für Arbeit.

Auch das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Es wurden insgesamt 136 Vollzeitarbeitsverhältnisse in Teilzeitarbeitsverhältnisse für einen befristeten Zeitraum umgewandelt bzw. verlängert.

Zurzeit befinden sich 68 Beschäftigte in einem ATZ-Arbeitsverhältnis, wovon sich 31 in der Ruhephase befinden. Für sechs Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitsuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. In 12 Fällen erfolgte keine Wiederbesetzung. Diese Stellen sind mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers weggefallen.

Im Rahmen von notwendigen Stellenbesetzungsverfahren wurden elf Stellen extern ausgeschrieben. Für die jeweiligen Bewerbungsverfahren sind insgesamt 385 Bewerbungen eingegangen. Des Weiteren waren im Laufe des Jahres 198 Initiativbewerbungen zu verzeichnen. Es wurden sieben befristete und vier unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Mit Stand 31.12.2005 sind

106 Beamte
738 Angestellte
23 Auszubildende (Azubi)
11 Zivildienstleistende (Zivi)

in der Kreisverwaltung beschäftigt.

Die Kreisverwaltung stellte sechs Ausbildungsplätze für die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten zur Verfügung. Aus den insgesamt 144 Bewerbungen konnten fünf Jugendliche ausgewählt und ein Ausbildungsvertrag geschlossen werden. Ein Ausbildungsplatz wurde mit einem Soldaten auf Zeit besetzt. Darüber hinaus wurde 13 Schülern sowie 45 Studenten ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt.

Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

Zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit in der Anwendung und Umsetzung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften nahm das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit direkten Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Amtes Dahme/Mark sowie die Zweckverbände mit dem Ziel, den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Ausübung der Kontrollpflichten zu unterstützen. Es gab den kommunalen Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen objektive und fundierte Prüfungsaussagen über die Haushaltsdurchführung und seine Zielerreichung.

Aufgrund der durch Gesetz gewährleisteten Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit konzentrierte sich die Prüfungstätigkeit neben der Durchführung von Ordnungsmäßigkeitsprüfungen auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Einsatzes von materiellen und finanziellen Mitteln.

Die Prüfungen, die im Rahmen der Zufallsauswahl durchgeführt wurden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Die Tätigkeit des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes umfasste im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe vor allem

- die Prüfung der Jahresrechnung 2004 als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und Entlastung;
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahrsrechnung;
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften bei Vergaben;
- die Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung und
- die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Bundes- bzw. Landeszuweisungen.

In die Prüfungen wurden elf Fachämter der Kreisverwaltung, der Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten, die Kreis- und Stadtbibliothek, die Kreisstraßenmeisterei, die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH, der Eigenbetrieb Rettungsdienst und sieben Wasser- und Abwasserzweckverbände einbezogen. Des Weiteren wurden Prüfungen in acht kreisangehörigen Städten, Gemeinden und im Amt Dahme /Mark durchgeführt.

Bei insgesamt 27 Maßnahmen wurden Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert in Höhe von 4.912,9 T€ und 12 Architekten- und Ingenieurverträge mit einem Wertumfang von 650,6 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Neben den Pflichtprüfungen unterstützte das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt das Sozialamt bei der Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben. So wurde u.a. in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt die Spitzabrechnung aus der delegierten Sozialhilfe geprüft. Im Ergebnis der Prüfungen wurden von zwei Delegationsgemeinden Erstattungen in Höhe von 8.999,89 € veranlasst, demgegenüber erfolgten an sechs Delegationsgemeinden Nachzahlungen in Höhe von 215.996,72 €.

Neben den örtlichen Prüfungen in den Kommunen wurden gemäß § 116 Gemeindeordnung komplexe überörtliche Prüfungen in der Stadt Jüterbog, in der Gemeinde Niedergörsdorf sowie im Wasser– und Abwasserzweckverband Hohenseefeld durchgeführt.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über die Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Rechtsamt

Die Aufgaben des Rechtsamtes sind in die hier aufgezählten Schwerpunkte gegliedert:

- **Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung**

Die Juristen des Rechtsamtes vertreten den Landkreis auf der Grundlage entsprechend erteilter Prozessvollmachten, insbesondere vor den Verwaltungs-, Sozial- und Arbeitsgerichten.

Insbesondere die im Jahr 2005 eingetretenen Änderungen in der Sozialgerichtsbarkeit tangieren die Tätigkeit des Rechtsamtes, denn seit dem 01.01.2005 entscheiden die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit auch über Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Zuvor waren dafür die Verwaltungsgerichte zuständig. Für den Landkreis Teltow-Fläming ist das Sozialgericht Potsdam zuständig.

Zum 01.07.2005 fusionierten außerdem die Landessozialgerichte von Berlin und Brandenburg zum Landessozialgericht Berlin- Brandenburg, mit Sitz in Potsdam. Da das Landessozialgericht für das Land Brandenburg auch zuvor schon seinen Sitz in Potsdam hatte, ändert sich hinsichtlich der Erreichbarkeit des Gerichts für unsere Bürger nichts.

Aufgrund dieser Änderungen ist in der Statistik insoweit ein Anstieg der Verfahren vor dem Sozialgericht, aber kein Anstieg der gerichtlichen Verfahren insgesamt zu verzeichnen.

Von den im Jahr 2005 neu anhängig gemachten Verfahren betreffen mehrere Verfahren die Klage des Landkreises gegen das Landesamt für Soziales und Versorgung wegen der Nichterstattung von Kosten im Rahmen der Eingliederungshilfe entstandener erheblicher Aufwendungen zur medizinischen Rehabilitation schwer kranker Hilfebedürftiger. Erwähnt werden soll auch die Klage zweier Gemeinden gegen den Landkreis auf höhere Zuschussgewährung gemäß Kita-Gesetz.

- **Rechtliche Beratung**

Der Beratungsbedarf ist naturgemäß in den Ämtern am größten, in denen keine juristischen Sachbearbeiter tätig sind. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Rechtsamtes liegt hier in der Anfertigung rechtlicher Stellungnahmen zu den von den Fachämtern vorgetragenen Sachverhalten bei besonders schwierigen Fällen in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht. Die Fachämter erhalten damit rechtliche Anleitung und Unterstützung im Vorfeld zu treffender Entscheidungen, beim Erlass von Bescheiden und Widerspruchsbescheiden oder auch bei der Fertigung von Satzungen.

- **Bearbeitung von Beschwerden**

Aufgrund des durch die Landkreisordnung eingeräumten Petitionsrechts kann sich jeder in Angelegenheiten des Landkreises mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden einzeln oder gemeinsam an den Kreistag oder den Landrat wenden.

Die Anzahl der beim Landrat eingegangen Petitionen ist auch in diesem Jahr leicht rückläufig. Die meisten Beschwerden richten sich erneut gegen die Tätigkeit von Mitarbeitern des Jugendamtes, aber auch gegen Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes und der unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde.

- **Koordinierende Tätigkeiten**

Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit des Rechtsamtes bleibt weiterhin die koordinierende Tätigkeit zwischen den Ämtern unseres Hauses. Es zeigt sich, dass aufgrund der beim Rechtsamt zentral erfassten Informationen und schwerpunktmäßigen Problemstellungen aus den Fachämtern die Verwaltungsarbeit besonders effektiv in rechtlichen Fragen kontrolliert wird. Durch die Möglichkeit des ämterübergreifenden Wirkens des Rechtsamtes wird ein erheblicher Beitrag zur Förderung einer sachgemäßen und einheitlichen Handhabung der Verwaltungstätigkeit (z.B. bei der Durchführung von Verwaltungsverfahren, Erarbeitung von Beschlussvorlagen, Initiativen zur Überprüfung und Änderungen von Satzungen und verwaltungsinternen Richtlinien) geleistet.

- **Versicherungsangelegenheiten**

In diesem Bereich werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Die zuständige Sachbearbeiterin nimmt zudem an der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) und der Ostdeutschen Kommunalversicherung (OKV) teil. In Umsetzung der durch den Landesrechnungshof anlässlich der im Jahr 2004 vorgenommenen überörtlichen Prüfung gegebenen Empfehlungen wurden verschiedene Versicherungen erstmals im Jahr 2005 gekündigt. Für den Risikoausgleich innerhalb dieser Sparten wurde eine Sonderrücklage in Höhe von 10.300 € gebildet. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich im laufenden Jahr die Risiken verwirklichen und die Rücklage angegriffen werden muss.

Im Berichtszeitraum ist ein allgemeiner Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen. Davon ausgenommen sind lediglich die Sparten Allgemeine Haftpflicht, Vermögenseigenschäden und - erstmals nach mehreren Jahren des Rückgangs - Inventarschäden. Hier ist jeweils ein Anstieg der gemeldeten Schadensfälle festzustellen.

Auffällig bei den Inventarschäden ist, dass diese nicht durch Einbruch/Diebstahl, sondern in einem nicht unbeträchtlichen Maß durch Überspannung infolge starker Gewitter an den Telekommunikationsanlagen verursacht wurden.

Bei den in der Vermögenseigenschadenversicherung gemeldeten Schäden wurde nach jeweils umfangreichem Schriftverkehr bis auf einen Fall die Zahlung von Versicherungsleistungen durch die Ostdeutsche Kommunalversicherung (OKV) abgelehnt. Damit setzte sich das regressive Regulierungsverhalten der letzten Jahre fort, so dass diese Versicherung zum 31.12.2005 gekündigt wurde.

Im Bereich Kaskoschäden ist die Fallzahl nach einem enormen Anstieg im Vorjahr wieder auf ein normales Maß gefallen.

Statistikübersicht

		2004	2005
1.	Gerichtsverfahren	133	134
	Verwaltungsgericht	122	100
	Arbeitsgericht	2	3
	Zivilgericht	4	7
	Sozialgericht	-	24
	Strafsachen	5	-
2.	Dienstaufsichtsbeschwerden	41	40
3.	Beratung der Dezernate (gesamt)	170	139
	Dezernat I	60	45
	Dezernat II	31	42
	Dezernat III	63	42
	Dezernat IV	16	10
4.	Beratung Landrat/Pressestelle	49*	42

Gesamtbearbeitung von Versicherungsfällen im Jahr 2005

anhängige Schadenersatzklagen	2
hausinterne versicherungsrechtliche Stellungnahmen	5
Anzahl der Schadenfälle (Neuzugänge 2004)	107
abgeschlossene Fälle davon abgelehnte Fälle	63 17

Zusätzlich zur Bearbeitung der Neueingänge erfolgte eine Abarbeitung von 26 Schadensfällen aus dem Vorjahr 2004, wovon drei abgelehnt wurden.

- **Kommunalaufsicht**

Der Kommunalaufsicht (Rechtsaufsicht) ist durch den Gesetzgeber die Aufgabe zugewiesen sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Sie soll so ausgeübt werden, dass die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gesichert und deren Rechte geschützt werden. Die Tätigkeit der Kommunalaufsicht beschränkt sich dabei nicht auf Kontrollen der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns der Kommunen ihres Zuständigkeitsbereiches, sondern sie berät die Körperschaften u. a. in Haushalts- und Finanzangelegenheiten, in Satzungsangelegenheiten, zu Fragen der wirtschaftlichen Betätigung, der kommunalen Zusammenarbeit sowie bei der Veräußerung von gemeindlichem Vermögen.

In Anbetracht der negativen Entwicklung der Finanzlage vieler Städte und Gemeinden gewinnt der Umfang an Beratungsleistungen bei der Planung und Durchführung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft immer mehr an Bedeutung. Im Haushaltsjahr 2005 war es sechs von 16 Gemeinden trotz erheblicher Anstrengungen nicht möglich, ihren Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Die Vertretungen dieser Kommunen hatten über ein Haushaltssicherungskonzept zu entscheiden, darin konkrete Konsolidierungsmaßnahmen festzulegen und den Zeitraum zu bestimmen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erlangt werden soll. Das Haushaltssicherungskonzept bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. In drei Fällen konnte die Genehmigung für das Haushaltssicherungskonzeptes zunächst nicht erteilt werden. Diesen Kommunen wurde im Ergebnis ausführlicher Beratung empfohlen, die Konsolidierungsziele und/oder den Konsolidierungszeitraum zu konkretisieren und das geänderte Konzept der Vertretung zur Entscheidung vorzulegen. Die kommunalaufsichtliche Genehmigung konnte in der Folge unter Auflagen erteilt werden.

Im Ergebnis der vollzogenen Gemeindegebietsreform hat der Gesetzgeber den Ortsbeiräten bzw. den Ortsbürgermeistern der früheren selbstständigen Gemeinden und jetzigen Ortsteile bestimmte Anhörungsrechte eingeräumt, deren praktische Umsetzung in einigen Gemeinden Probleme aufwarf. Durch Erörterung der jeweiligen Sach- und Rechtslage zwischen Gemeinde und Kommunalaufsicht, in deren Ergebnis der Gemeinde die erforderlichen Handlungsempfehlungen gegeben wurden, konnten bestehende Probleme, bis auf einen noch anhängigen Fall, ausgeräumt werden.

Weitere Schwerpunkte der kommunalaufsichtlichen Tätigkeit umfassten die Beratung von Kommunen und Zweckverbänden zu satzungsrechtlichen Fragen. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Verfahren zur freiwilligen Änderung von Gemeindegrenzen und zur Auflösung von Exklaven gehörte ebenso zu den Aufgaben der Kommunalaufsicht wie die Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Grundstücksgeschäften.

Des Weiteren war die Genehmigungsfähigkeit der Übernahme einer Bürgschaft durch eine Kommune zugunsten einer kommunalen Gesellschaft zu prüfen. Beratungsbedarf ergab sich auch im Zusammenhang mit der beabsichtigten Gründung einer Stiftung.

Bei der Prüfung der Genehmigungsbedürftigkeit beabsichtigter Änderungen von Gesellschaftsverträgen für privatrechtlich organisierte Unternehmen, an denen Gemeinden mehrheitlich beteiligt sind, wurden Regelungen in den Verträgen festgestellt, die nicht mit den einschlägigen Rechtsnormen im Einklang stehen und deshalb zwingend einer Korrektur bedürfen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Gesellschaftsverträge, die vor der Änderung der Gemeindeordnung im Jahre 1993 geschlossen wurden und mithin keiner kommunalaufsichtlichen Genehmigung bedurften. Die erforderlichen Änderungen in den Gesellschaftsverträgen sind erfahrungsgemäß sehr aufwändig und werden daher einige Zeit in Anspruch nehmen.

Gegenüber der Landesregierung hat die Kommunalaufsicht aufgrund in der Praxis gesammelter Erfahrungen angeregt, verschiedene Regelungen der Gemeindeordnung zu ändern bzw. zu konkretisieren. Durch das Sachgebiet wurden auch Stellungnahmen gegenüber den zuständigen Ministerien zu Anträgen der Kommunen und Zweckverbänden auf Bewilligung von Landeszuwendungen abgegeben.

Dezernat II

Amt zur Regelung offener Vermögensfragen

Das Jahr 2005 war das letzte Jahr der Tätigkeit des kreiseigenen Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen (AROV), nachdem das Land mit Änderung der Vermögensgesetz-durchführungsverordnung, die zum 01.10.2005 in Kraft trat, die Schließung des Amtes zum 31.12.2005 festgelegt und die Zuständigkeit für die noch offenen Verfahren auf die Landeshauptstadt übertragen hat.

Angesichts der Tatsache, dass dem Landkreis noch gewisse Restaufgaben wie die Erteilung von Negativattesten, Schlussabwicklungen von Akten und Archivierung nach der genannten Verordnung verbleiben, wurde mit dem Land überdies eine Schließungsvereinbarung verhandelt, die neben einem finanziellen Ausgleich für vorzuhaltendes Personal die Modalitäten der Restabwicklungen regelt. Die Restaufgaben werden ab 2006 vom Rechtsamt des Landkreises weitergeführt. Die Stelle für gesetzliche Vertreterbestellungen und die Stelle für Grundstücksverkehr sind ab 2006 dort ebenfalls organisatorisch angegliedert.

Im Zuge dieser schon ab dem I. Quartal absehbaren Entwicklungen wurde im Verlauf des Jahres 2005 im Kernbereich des AROV der Personalstand durch Umsetzungen auf fünf Mitarbeiter reduziert. Ab September wurden die enormen Aktenbestände für die Archivierung im Kreisarchiv vorbereitet, im November erfolgte die Übergabe der noch offenen Verfahren (einschließlich der Gerichtsverfahren) an das AROV Potsdam um die reibungslose Weiterbearbeitung der Vorgänge zeitnah zu ermöglichen. Die Erledigung vermögensrechtlicher Anträge lag im Verlauf des Jahres durchschnittlich noch bei 3,6 Vermögenswerten pro Mitarbeiter und Monat.

Die **Stelle für gesetzliche Vertreterbestellungen** verzeichnete auch im Berichtsjahr keinen größeren Antragszuwachs. Durch die letztlich auch im Interesse von Gemeinden und Privaten geführte Ermittlungsarbeit wurden aber vielfach Erben von Eigentümern gefunden. Das ohnehin nur schleppend durchgeführte Aufgebotsverfahren des Bundesamtes wurde damit unnötig.

Die **Stelle für Grundstücksverkehr** konnte im Verlauf des Jahres die Bearbeitungskadenz gut fortführen. In Vorbereitung der vorgesehenen Amtsschließung des AROVs und Zuordnung der Grundstücksverkehrsstelle zum Rechtsamt wurden alle in Wünsdorf archivierbaren Vorgänge in das Kreisarchiv überführt, so dass der Umzug zum Jahresanfang 2006 erfolgen kann.

Das Gebäude in Wünsdorf wird zum Ende März 2006 gekündigt und geräumt werden.

Statistikübersicht Stand: 31. Dezember 2005

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge inkl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten	
	Anträge	17.080
	Ansprüche	44.954
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	44.894
	Erledigung in Prozent	99,8 %

2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftsersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	132.582
	Auskünfte	131.532
	Erledigung in Prozent	99,2 %
	Differenz Anfragen/Erledigung	1.050

3.	Widersprüche	2.744

4.	Verwaltungsgerichtsverfahren	
	anhängig	121
	abgeschlossen	590

5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	erfasste Anträge	35.258
	davon Neueingänge 2004	1.408
	Erledigungen	32.459
	Erledigung in Prozent	92 %

6.	Gesetzliche Vertreterbestellungen	
	Anträge	3.536
	davon Neueingänge 2005	34
	Bestellungen (aber noch nicht abberufen)	1.051
	Abberufungen	1.510

Ordnungsamt

Das Ordnungsamt gliedert sich in drei Sachgebiete, deren Aufgaben hier dargestellt werden:

Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Im Rahmen der Fachaufsicht fanden 2005 turnusmäßige Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern und Mitarbeitern der Meldebehörden statt. Es wurden insgesamt 10 Anträge auf Ausnahmegenehmigungen nach dem Sonn - und Feiertagsgesetz bearbeitet. Des Weiteren wurden über 39 Anträge zur Marktfestsetzung an Sonn - und Feiertagen geprüft.

20 Aufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Behörden sind von den Bürgern an das Sachgebiet herangetragen worden. Sie wurden geprüft und mit den betroffenen Ordnungsamtsleitern ausgewertet. Sechs Widersprüche, die gegen Ordnungsverfügungen der örtlichen Ordnungsbehörden gerichtet waren, sind bearbeitet worden.

Bisher wurden insgesamt 291 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben, davon 252 nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und 39 nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BimschG).

Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien nach dem Lotteriegesetz konnten im Jahr 2005 insgesamt 16 erteilt werden.

Zweimal mussten Zwangsgelder gegen Eltern zur Durchsetzung der Schulpflicht ihrer Kinder nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg angeordnet werden. Mitte des Jahres fand gemeinsam mit dem Jugendamt und allen Schulräten des Schulamtes Wünsdorf eine Beratung statt, um effektivere Methoden zur Verhinderung bzw. Ahndung von Schulbummelei zu diskutieren.

Bußgeldverfahren nach dem SGB XI - hier im Bereich der Pflegepflichtversicherung - sind insgesamt 115 abgeschlossen worden. Zwei Anzeigen von Verstößen gegen das Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz wurden gemeinsam mit dem Kataster- und Vermessungsamt bearbeitet.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis Teltow-Fläming sind aktuell 880 Jagdscheininhaber registriert, davon 22 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 251 Jagdbezirke, davon 170 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 29 Eigenjagdbezirke, 48 Verwaltungsjagdbezirke und Bundesforstjagdbezirke.

Es gibt drei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild und eine Hegegemeinschaft Muffelwild. Es wurden 251 Abschusspläne bearbeitet, bestätigt bzw. festgesetzt. Gefördert und unterstützt in den Hegegemeinschaften wurde die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen. Weiterhin erfolgte die Anerkennung von vier Hegeschauen der Hegegemeinschaften als Pflichttrophäenschauen.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde gepflegt und die Arbeit mit dem 2004 neu berufenen Jagdbeirat erfolgreich weitergeführt.

Von 19 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung absolvierten 12 diese mit Erfolg.

Die Beratung und Kontrolle der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weitergeführt, insbesondere bei der Erarbeitung von Satzungen, die von der Unteren Jagdbehörde zu genehmigen sind. Die Jagdgenossenschaften wurden bei der Bewältigung der Probleme, die sich aus der Gemeindegebietsreform ergaben, unterstützt.

69 Stellungnahmen aus jagd- und fischereilicher Sicht zu Bauvorhaben im Außenbereich und zu beabsichtigten naturschutzrechtlichen Unterschutzstellungen wurden erstellt.

Die Wildbewirtschaftung im Landkreis, insbesondere die Höhe der Wildbestände, die Jagdstrecken und die Wildschäden wurden ausgewertet und dem zuständigen Kreisausschuss für Landwirtschaft und Umwelt dargestellt.

Untere Fischereibehörde

Es wurden insgesamt 3.274 Fischereischeine A neu erteilt bzw. verlängert und davon 530 Jugendfischereischeine an Angler ausgegeben. 16 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt.

Derzeit gibt es 63 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Besonders hervorzuheben ist die durch den Kreisanglerverband Zossen e. V. organisierte und mit einigen Fischereiaufsehern und der Unteren Fischereibehörde an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. im Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich durchgeführte gemeinsame Komplexkontrolle. Es mussten 40 Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet werden. 16 Verwarnungen vor Ort wurden durch die Fischereiaufseher ausgesprochen.

Es fanden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 206 Prüflingen statt, wovon lediglich sieben Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben. Drei Hegepläne und 16 Fischereipachtverträge wurden bearbeitet und genehmigt. 42 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen erhielten ebenfalls eine Genehmigung.

Kriegsgräberwesen

Im Jahr 2005 stellte der Bund 145.549,93 EUR für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis Teltow-Fläming befinden, zur Verfügung. Mit Änderung des Gräbergesetzes des Bundes sowie mit In-Kraft-Treten des Gedenkstättenschutzgesetzes des Landes Brandenburg wurde nunmehr ausdrücklich gesetzlich normiert, dass die Landräte als allgemeine untere Landesbehörden für die Zuweisung der Pauschalmittel an die Städte, Gemeinden und Ämter zuständig sind.

Die Instandsetzung des Ehrenfriedhofes für vorwiegend muslimische und hinduistische Kriegsgefangene des I. Weltkrieges in Zehrensdorf (Stadt Zossen) konnte im Oktober 2005 mit einer feierlichen Wiedereinweihung, die durch den Herzog von Kent erfolgte, abgeschlossen werden.

Die Instandsetzungsarbeiten auf der sowjetischen Kriegsgräberstätte an der B 96 in Baruth/Mark wurden auch im Jahr 2005 fortgesetzt. Der Abschluss der Arbeiten wird voraussichtlich im Jahr 2007 erfolgen. Die Zuwendungen des Bundes betragen insgesamt 808.000,00 EUR. Die Russische Föderation stellte der Stadt Baruth/Mark für die Sanierung des Gedenkhauses mit Obelisk 72.800,00 EUR zur Verfügung.

Die Instandsetzungsarbeiten an der Kriegsgräberstätte in Thyrow konnten abgeschlossen werden. In Vorbereitung befindet sich die Planung für die Instandsetzung der Kriegsgräberstätte STALAG III A in Luckenwalde. Die Vorbereitungen zur Instandsetzung der russischen Kriegsgräberstätten Damm I und Damm II in Jüterbog sind abgeschlossen. Es liegt ein fertiges Projekt vor und der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wurde beim Innenministerium eingereicht. Bisher konnten jedoch noch keine Mittel durch das Ministerium des Innern zugesagt werden.

Im September 2005 wurde im Rahmen der Fachaufsicht eine Beratung zur Thematik des neuen Gräbergesetzes und des Gedenkstättenschutzgesetzes des Landes Brandenburg mit den Kommunen durchgeführt.

Bestattungswesen

2005 mussten drei Widerspruchsverfahren bearbeitet werden, die sich gegen Entscheidungen der örtlichen Ordnungsbehörden hinsichtlich der Bestattungspflicht richteten.

Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten

2005 wurden insgesamt 26 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz bearbeitet. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit der Wehrersatzbehörde in Potsdam, der IHK, der Handwerkskammer sowie der Agentur für Arbeit konnte auch in diesem Jahr erreicht werden, dass die eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

Gewerbeangelegenheiten

Im Bereich Gewerbeangelegenheiten konzentrierte sich die Arbeit wieder auf die verstärkte Verfolgung und Ahndung der Schwarzarbeit. Im Jahr 2005 wurden 365 Kontrollen durchgeführt. Anlass dieser Kontrollen waren beispielsweise in 190 Fällen Baubeginnanzeigen des Bauamtes der Kreisverwaltung. 36 Gewerbeanmeldungen waren Anlass weiterer Prüfungen, acht Hinweise übermittelte die Kreishandwerkerschaft, vier Anzeigen kamen von der Bau-Berufsgenossenschaft Hannover sowie fünf Hinweise von der Handwerkskammer und vom Hauptzollamt Potsdam.

Resultierend aus diesen Kontrollen war die Einleitung von 35 Ermittlungsverfahren, von denen bereits 23 Verfahren rechtskräftig beschieden sind. Von diesen 23 abgeschlossenen Verfahren wurden 18 mit einem Verfallsbescheid und fünf mit einem Bußgeldbescheid geahndet. Sechs Ermittlungsverfahren wurden eingestellt, in den übrigen sechs Verfahren wird derzeit noch ermittelt oder ist ein Bußgeldverfahren bereits eingeleitet.

Die zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gebildete Koordinierungsgruppe unter Leitung des Ordnungsamtes kam im Oktober 2005 wieder zusammen, um erste Ergebnisse bei der Verfolgung und Ahndung der Schwarzarbeit nach dem seit 2004 in Kraft getretenen neuen Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zu analysieren. Es gelang, das jetzige Landesamt für Arbeitsschutz als Mitglied der Koordinierungsgruppe zu gewinnen.

Im Gewerberecht waren auch in diesem Jahr zahlreiche gesetzliche Änderungen zu verzeichnen, zudem wurden einige Verwaltungsvorschriften aufgehoben, so dass hier im Rahmen der Gewerbefachaufsicht eine verstärkte Anleitung der für gewerbliche Angelegenheiten zuständigen Mitarbeiter der Städte, Ämter und Gemeinden erfolgte. Mit zwei Widerspruchsverfahren zur Gewerbeuntersagung und zum Erlaubniswiderruf ist hier eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen.

Die Zahl der Anträge zur Ausnahme erweiterter Ladenöffnungszeiten im öffentlichen Interesse nach § 23 Ladenschlussgesetz (LSchlG) hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert. Von den eingegangenen fünf Anträgen sind vier positiv beschieden worden, ein Antrag musste abgelehnt werden, da die Voraussetzungen des § 23 LSchlG nicht erfüllt waren.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Im Schornsteinfegerwesen konzentrierte sich die Arbeit auf Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und auf die Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungspflichten. Eine Zunahme von Vollstreckungen ist seit Jahren auf Grund der schlechten Zahlungsmoral der Bürger zu verzeichnen.

Versicherungsbehörde

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 460 Anträge auf Altersrente, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften, Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten sowie andere Anträge, wie z. B. auf Versorgungsausgleich sowie Leistungen zur Rehabilitation, an den jeweiligen Versicherungsträger weitergeleitet, wobei die Antragsteller kompetent beraten und unterstützt wurden.

Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31.12.2005 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.522 Ausländer gemeldet, davon waren 348 Asylbewerber.

Durch das In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes kamen eine Reihe von Neuerungen auf die Mitarbeiter im Ausländerrecht zu. So sind die Ausländerbehörden jetzt, nach Zustimmung bzw. Nichtzustimmung der Arbeitsagenturen, zuständig für die Genehmigung oder Versagung des Arbeitsrechts. Eine weitere neue Aufgabe ist die Entscheidung im Rahmen der Integrationsmaßnahmen. Hier prüfen die Ausländerbehörden, ob ein Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs besteht oder ob eine Verpflichtung zur Teilnahme auszusprechen ist.

Wegen der Versagung der Erwerbstätigkeit sind im Jahr 2005 von zehn Personen Widersprüche erhoben worden. Alle Widersprüche sind bereits entschieden. Drei Personen haben gegen die Ablehnung der Erwerbstätigkeit Klage eingereicht, wobei noch keine entschieden ist.

Bei den Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedsstaaten sind im vergangenen Jahr mehrere Verdachtsfälle von Scheinselbständigkeit zur Prüfung an das Hauptzollamt Potsdam gegeben worden. Abschließende Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 31.12.2005 wiederum mehrfach Abschiebungen, weil die abzuschiebenden Personen sich der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.
Bis zum 31.12.2005 fanden sechs Botschaftsvorführungen für 22 Personen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Sachbearbeiterinnen teil.

Bis zum 31.12.2005 wurden 11 Einbürgerungen, 22 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie zwei Anträge auf Änderungen des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Die meisten Anträge konnten entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen positiv beschieden werden.

Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der unteren Standesamtsaufsicht zählten in diesem Jahr neben den turnusmäßigen Prüfungen der Standesämter wiederum die Klärung von Fragen bezüglich der Anlegung eines Familienbuches auf Antrag (Verdacht auf Scheinehe, Prüfung der Geschäftsfähigkeit) und die Bearbeitung von Anträgen verschiedener Ämter und Gemeinden zur Nutzung von Gebäuden für Trauungen außerhalb des Trauzimmers.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Im Mittelpunkt der Arbeit auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes stand 2005 die weitere Umsetzung des neuen Brand- und Katastrophenschutzrechts im Landkreis. Die gegenwärtigen Bedingungen im überörtlichen Brandschutz, welche in Verantwortung des Landkreises liegen, waren Grund für die SPD- und CDU-Fraktion des Kreistages, sich bei Arbeitsbesuchen im Feuerwehrtechnischen Zentrum (FTZ) durch den Kreisbrandmeister Gerd Heine und den Dezernenten Norbert Siemieniec über die gegenwärtige Situation bei der Ausbildung der Feuerwehr, die materielle Sicherstellung des überörtlichen Brandschutzes sowie die Hilfeleistung bei Großschadenslagen und Katastrophen informieren zu lassen.

In den nächsten Jahren sind umfangreiche finanzielle Anstrengungen erforderlich, um den gewachsenen Anforderungen an den Schutz der Bevölkerung, von Sachwerten, der Infrastruktur und der Wirtschaft gerecht zu werden.

Im FTZ bestehen gute räumliche Voraussetzungen. Die vorliegenden Konzepte müssen nunmehr im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umgesetzt werden.

Die Feuerwehren des Landkreises wurden mit Stand 31.12.2005 zu 345 Bränden und 755 technischen Hilfeleistungen gerufen.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden im Ausbildungsjahr 2005 in 21 Lehrgängen 422 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger sowie in Grundtätigkeiten der Technischen Hilfe ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsbeteiligung von 97,6 % erreicht werden. Die Atemschutzübungsstrecke im Feuerwehrtechnischen Zentrum haben 766 Kameradinnen und Kameraden durchlaufen.

Im Rahmen der Qualifizierung von Führungskräften der Feuerwehren im Landkreis und der Zug- und Gruppenführer der Brandschutzeinheit des Landkreises fand im März 2005 in Großbeeren eine Demonstrationsübung der ABC-Komponente des Landkreises statt. In Auswertung dieser Ausbildung wurden die Ausrüstung der entsprechenden Einheit für die sanitäre Behandlung von Personen sowie für die Dekontamination von Geräten und Ausrüstungen ergänzt und der Trägerfeuerwehr Großbeeren übergeben.

Die im Jahr 2004 begonnene Ausbildung der drei regionalen Führungsgruppen der Feuerwehr sowie der Informations- und Kommunikationskräfte wurde in diesem Jahr fortgesetzt und im 2. Halbjahr um Elemente der Organisation des Zusammenwirkens mit anderen an der Beseitigung von Großschadenslagen mitwirkenden Behörden wie Polizei, Rettungsdienst und örtliche Ordnungsbehörde ausgedehnt.

2005 konnte auch die Ausrüstung der Katastrophenschutzkräfte des Sanitätsdienstes beim DRK-Kreisverband mit einem aufblasbaren Rettungszelt ergänzt werden.

Zur Befähigung der Städte, Gemeinden und Ämter als Träger des Brandschutzes fand im Oktober ein Seminar zur Erstellung der gesetzlich geforderten Gefahren- und Risikoanalysen zum Brandschutz und zur Hilfeleistung statt.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und dem Kreisfeuerwehrverband konnte fortgeführt werden. Unterstützt wurde das Sommerlager des Verbandes mit den Kindern und Jugendlichen und die Ausrichtung des traditionellen Wettstreits der Frauen und Männer in den Feuerwehren. An den Kreismeisterschaften 2005 nahmen von 22 Feuerwehren des Landkreises zwei Frauenmannschaften und 22 Männermannschaften an den Wettkämpfen teil.

Durch den Verband der Feuerwehren des Landkreises wurden bei gegenseitigen Teilnahmen an Wettkämpfen die Beziehungen zu den Feuerwehren des Partnerkreises Gniezno vertieft.

Das Feuerwehrtechnische Zentrum hat im Jahre 2005 kostenfrei Wartungs- und Prüfarbeiten für die Feuerwehren des Landkreises durchgeführt:

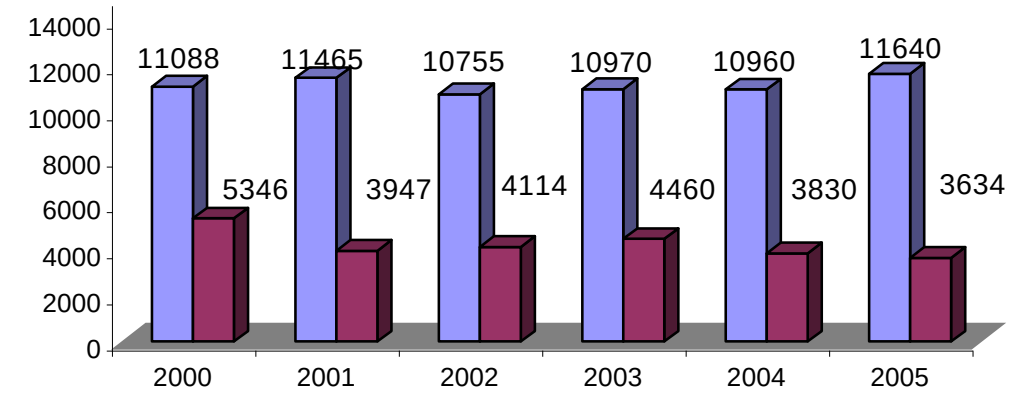
Anzahl	Geräte / Ausrüstung
1.020	Pressluftatmer
2.069	Atemschutzmasken
60	Chemikalienschutzanzüge
2.781	Auffüllen von Pressluftflaschen
2.232	Druckschläuche
43	Tragkraftspritzen

Rettungsdienst

Der Rettungsdienst hatte 2005 unter den seit 2004 geänderten Rahmenbedingungen seine gesetzlichen Aufgaben erfüllt. Insbesondere bei der Finanzierung der Aufgaben hat sich trotz des Umstandes, dass der Gesetzgeber 2004 die durch den Landkreis vertretenen Auffassungen angenommen und im Rettungsdienstgesetz umgesetzt hat, das Verhältnis zu den Kostenträgern nicht entschärft. Die defizitäre Lage im Gesundheitswesen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen der gesetzlichen Krankenkassen sind deshalb im Rettungsdienst sehr deutlich zu spüren.

Im Jahr 2005 übernahm der Rettungsdienst 3.634 Krankentransporte. Er musste bei 11.640 medizinischen Notfällen tätig werden, bei denen in 6.330 Fällen ein Notarzt zum Einsatz kam. Mit einer Steigerung von 5 % gegenüber dem Vorjahr kam es bei den Notfalleinsätzen zu dem bisher höchsten Einsatzaufkommen. Eine Ursache wird in der Entwicklung im Gesundheitswesen, insbesondere der ambulanten Versorgung, zu finden sein.

Entwicklung der Einsatzzahlen



Quelle: Tätigkeitsberichte

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes waren im Jahr 2005 Ersatzbeschaffungen an Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung mit einem Gesamtwert von 365.000 € erforderlich.

Die Leitstelle des Landkreises hat auch im Jahre 2005 ihre Aufgaben erfüllt. In den nächsten Jahren wird sie in eine der im Land Brandenburg zu bildenden Regionalleitstellen zu überführen sein.

Straßenverkehrsamt

Auch im Jahr 2005 ist ein Anstieg des Fahrzeugbestandes von 129.300 auf 133.180 (3,0 %) zu verzeichnen. Zum Oktober 2005 wurden in Deutschland neue, in den Ländern der EU einheitliche, Fahrzeugdokumente eingeführt. Hierdurch wird das Zulassungsverfahren innerhalb der EU vereinheitlicht und angepasst, so auch die in den neuen Dokumenten zu erfassenden Daten. Die neuen Dokumente enthalten fälschungserschwerende Sicherheitsmerkmale, die zur Eindämmung der Fahrzeugkriminalität beitragen sollen.

Seit dem 4. Oktober 2005 werden auch im Straßenverkehrsamt Teltow-Fläming die neuen Zulassungsdokumente ausgegeben, und zwar

- die Zulassungsbescheinigung Teil I (sie ersetzt den Fahrzeugschein) und erhält eine fortlaufende Nummerierung) sowie
- die Zulassungsbescheinigung Teil II (sie ersetzt den Fahrzeugbrief).

Die Mitarbeiter der Kfz-Zulassungsstelle wurden durch Schulungen auf die umfangreiche Programmänderung vorbereitet. In den ersten Wochen kam es trotzdem zu längeren Wartezeiten durch die Umstellung. Hinzu kommt, dass bei allen Geschäftsvorfällen, bei denen eine neue Zulassungsbescheinigung Teil I ausgestellt wird, auch eine neue Zulassungsbescheinigung Teil II erforderlich ist, da ein Nebeneinander von alten und neuen Dokumenten nicht möglich ist, um die Rechtssicherheit im In- und Ausland zu gewährleisten. Damit verlängerten sich in der Anfangsphase auch die Bearbeitungszeiten. Für bereits zugelassene Fahrzeug ändert sich zunächst nichts.

Der Umtausch des „alten“ Führerscheins verläuft nach wie vor sehr verhalten. Um den Umtausch des Führerscheins auf den EU-Kartenführerschein anzukurbeln, wurde eine Vereinbarung mit der Bundesdruckerei getroffen, die einen Versand der neuen Führerscheine nach Fertigstellung direkt durch die Bundesdruckerei an den Antragsteller ermöglicht. Damit muss der Antragsteller nicht mehr zur Abholung des Führerscheins erneut bei der Fahrerlaubnisbehörde vorsprechen.

Ausgehend von den hohen Durchfallquoten bei Fahrerlaubnisprüfungen im Land Brandenburg wurde durch Runderlass des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung vom 15. März 2005 die Fahrschul- und Fahrlehrerüberwachung auf eine "volle Qualitätskontrolle" erweitert. Damit ist es den Landkreisen erstmalig möglich, die Qualität der theoretischen und praktischen Fahrschulausbildung auch pädagogisch-didaktisch zu prüfen und zu beurteilen.

Mit Einführung des digitalen Kontrollgerätes zur Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten wurde im Land Brandenburg die Zuständigkeit für die Antragsabwicklung der Kontrollgerätekarten auf die Fahrerlaubnisbehörden übertragen, womit diese jetzt für die Antragsbearbeitung und Ausgabe der befristeten Fahrer-, Unternehmer- und Werkstattkarten zuständig sind.

Die Arbeit im interkommunalen Vergleichsring der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstellen wurde auch 2005 weitergeführt. Die hieraus resultierenden Maßnahmen der Effektivitätssteigerung führte zur Erweiterung der Öffnungszeiten und Personalreduzierung in beiden Bereichen.

Alle 90 Minuten verunglückte 2004 in Deutschland ein Mensch im Straßenverkehr tödlich. So bildet Deutschland im EU-Maßstab die unrühmliche Spitze in der absoluten Anzahl der getöteten und verletzten Personen. Um Verkehrsteilnehmer zu vorschriftsmäßigem Verhalten im Straßenverkehr anzuhalten, führt das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten angemessene Geschwindigkeitskontrollen mit dem Ziel durch, die Zahl der Verkehrsopfer auf den Straßen des Landkreises zu verringern.

Im Jahr 2005 wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit an 79 Messstellen, davon zehn mit fest installierten Anlagen, kontrolliert. Im Vorjahr waren es 75 Stellen, wovon neun auf feste Anlagen entfielen. 66 % aller von der Kreisverwaltung Teltow-Fläming eingerichteten Messstellen dienten 2005 der Schul- und Spielwegsicherung. 11 % der mobilen Standorte befinden sich an Unfallschwerpunkten/Unfallhäufungslinien/-stellen, 19 % an Stellen mit besonderer Gefährdung und 4 % dienen der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (Altenheim, Krankenhaus u. a.).

2005 wurden wegen des Bedarfs zum Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer mobile Standorte an der B 115 in Petkus und an der B 101 zwischen Jüterbog und Hohenahlsdorf neu bzw. wieder eingerichtet. Hier wird seit 2005 in beiden Fahrtrichtungen saisonbedingt gemessen (Querung Flaeming-Skate). Die aus Gründen des Unfallgeschehens als "Rote Strecke" ausgewiesene L 74 zwischen Wünsdorf und Klausdorf wurde neu in die Geschwindigkeitskontrollen einbezogen.

Wegen baulicher Veränderungen oder der Schließung von Unfallhäufungsstellen konnten Messstellen in Mahlow, auf der K 7222 zwischen Gottow und Luckenwalde (einschließlich Gegenrichtung) sowie auf der L 73 zwischen Jänickendorf und Luckenwalde geschlossen werden. Dafür konnte eine jahrelange Forderung der kreislichen Verkehrsunfallkommission umgesetzt werden. Es erfolgte die Errichtung einer bereits vorhandenen, stillgelegten stationären Anlage an der B 96 (Autobahnabfahrt Süd) bei Rangsdorf. Hier wird erstmals im Landkreis die Geschwindigkeit über zwei Fahrspuren gemessen. Bisher wurde der Standort lediglich mobil und nicht im 24-Stunden-Betrieb überwacht. Über alle Schließungen und Neueinrichtungen von Standorten entscheidet die Verkehrsunfallkommission. Alle Messstellen fließen in die Statistik 2005 ein.

Bei der "*stationären*" Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Reduzierung der insgesamt eingeleiteten Verfahren um 2.663 gegenüber dem Vorjahr festzustellen (12/04 = 19.643 und 12/05 = 16.980), wobei sich die Anzahl der Bußgeldverfahren gegenüber dem Vorjahr von 2.579 auf 1.999 im Berichtszeitraum reduziert hat (Senkung um 22,5 %). Die Verwarnungsgeldfälle sanken von 16.319 im Vorjahr auf 14.349 (Senkung um 12,1 %). Insgesamt wurde in 15 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren (schließt Bußgeld aus Verwarngeld ein) und in 84,57 % der Fälle ein Verwarnungsgeldverfahren eingeleitet.

Mit Unterstützung des Landesbetriebes für Straßenwesen (NL Wünsdorf) wurden beide Fahrspuren, an der seit über einem Jahr stillgelegten Messstelle in Luckenwalde, im 4. Quartal wieder aktiviert. Bisher werden drei Geschwindigkeitsmessanlagen auf Bundesstraßen durch ein Hinweiszeichen angekündigt. Ebenfalls wird die Regionalpresse regelmäßig über die Einsatzorte unterrichtet. An den stationären Anlagen entstanden 457 Ausfalltage durch Verschleißerscheinungen und Reparaturmaßnahmen. Kameraausfälle, verursacht durch Schäden oder Defekte, gab es an 20 Tagen.

Bei der "*mobilen*" Überwachung liegt der Anteil der Bußgeldverfahren mit 520 Fällen bei 12 % (Vorjahr: 841 = 13 %). Das mobile Messfahrzeug war wegen Reparatur- bzw. Wartungszeiten, Personalausfalls usw. im Berichtsjahr an 61 Tagen (im Vorjahr an 26 Arbeitstagen) nicht im Einsatz. Es wurde im Jahr 2005 zu 75 % (Vorjahr: 89 %) ausgelastet. Allein in den ersten beiden Monaten des Jahres konnte das Fahrzeug personal- und witterungsbedingt nur zu 60 % ausgelastet werden. In den Monaten November und Dezember konnte personalbedingt nur einschichtig gefahren werden.

Bei 119 Fahrzeugführern (im Vorjahr 92) musste ein Geschwindigkeitsverstoß im Zusammenhang mit dem Handyverstoß festgestellt werden. 325 Verkehrsteilnehmer legten den Sicherheitsgurt während der Fahrt nicht an und überschritten dabei die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Im Vorjahr waren es 355. Insbesondere die Sorglosigkeit und Bequemlichkeit beim Anlegen des Sicherheitsgurtes in Verbindung mit einer Geschwindigkeitsverletzung stimmen bedenklich. Aufgefallen sind hauptsächlich LKW-Fahrer.

Im Berichtsjahr mussten 200 Fahrverbote ausgesprochen werden (Vorjahr 343).

2005 überfuhren 3.249.178 Fahrzeuge die aktiven stationären und mobilen Messstellen. Dabei überschritten 20.804 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,6 %). 74,8 % aller Überschreitungen wurden von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises festgestellt. Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen mussten an der Messstelle in Altes Lager in Richtung Jüterbog registriert werden. Der Hauptanteil der Überschreitungen erfolgte im Bereich unter 20 km/h. Ein Fahrzeugführer mit einer Überschreitung von 87 km/h (157 km/h bei zugelassenen 70 km/h) hält für 2005 am Standort B 96 in Richtung Groß Machnow den unrühmlichen Spitzenplatz.

Erhöht hat sich die Bearbeitung der allgemeinen Verkehrsordnungswidrigkeiten. Während im Jahre 2004 insgesamt 198 Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt und bearbeitet wurden, waren es 2005 475 reine allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten. (Verfahren ohne Zusammenhangstat mit einer Geschwindigkeitsüberschreitung/oder durch Fahrzeugführer ausgelöste Fehlmessungen, wo nur die allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeit geahndet werden konnte.)

Davon entfallen u. a. auf Baustellenordnungswidrigkeiten 23, auf Meldepflichtverstöße 236, auf Handyverstöße drei , auf die Überschreitung der Hauptuntersuchung 209 und vier auf die Überschreitung des Termins der Abgasuntersuchung (AU).

Im Februar kontrollierten die Mitarbeiter der Kreisverwaltung gemeinsam mit der Polizei die Einhaltung der Geschwindigkeit an Schulwegen.

Mit einem hohen organisatorischen und personellen Aufwand wurden an einigen Tagen in diesem Jahr erstmals verstärkt mehrere Fahrzeuge zur Geschwindigkeitsmessung einschließlich Technik aus anderen Bundesgebieten gemietet. Dabei wurde festgestellt, dass einheimische Fahrzeugführer die Messstellen zwar kennen, aber ihre Geschwindigkeit sehr auf das ihnen bekannte Messfahrzeug einrichten.

Durch technologisch bedingte Einsparmaßnahmen (insbesondere bei den Elektroarbeiten) und Verhandlungsgeschick konnte bei der Wiedererrichtung der stillgelegten Geschwindigkeitsmessanlage am Standort B 96 (Autobahnabfahrt Süd) eine Summe i. H. v. 8.053,34 € eingespart werden.

Der Bereich Verkehrssicherheit und –lenkung hatte sich in diesem Jahr mit den Problemen, die durch die Mauteinführung aufgeworfen wurden, zu befassen. Eine Reihe von Beschwerden aus der Region über verstärkten Lkw-Verkehr veranlasste das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Verkehrsuntersuchungen durchführen zu lassen, um die Entwicklung des "Schleichverkehrs" zur Umgehung der Mautzahlung rechtzeitig erkennen und dem entgegenwirken zu können. Im Bereich der B 96 als Parallelführung zur A 13 wurde beispielsweise eine neue Zählstelle zu den sieben im Landkreis bereits vorhandenen eingerichtet.

Ein Großteil neuer Baumaßnahmen auf Bundes- und Landesstraßen begannen erst im III. Quartal des Jahres. Das führte zu Überschneidungen von Vorhaben verschiedener Bauträger und belastete nicht nur das Verkehrsgeschehen, sondern auch die betroffenen anliegenden Ortschaften durch die damit verbundenen Einschränkungen. In diesem Jahr wurden Baumaßnahmen an Bahnübergängen entlang der Bahnstrecke Berlin-Dresden durchgeführt, die zum Teil kurzfristig mit Straßenbaumaßnahmen im Bereich der Umleitungen koordiniert werden mussten.

Die Baumaßnahmen an der B 101n im Bereich Trebbin und der B 96n zwischen Dahlewitz und Mahlow sind weiter fortgeschritten, werden aber auch noch im nächsten Jahr unvermindert weitergeführt und Verkehrsbeeinträchtigungen verursachen. Der Ausbau des Straßennetzes um Großbeeren, insbesondere der L 40, ist im Landkreis soweit fertiggestellt.

Das strategische Ziel der Verkehrsschauen bleibt die Reduzierung des Schilderwaldes. Ungeachtet dessen ist ein Trend festzustellen, der dem entgegenwirkt. Anträge von Kommunen und Bürgern zeigen, dass bereits entfernte Verkehrszeichen wieder aufgestellt werden sollen, obwohl für diese die Zustimmung der verantwortlichen Behörden vorlag. Besonders sensibel reagiert die Öffentlichkeit auf Lärmbelastungen bzw. Erschütterungen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dazu mehr als doppelt so viele Schreiben eingegangen.

Zum Unfallgeschehen wurden der kreislichen Unfallkommission fünf neu eröffnete Unfallhäufungsstellen (UHS) übergeben. Von den 28 noch in Bearbeitung befindlichen UHS wurden 2005 elf UHS geschlossen.

Für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen im Land Brandenburg wurden in diesem Jahr hinsichtlich des Geltungsbereiches weitere Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung der erteilten Ausnahmegenehmigungen in anderen Bundesländern getroffen. Im Vergleich zum Jahr 2004 mit 68 Ausnahmegenehmigungen waren es im Jahr 2005 weitere 62. Für die bundesweit geltenden Parkerleichterungen für außergewöhnlich Gehbehinderte konnten im letzten Jahr 167 Ausnahmen erteilt werden.

Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 2005

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Fahrzeugbestand gesamt	129.930	133.180
davon Kräder	7.133	7.392
Pkw	95.046	97.139
Lkw	8.581	8.725
Zugmaschinen	2.609	2.824
sonstige Kfz	1.182	1.272
Kfz-Anhänger	15.212	15.664
KOM	167	164

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	3.553	3.530
Umstellung auf EU-Führerschein	1.544	1.466
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	499	449
Versagung/Verzicht der FE gesamt	774	689
davon einer Neubeantragung nach Entzug	61	77
davon einer Erstbeantragung/Erweiterung	549	612
Internationaler Führerschein	349	304
FE zur Fahrgastbeförderung	204	180
FE-Entziehungen gesamt	389	523
davon durch Gericht	327	412
davon durch Fahrerlaubnisbehörde	62	111
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
- Verwarnungen	421	440
- Anordnung Aufbauseminar (ASP)	55	59
- Entzüge	28	21
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	263	197
- Verwarnungen	62	51
- Entzüge	15	11
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	33	14
davon erteilte Ausnahmen	4	4

3. Ausgabe der Kontrollgerätekarten nach der FPersV

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Ausgabe von Fahrerkarten	-	37
Ausgabe von Unternehmerkarten	-	3
Ausgabe von Werkstattkarten	-	-

4. Fahrschulwesen/Fahrschulüberwachung

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	47	49
Anzahl der Fahrlehrer	170	171
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP	21	20
Anzahl der überprüften Fahrschulen/ -lehrer/Seminarleiter	24	17
- Formalüberwachung	20	16
- Qualitätskontrolle	-	-
- Aufbauseminare (ASP/ASF)	4	1

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	65	73
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	130	141
Anzahl der Überprüfungen	-	42

6. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.562	2.706
davon - stationär - mobil - allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	 2.579 841 142	 1.999 520 187
eingeleitete Verwarngeldverfahren	22.043	18.573
davon - stationär - mobil - allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	 16.319 5.668 56	 14.349 3.936 288
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	1.008	818
davon - stationär - mobil	 745 263	 632 186
Gesamtanzahl Verfahren	26.613	22.097

7. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005
Stellungnahmen - allgemeine Planvorhaben - Straßenbauvorbereitung BSBA	 232 293	 246 150
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO	171	182
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	468	660
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	2.283	2.166
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs-regelungen gem. § 45 StVO	185	217
Anträge Lichtzeichenanlagen ((LZA) und Fußgängerüberwege	7	11
Bestand an - Kreisverkehrsplätzen - Fußgänger-LZA - Knotenpunkt-LZA - Fußgängerüberwegen	 19 36 49 15	 19 48 52 22
Verkehrsschauen	13	10

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

1. Allgemeinsituation

Der Schwerpunkt der amtlichen Tätigkeiten wird neben der routinemäßigen Überwachung aller Tierhaltungen und Lebensmittelbetriebe doch zunehmend auf die Bewältigung von Krisen im ad hoc–Verfahren, wie die Beherrschung der Bedrohung durch die Geflügelpest, gelegt. Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass es aufgrund regelmäßiger Kontrollen zu keinem größeren Tierseuchengeschehen kam.

Neben der sich ständig ändernden Rechtsmaterie in allen Fachgebieten, verbunden mit zahlreichen notwendigen Fort- und Weiterbildungen, war die Arbeit vor allem durch die Umstellung der kompletten Software zur Erfassung aller Betriebs- und Kontrolldaten geprägt.

2. Tierseuchenbekämpfung/Tierschutz/Tierarzneimittel

2.1. Tierseuchenbekämpfung

Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose und Brucellose der Rinder

Es wurden den gesetzlichen Vorgaben entsprechende serologische Untersuchungen der über 24 Monate alten Jungrinder und Kühe durchgeführt. Die Rinderbestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose und Brucellose der Rinder.

Bekämpfung der Bovinen Herpesvirus-Infektion (BHV 1) und der Bovinen Virusdiarrhoe/ Mucosal Disease (BVD/MD) der Rinder

Die Richtlinie zur Bekämpfung der BHV 1- Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Im Dezember 1997 ist die erste Verordnung des Bundes in Kraft. Von der Tierseuchenkasse werden derzeitig noch die Kosten für die Betriebe getragen.

Frei von BHV 1 sind per 31.12.2005 107 Bestände. 49 Rinderbestände haben den Status eines Sanierungsbestandes. Von diesen Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV 1 aus.

Alle Reagenten der einzelnen Betriebe wurden 2005 in die HIT Datenbank eingegeben. Die Bekämpfung der BVD/MD erfolgt im Land Brandenburg auf freiwilliger Basis auf der Grundlage einer Richtlinie des MLUR vom Oktober 2000. Die dabei entstehenden Kosten sind von den Betrieben weitgehend selbst zu tragen. Seit 01.01.2005 werden die Laborkosten bei einem Beitritt zum freiwilligen Verfahren im Land Brandenburg nicht in Rechung gestellt.

Salmonellose des Rindes

Im Jahre 2005 trat ein Fall Salmonellose der Rinder im Landkreis Teltow-Fläming auf.

Kontrollen entsprechend Schweinehaltungshygieneverordnung
Im Jahr 2005 wurden 26 Betriebe nach der Schweinehaltungshygieneverordnung (SchHaltHygV) kontrolliert.

Aujeszkysche Krankheit (AK)

Die jährlich geforderten Untersuchungen der Zucht- und Mastschweine wurde weitestgehend in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von AK.

Tollwut

Im Landkreis Teltow-Fläming ist seit 1994 keine Tollwut bei Füchsen u.a. Tieren festgestellt worden, daher konnte ab Frühjahr 1998 die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt werden. Der Landkreis gilt seit 01.01.2000 als tollwutfreies Gebiet. Aber weiterhin sind flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich, um den Status zu erhalten. Bis zum 31.12.2005 wurden 170 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (LVL), Laborbereich Potsdam, eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut.

Geflügelpest

Seit August 2005 herrscht eine erhöhte Alarmbereitschaft in Bezug auf einen möglichen Geflügelpestausbruch in Deutschland. Daher wurden mit hohem Zeitaufwand der Tierseuchenalarmplan und die entsprechenden Tierseuchenverfügungen aktualisiert. Im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit wurden die Bürger wiederholt über die Presse darauf hingewiesen, dass eine Meldepflicht für das Halten von Geflügel besteht. Es sind mittlerweile 3.034 Geflügelhalter mit 193.071 Hühner im Landkreis Teltow-Fläming gemeldet.

Nach In-Kraft-Treten der neuen Geflügelpestschutzverordnung vom 1. September 2005 wurden verstärkt Kontrollen auf Einhaltung der Aufstallungspflicht durchgeführt. Es fanden 103 Vor-Ort-Kontrollen der Geflügelhaltungen statt. Daraus ergaben sich sieben Bußgeldverfahren. Ausnahmen von der Aufstallungspflicht gemäß § 2 Abs. 2 Geflügelpestschutzverordnung mit Dach und seitlichen Drahtbegrenzungen erhielten 81 Tierhalter. Ausnahmen von der Aufstallungspflicht gemäß § 2 Abs. 3 Geflügelpestschutzverordnung (d.h. freilaufend) ergingen mit entsprechenden Auflagen an zwei Straußenhalter.

Bienenseuche - Amerikanische Faulbrut (AFB)

Im Rahmen des Faulbrutmonitorings im Land Brandenburg wurden in unserem Landkreis bei 158 Imkern 936 Honig- und Tupferproben entnommen. Im September/Oktober 2005 musste bei zehn Bienenvölkern zweier Imker in Blankenfelde die AFB festgestellt werden. Die Einleitung aller notwendigen Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen erfolgte umgehend. Im Frühjahr 2006 erfolgen die nächsten Untersuchungen.

Im Sperrgebiet „entsorgte“ ein unbekannter Imker seine Bienen und verstieß somit gegen die Tierseuchenallgemeinverfügung. Der Besitzer der Völker konnte nicht ermittelt werden.

Sonstige Tierseuchen/Krankheiten

Ein Fall von Psittakose wurde 2005 amtlich festgestellt, die Ursache der Einschleppung ist unbekannt. Die Sperrmaßnahmen konnten zwischenzeitlich wieder aufgehoben werden.

Kontrolle der Tierkörperbeseitigung, der Speiseresteverwertung und tierischer Nebenprodukte

Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseitigungsanlage oder eine zugelassene Erhitzungsanlage. Im Landkreis sind vier Unternehmen zum Abholen, Sammeln und Befördern von Speiseresten und Küchenabfällen zugelassen. Jährlich erfolgen in diesen Betrieben zwei Kontrollen.

Der erste Heimtierfuttermittelhersteller im Landkreis Teltow-Flämig erhielt eine Zulassung.

Kontrolle Milchbetriebe, entsprechend Milchverordnung

In den 37 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden Kontrollen durchgeführt. Aufgrund von Problemen in der Eutergesundheit wurden durch die Mitarbeiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (VLÜA) ein Betrieb beraten.

Kontrolle der Prämienbetriebe Cross Compliance

Auf Grund den Vorgaben der Risikoanalyse wurden vom VLÜA 13 Betriebe der Rinderhaltung und jeweils ein Betrieb der Schweine- und Schafhaltung kontrolliert. Diese Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in diesen Rinderbeständen des Landkreises werden zentral erfasst und der Prämienbehörde zur Verfügung gestellt.

Da die Prämienzahlung an die Landwirte jetzt mit der Selbstverpflichtung zur Einhaltung der entsprechenden EU-Verordnungen einhergeht, müssen drei Rinderhalter aufgrund von Kennzeichnungsverstößen mit Prämienkürzungen rechnen.

Tiertransporte

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden ca. 300 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt. Diese umfassten insgesamt 396.800 Tiere und tierische Waren (Felle), davon ca. 22.000 Kälber.

2.2. Tierschutz/Tierarzneimittel

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 2005

- 3 Zoohandlungen,
- 4 Tierheime,
- 32 Sittichhaltungen,
- 17 Pferdehaltungen (Reit- und Fahrbetriebe),
- 8 Nutztierhaltungen/Rinderhaltungen/Bestände,
- 1 gastierende Zirkusunternehmen und
- 107 Tiertransporte

kontrolliert bzw. überprüft.

Im Bereich Tierschutz gingen wieder zahlreiche Anzeigen aus der Bevölkerung ein, darunter

110 Tierschutzanzeigen bei Hund und Katze
31 Tierschutzanzeigen bei Nutztieren
16 Tierschutzanzeigen bei sonstigen Tieren

Diverse Ordnungswidrigkeits- und Verwaltungsverfahren wurden eingeleitet. Ein Tierhalteverbot wurde vor dem Verwaltungsgericht Potsdam bestätigt. Das Berufungszulassungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten 36 Überprüfungen der Tierarzneimittelbestände. 19 tierärztliche Hausapotheken und drei Tierheilpraktiker wurden hinsichtlich der Einhaltung der arzneimittelrechtlichen Vorschriften kontrolliert.

3. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz kontrollieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.636 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte. Besondere Bedeutung haben die im Raum Ludwigsfelde/Großbeeren angesiedelten Zentrallager fast aller großen Lebensmittelketten.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg sowie der Festlegungen der Fleischhygiene-VO wurden bis zum 31.12.2005 3.687 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Fleischereien, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier - sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten - wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt sowie zu deren Durchsetzung Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 2.952,50 € erhoben.

Bauanträge von 45 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs wurden aus der Zuständigkeit des Sachgebietes beurteilt.

Im Zusammenhang mit vier Erkrankungsgeschehen mit mehr als drei erkrankten Personen wurden Betriebskontrollen durchgeführt und bakteriologische Untersuchungen eingeleitet.

Im Berichtszeitraum wurden nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel 741 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion entnommen. Außerdem wurden 70 Verdachts-, Verfolgs-, Beschwerde- und Monitoringproben gezogen.

Von diesen Proben wurden insgesamt 113 wegen fehlerhafter Kennzeichnung, mikrobiologischer Mängel u. a. durch das Landeslabor Brandenburg beanstandet. Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 287 Fleischproben entnommen und zur Untersuchung eingeschickt. Von den entnommenen Fleischproben wurde keine Probe beanstandet.

Die Kalkulation der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Vollzug fleischhygienerechtlicher Vorschriften vom 29.09.2003 wurde seitens des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes im Jahre 2005 ein weiteres Mal überprüft. Eine Kostendeckung konnte auch für 2005 nachgewiesen werden.

Im Zusammenhang mit der BSE-Diagnostik wurden im Berichtszeitraum durch Tierärzte des VLÜA und in der Fleischbeschau angestellte Tierärzte insgesamt 138 Hirnstammproben von über 24 Monate alten Rindern entnommen. Es erfolgte eine Untersuchung der Proben im Landeslabor Brandenburg, Laborbereich Frankfurt/Oder, untersucht. Die Ergebnisse waren durchweg negativ.

Bei der vorgeschriebenen stichprobenweisen TSE - Untersuchung bei Schafen entnahmen Tierärzte des VLÜA in zwei Schafschlachtbetrieben 402 Proben, die im Landeslabor Brandenburg – Laborbereich Frankfurt/Oder – untersucht wurden. Davon waren 401 Proben negativ. Bei einer Probe eines Schafes aus dem Landkreis Dahme-Spreewald wurde ein positives Ergebnis ermittelt.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Vorführpflicht für Haselnüsse aus der Türkei wegen erhöhter Aflatoxingehalte wurden in Zusammenarbeit mit einem Untersuchungsinstitut und den Zollbehörden insgesamt 169 Zertifikate ausgestellt. Davon musste ein Zertifikate mit dem Vermerk nicht einfuhrfähig ausgestellt werden, da die Höchstmenge der Aflatoxingehalte als überschritten galt.

Tierärzte des VLÜA sicherten in einem EU-zugelassenen Schlachtbetrieb, einem EU-zugelassenen Zerlegebetrieb, zwei EU-zugelassenen Verarbeitungsbetrieben und in 25 registrierten Fleischereien mit und ohne Schlachtung die erforderliche Hygieneüberwachung ab. In diesem Zusammenhang fanden 835. Kontrollen statt. Außerdem wurden 530 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 4.679 Trichinenproben im Labor des VLÜA.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel gab es im Berichtszeitraum 1.267 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Einzelhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei wurden 15 gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 360,00 € wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.

Im Zusammenhang mit der Zuständigkeit des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für die Rindfleischetikettierung wurden 61 Kontrollen durchgeführt. Bei der Kontrolle der Nahrungsergänzungsmittel gab es insgesamt 35 Kontrollen.

Auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes wurden im Berichtszeitraum 2005 und werden im Jahre 2006 eine Reihe bekannter Gesetzlichkeiten, worauf sich die Arbeit des VLÜA gründete, abgelöst. Beispielhaft wurde das Lebensmittel- und Bedarfgegenständegesetz durch das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch ersetzt und im Fleischhygienerecht greifen drei neue EU-Verordnungen, das sogenannte Hygienepaket. Die AVV RüB (Allgemeine Verwaltungsvorschrift Rahmenüberwachung zur Durchführung der amtlichen Überwachung) fordert eine Risikobewertung der Lebensmittelunternehmer nach einem bestimmten System, wodurch dann die Anzahl der durchzuführenden Kontrollen in den jeweiligen Betrieben individuell zu bestimmen ist.

Nicht zuletzt wird auf der Grundlage einer weiteren EU-Rechtsnorm das Qualitätsmanagement (QM) im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Einzug halten. Die Einarbeitung in die neue Rechtsmaterie war und ist mit einem hohen Zeitaufwand verbunden und erforderte die Teilnahme an zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen und die Mitarbeit in überkreislichen Arbeitsgruppen.

Gegenüberstellung Tätigkeit des SG Verbraucherschutz 2005 im Vergleich zu 2004
(Stand per 31.12.2005)

Kontrollobjekte		Kontrollen insgesamt		Probennahme				Verwarngeld, gebührenpfl. NK, Bußgeld insg. in €		Fleisch- und Wild-untersuchungen	
				insgesamt		davon Planproben insgesamt					
2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
1.642	1.636	4.704	5.050	1.019	811	874	741	7.082,48	2.952,50	4.592	4.679

Der in den Jahren 2003/2004 ausgebildete Lebensmittelkontrolleur hat das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wieder verlassen, nachdem ihm eine Arbeitsstelle am Wohnort geboten wurde. Seit Oktober 2005 hat eine künftige Lebensmittelkontrolleurin ihre Ausbildung im VLÜA begonnen.

Neun Studenten der Tiermedizin und zwei Schüler haben 2005 ein mehrwöchiges Praktikum im Sachgebiet Verbraucherschutz absolviert.

Umweltamt

Die Analyse der Aufgabengruppen des Amtes zur Optimierung der Verfahrensabläufe und Aufgabenverteilungen wurde fortgesetzt. Der Landkreis Teltow-Fläming wird sich an dem Vergleichsring der Umweltämter des Landes Brandenburg beteiligen. Ziel ist es, durch einen Vergleich der beteiligten Landkreise für die Schwerpunktaufgaben des Umweltamtes Kennzahlen zu erarbeiten.

Mit der Bildung der ARGE wechselten zwei Mitarbeiter des Umweltamtes in diesen neuen Aufgabenbereich. Die Stellen werden nicht wieder besetzt. Eine Umverteilung der Aufgaben gewährleistet die Aufrechterhaltung der wesentlichen Tätigkeiten dieser bisherigen Stellen im Amtsleiterbereich und der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB). Damit wird das durch WIBERA-Gutachten und Beschlüsse der Beigeordnetenberatung optimierte Stellenkonzept des Amtes unterschritten.

Thematische sachgebietsübergreifende Problemfelder wurden einer Lösung zugeführt und zum Teil durch Beschlüsse der Beigeordnetenberatung (so die entsprechende Verfahrensweise bei Bootsstegen im Landkreis), beim Pappelumbau oder bei der vereinfachten Handhabung von Eingriffen im Innenbereich festgelegt. Die Ausrichtung der Tätigkeit des Umweltamtes als Dienstleister für verschiedene Berufsgruppen und die Bevölkerung wird damit weiter vorangetrieben.

Im Verlaufe des Jahres absolvierten vier Auszubildende und fünf Praktikanten externer Ausbildungseinrichtungen in den Sachgebieten des Umweltamtes praxisbezogene Ausbildungszeiten. Ein Sachbearbeiter des Umweltamtes hat eine Ausbildung zum Fachwirt Technischer Angestellter begonnen.

Durch die Gewährleistung der regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen der Gremien des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes, des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree, der Arbeitsgemeinschaft der Umweltamtsleiter beim Landkreistag Brandenburg und des Beirates der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg arbeiteten Führungskräfte des Umweltamtes aktiv in diesen kommunalpolitischen Ebenen mit. Im Ausschuss Landwirtschaft und Umwelt gestaltete das Amt die Inhalte der Sitzungen vom März und Juni maßgeblich. Weiterhin wurde für die Beantwortung einer kleinen Anfrage im Kreistag zugearbeitet.

Thema der Vortragsveranstaltung zum Umwelttag 2005 war in diesem Jahr der Stand der Projekte zum Landschaftswasserhaushalt im Landkreis Teltow-Fläming. Referenten aus der Praxis und eine Übersichtsdarstellung aus dem Landesumweltamt belegten die bisherigen Erfolge im Landkreis und verwiesen auf noch bestehende Defizite. Mit einer Aktion auf der rekultivierten Deponie in Klausdorf beteiligte sich das Amt auf Initiative der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde am 7. Geotag der Artenvielfalt.

Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB)

Durch einen medienwirksamen Deponiebrand im Landkreis Barnim ist auch im Landkreis Teltow-Fläming die Sensibilität gegenüber großen Ablagerungen bei insolventen oder nicht genehmigungskonform agierenden Anlagenbetreibern gestiegen. Neben den durch die UABB zu überwachenden Anlagen sind insbesondere drei nach Immissionsschutzrecht genehmigte Anlagen gemeinsam mit dem Landesumweltamt als Überwachungsbehörde sowie dem Kreis- und den Gemeindebrandmeistern besichtigt worden. Die Beseitigung protokollierter Mängel ist vom Land eingefordert worden.

Ein erhöhter Überwachungsaufwand entsteht der UABB durch die Änderung in der Brandenburgischen Bauordnung, wonach separate Abrissmaßnahmen nur noch formlos anzuzeigen sind. Protokollarische Festlegungen oder Anordnungen müssen im Nachgang getroffen werden und können aus Kapazitätsgründen nur dort durchgesetzt werden, wo kontaminierte Bauwerke betroffen sind.

Die Brandenburgische Bodengesellschaft mbH (BBGmbH) erarbeitete im Auftrage des Landkreises für wesentliche Deponien auf ehemaligen Truppenübungsplätzen eine Paketlösung der Rekultivierung, in deren Ergebnis auch Varianten zur Nachnutzung mit dem Ziel einer Kostendeckung für die Rekultivierungsaufwendungen vorgeschlagen wurden.
Durch die Aufgabenstellung für zwei MAE-Stellen konnten Altunterlagen mit Angaben zu Böden im Landkreis aufgearbeitet werden, so dass für Verwaltungsentscheidungen eine verbesserte Datenlage zur Verfügung steht.

Eine Besichtigung der kombinierten Bodenluft/Grundwasser–Sanierungsanlage in Jüterbog (Neues Lager) im Juni verdeutlichte neben der anschließenden Darstellung des Standes der Altlastensanierung insgesamt die Aktivitäten der Sanierungspflichtigen, insbesondere zur Sicherung der Trinkwasserversorgung. Schwerpunkte im Landkreis sind Grundwasserverunreinigungen mit organischen Lösungsmitteln aus ehemaligen Chemischen Reinigungen noch vor der Tanklagerbeseitigung auf ehemaligen Truppenübungsplätzen. Hier arbeiten UABB und UWB im Amt eng zusammen.

Mit der Gründung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und deren Aufgabenwahrnehmung für die bisherige Oberfinanzdirektion wird der bisher mit der UABB abgestimmte Sanierungsplan für die ehemaligen Truppenübungsplätze in Verantwortung des Bundes

(Sperenberg/Kummersdorf) in Frage gestellt. Intensive Gespräche sollen hier eine verbesserte Mittelbereitstellung bewirken. Vergleichbar dazu hat die Bundesvereinigung für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben eine Einstellung der Sanierungen im Industriepark Ludwigsfelde angestrebt. Auf einer Grundsatzberatung im August konnte die Fortführung der Maßnahmen durchgesetzt werden.

Die Aufgabengruppe Ordnungswidrigkeiten bilanziert hinsichtlich der illegalen Ablagerungen wie folgt:

Abfallart	2002	2003	2004	2005
Hausmüllähnliche Abfälle in kg	201.020	168.030	159.690	114.220
Kühlgeräte in Stück	52	62	41	47
Reifen in Stück	924	1.215	832	586
Batterien in Stück	119	278	195	74
Elektronische Geräte in Stück	139	160	96	105
Baurestabfälle in kg	1.145	0	0	0
Sonderabfälle in kg	3.517	2.126	2.539	1.842

Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Bereits seit längerem bearbeitete Grundsatzprobleme konnten abgeschlossen werden. So liegt nunmehr eine Verfahrensweise zum Pappelumbau an Wegen und Gräben im Landkreis vor, wonach die Einordnung als Eingriff eine einfachere Handhabung gegenüber den Regelungen der Baumschutzverordnung ermöglicht. Praktische Anwendung fand die Regelung bei dem großflächigen Umbau der Pappelstrukturen an den angrenzenden Gräben der Nuthe in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Boden- und Wasserverband.
Mit dem Landwirtschaftsamt und dem Kreisbauernverband konnte ein gemeinsamer Rechtsstandpunkt zum Pflügen an Alleebaumbeständen und eine Umsetzungsstrategie im Landkreis erarbeitet werden.

Durch die amtsinterne Flexibilisierung der Möglichkeit einer Ersatzzahlung und die Überarbeitung der Ermittlung der Ersatzpflanzungshöhe ist in der Anwendung der Baumschutzverordnung für den Antragsteller eine Erleichterung eingetreten. Sehr intensiv wurde die Genehmigung des Distributionszentrums in Ludwigsfelde begleitet, wobei hier nicht der Bauherr sondern der Entwickler des B-Plangebietes und die Stadt selbst die Partner waren.

Eine überraschende Öffentlichkeitswirksamkeit durch einen Fernsehbeitrag des RBB erlangte der Appell der UNB an potenzielle Straußenfarmbetreiber, sich rechtzeitig mit den Anforderungen der Tiere vertraut zu machen. Ein Negativbeispiel im Landkreis Teltow-Fläming mit verendeten Tieren in einer nicht genehmigten Anlage war der Anlass.

Nach langer Verfahrensführung und intensiver Bearbeitung auch in den Ausschüssen des Kreistages konnte im Februar das Landschaftsschutzgebiet „Baruther Urstromtal–Luckenwalder Heide“ durch den Kreistag beschlossen werden.

Die Tätigkeit des Wegewartes konnten insbesondere durch die Arbeit des Landschaftspflegeverbandes Teltow-Fläming (hier Herr Cronenberg) erfolgreich unter intensiver Beteiligung der Kommunen im Aufgabenbereich der Landschaftsplanung fortgesetzt werden.

Der Naturschutzbeirat tagte 11-mal und beschloss in 27 Fällen über durch die UNB vorzulegende Beteiligungen. Bei insgesamt 2 Sachverhalten stimmte die Mehrheit der Beiratsmitglieder der Entscheidung der UNB nicht zu.

Untere Wasserbehörde (UWB)

Einen Schwerpunkt bildete die Tätigkeit der Boden- und Wasserverbände im Landkreis. Die Gewässerunterhaltung als öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit berührt in ihrer Ausübung das Wasser-, Naturschutz-, Fischerei- und Abfallrecht. Trotz einer Richtlinie der Obersten Wasserbehörde zur naturnahen Gewässerunterhaltung führte die Praxis immer wieder zu Unstimmigkeiten mit einzelnen Behörden. Grund ist hier der Inhalt genehmigungsfreier Unterhaltungsmaßnahmen und die effektive Verfahrensweise bei Genehmigungstatbeständen angesichts der oft kurzfristig erforderlichen Reaktion auf Niederschlagsereignisse. Zwischenzeitlich liegt ein mehrfach diskutiertes Arbeitspapier vor, nach dem der Genehmigungsaufwand für die Verbände minimiert und die Anwendung der Gewässerunterhaltungspläne effektiv gestaltet werden kann. Die Erprobung dieser Verfahrensweise in den nächsten Jahren soll die Praktikabilität gewährleisten.

Zum Frühjahrsstaubeirat wurden die Mitglieder durch den Landrat neu berufen. Auf zwei Sitzungen jährlich werden die Stauziele (Sommer- bzw. Winterwasserstände) für die wichtigen Wehre vereinbart, zu denen noch keine abschließenden wasserrechtlichen Genehmigungen bestehen, bzw. wichtige Einzelthemen erörtert.

Die Genehmigung des Distributionszentrums in Ludwigsfelde hat die UWB hinsichtlich der Lage in der Trinkwasserschutzzone und der beabsichtigten Grundwasserentnahmen intensiv und mit hohem Zeitdruck beschäftigt. Für alle Probleme, bis hin zur Materialverwendung beim Gleisbau, konnten Lösungen gefunden und auch mit den erforderlichen Beteiligungen der Trinkwasserschutzzonenkommission (TWSZ) die zeitlichen Vorgaben eingehalten werden.

Die TWSZ tagte insgesamt zweimal und behandelte neun Entscheidungen der UWB.

Die vom Landkreis durchgeführte Grundwassersanierung in Rangsdorf wurde erfolgreich fortgesetzt. Die entnommene Schadstoffmenge erhöhte sich auf ca. 2 t (Aufgabengruppe Grundlagen/Sanierungen).

Im März fand die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt auf der Kläranlage in Jüterbog statt, in der neben dem Stand der Abwasserbehandlungsanlagen im Landkreis auch das Thema Extremniederschlagsereignisse erörtert wurde.
Zur Weiterbildung hinsichtlich im Ernstfall erforderlicher Deichbaumaßnahmen wurden Fachleute aus dem Landesumweltamt eingeladen. Die Veranstaltung wurde als landesweite Schulung ausgebaut und mit breiter Beteilung durchgeführt

Die abschließende Übersicht wesentlicher Fallzahlen im Umweltamt stellt sich wie folgt dar:

Aufgabenthematik	2004 Anzahl	2005 Anzahl
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren	65	39
2. Widersprüche	38	44
3. Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	11	20
4. landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	48	45
5. Baumfällungen (Fallzahl)	583	404
6. Trassen und Leitungen	113	164
7. Fachstellungnahmen zu Grünordnungsplänen	305	246
8. Vertragsnaturschutz für Landwirte	11	11
9. wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	277	317
10. Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	44	27
11. Störfälle	15	22

Dezernat III

Schulverwaltungs- und Kulturamt

Das Schulverwaltungs- und Kulturamt gliedert sich in drei Sachgebiete, über deren Arbeit nachfolgend berichtet wird.

Sachgebiet 1 - Haushalt

Wesentliche Investitionen/Ausstattungen ohne Baukosten

Für den Ersatz von PC-Technik am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming, vorrangig am Standort Ludwigsfelde, wurden 92.000 € im Haushaltsjahr 2005 bereitgestellt. Damit konnten von den überwiegend im Jahr 1999 geschaffenen PC-Arbeitsplätzen 86 Plätze mit neuerer Technik ausgestattet werden.

Darüber hinaus begann die Ausstattung des umgebauten ehemaligen Internates des Marie-Curie-Gymnasiums Ludwigsfelde. In diesem Gebäude wird zukünftig der Unterricht für den Fachbereich Kunst durchgeführt. Gleichzeitig wurden die räumlichen Bedingungen für die dort angebotene Schulspeisung erheblich verbessert. Hierfür waren finanzielle Mittel in Höhe von 93.000 € notwendig.

Im Zusammenhang mit der in den Jahren 2001 bis 2004 durch das Land Brandenburg durchgeführten Medienoffensive und der damit angeschafften Informations- und Kommunikationstechnik für die Gymnasien wurde eine IT-Arbeitsgruppe gebildet, in der Vertreter der Schulen und des Landkreises Teltow-Fläming standardisierte IT-Lösungen für diese Schulform, gemeinsame Finanzierungskonzepte für die zyklische Erneuerung der Technik, Empfehlungen für Hardware-Konfigurationen, Servicekonzepte u. a. gemeinsam erarbeiten.

Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde öffentlich mit Gesamtkosten von rund 270.300 € durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für 8.025 Fahrschüler im Landkreis erforderte im Jahr 2005 rund 3,5 Mio. € an Ausgaben.

Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufen I und II im Landkreis in Höhe von rund 1.760.300 € gezahlt. Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf 1.632.200 €.

Des Weiteren wurden entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz i. V. m. d. Richtlinien zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 38.923 € an jene Auszubildenden ausgereicht, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Die Vergabe von 122.300 € Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung erfolgte nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Wie in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2005 den Trägern der Grundschulen im Landkreis, die für die 3. Klassen das Schulschwimmen durchführen, Zuschüsse gewährt werden. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen entsprechend dem schulischen Rahmenplan gefördert. Der Landkreis Teltow-Fläming hat Zuschüsse von insgesamt 24.718 € für den Schwimmunterricht zur Verfügung gestellt.

Sachgebiet 2 - Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen

Im Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog wurden anlässlich der 100-Jahr-Feier des Schulgebäudes in der Schillerstraße 42 der Fachunterrichtsraum Kunst, Klassenräume und Flure umfangreich renoviert. Auf dem Schulhof stehen nunmehr neue Bänke und Abfallbehälter.

Der Schulhof der Allgemeinen Förderschule „Am Waldblick“ in Mahlow bekam einen neuen Zaun. Klassenräume im Neubaubereich erhielten einen Farbanstrich. Gleichzeitig wurde teilweise der Fußbodenbelag erneuert.

Der Schulstandort Allgemeine Förderschule Zossen wurde zum Jahresende 2004/05 auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen aufgelöst. Die Schüler werden künftig an den Allgemeinen Förderschulen in Ludwigsfelde, Mahlow und Luckenwalde beschult.

Die Vorbereitungsphase zur Erarbeitung des dritten Schulentwicklungsplanes für den Zeitraum 2007 bis 2012 unter Beachtung des Schulstrukturgesetzes des Landes Brandenburg vom 23.12.2004 hat begonnen.

Sachgebiet 3 - Kultur und Bildung

Vielfältige kulturelle Aktivitäten gab es im Landkreis trotz eines angespannten Haushaltes auch im Jahr 2005. Informations- und Werbeträger dafür ist vor allem der monatlich vom Schulverwaltungs- und Kulturamt herausgegebene Veranstaltungskalender. Für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten wurden insgesamt 5.775 € ausgereicht.

Zur Förderung von Künstlern des Landkreises trugen wesentlich die Ausstellungen in der Neuen Galerie in Wünsdorf-Waldstadt und im Kreishaus bei. Hier waren u.a. die Werke des Blankenfelder Künstlers Gerhard Rappus sowie Arbeiten von Ines Giesecke, Bernd Stiehler und Manfred Sieloff (alle aus dem Landkreis Teltow-Fläming) zu sehen. Darüber hinaus stellten auch Künstler aus Berlin, aus Hennigsdorf, aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno und aus der Schweiz aus. Die Neue Galerie des Landkreises in der Bücherstadt erfreut sich weiter guter Besucherzahlen.

Neben den regelmäßig stattfindenden Ausstellungen gab es zwei Veranstaltungshöhepunkte:

- das Gastspiel von „theaters 89`“ mit Ekkehard Schall im Foyer des Kreishauses und
- das Sommertheater mit „artisti kriminalisti“ und dem Stück „Arzt wider Willen“ im Vierseithof.

Kulturelle Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung wurden mit 170.400 € gefördert. Dies half auch im Jahr 2005 mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde, die Theater- und Konzertstätte Jüterbog sowie das Heimatmuseum Luckenwalde als Kulturstätten zu erhalten und zu stabilisieren.

Höhepunkte im Museum des Teltow waren zwei Sonderausstellungen. Die Eposition „Steine aus dem Norden. Wie unsere Landschaft entstand“ fand besonderes Interesse bei Schüler- und Kindergruppen. Die Wanderausstellung „Guts- und Herrenhäuser im Landkreis Teltow-Fläming“ wird auch 2006 in verschiedenen Orten der Region zu sehen sein. Weiterhin wurden in Niedergörsdorf, Jüterbog, Blankenfelde und in Lutherstadt-Wittenberg vom Museum des Teltow erarbeitete Ausstellungen gezeigt. Vorträge im und außerhalb des Museums sowie die Weiterbildungsveranstaltungen mit Ortschronisten aus dem Landkreis erfreuen sich zunehmend großer Beliebtheit.

Ende November 2005 wurde der 13. Jahrgang des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming herausgegeben. Auf 184 Seiten in insgesamt 27 sehr unterschiedlichen Beiträgen wird über Sehens- und Wissenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart berichtet.

Die Kreis- und Stadtbibliothek veranstaltete wiederum in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Literaturbüro, dem Friedrich-Bödecker-Kreis und der Luckenwalder Kunsthalle interessante Lesungen mit international bekannten Autoren. Besonders zu erwähnen ist die Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, die gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Autorin Waltraud Lewin und Luckenwalder Schülern stattfand. Neu im Programm sind Projekttage in Schulen zum Thema „Rund ums Buch“ sowie eine Veranstaltungsreihe in der Kinderbibliothek.

Die Zahl der Medienentleihungen betrug in 2005 166.629. 4.363 Benutzer kamen insgesamt 73.534 Mal in die Bibliothek oder in den Bücherbus. Der Medienbestand beträgt derzeit 91.439.

Die Kreismusikschule initiierte auch in diesem Jahr 130 Veranstaltungen oder begleitete diese. Insgesamt konnten ca. 15.000 Besucher gezählt werden.

Die Teilnahme von Schülern aus der Kreismusikschule am Regional- und am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ zeugen von der Qualität der Ausbildung. Höhepunkte waren 2005 u.a. das Konzert zum 11-jährigen Bestehen der Kreismusikschule im Stadttheater Luckenwalde mit rund 800 Zuschauern sowie die Teilnahme von 80 Schülerinnen und Schülern verschiedener Ensembles an den Landesmusikschultagen in Bad Freienwalde. Projekte zwischen der Musikschule und allgemein bildenden Schulen wie das Instrumentenkarussell in der Geschwister-Scholl-Schule Jüterbog sind neue Angebote, von denen alle Partner profitieren.

Die Volkshochschule leistete auch im Jahre 2005 den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung im Landkreis. Sie realisierte darüber hinaus bedarfsorientierte Kurse und Veranstaltungen mit insgesamt 9.260 Unterrichtsstunden und 4.345 TeilnehmerInnen. Mit diesen Angeboten kann der Bevölkerung des Landkreises ein flächendeckendes Bildungsangebot entsprechend der Zielstellung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes geboten werden.

Seit 1. Juli 2005 ist eine neue, differenzierte Gebührensatzung für die Volkshochschule in Kraft, um die entstandenen Mehrkosten für den Landkreis durch die Kürzungen der Landesförderung verträglicher zu kompensieren. Die Kursgebühren für Angebote der Grundversorgung bleiben jedoch unverändert. Auch der bisherige Personenkreis der Ermäßigungsberechtigten wurde weiterhin berücksichtigt.

Die seit zwei Jahren angebotenen Zertifizierungssysteme mit bundesweit anerkannten Prüfungen wurden auch 2005 gut angenommen. Es handelt sich um das Europäische Sprachenzertifikat (WBT) in verschiedenen Niveaustufen und das Lehrgangssystem „Xpert“ zum Erwerb des Europäischen Computer-Passes. Das Angebot der maßgeschneiderten, spezifischen Weiterbildung für Betriebe und Verwaltungen des Landkreises wurde thematisch erweitert, da eine verstärkte Nachfrage zu verzeichnen ist.

Ein Höhepunkt im Volkshochschuljahr war die Veranstaltung zum Semesterauftakt im Kreishaus im August 2005. Sie wurde in Kooperation mit der Kreismusikschule und der Bibliothek durchgeführt und fand eine ausgezeichnete Resonanz.

Sozialamt

Mit dem „Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch“ vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I, S. 3022), das in weiten Teilen am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, wurde das Sozialhilferecht vollständig in ein neu geschaffenes SGB XII eingeordnet. Zusammen mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)“ vom 24. Dezember 2003 (BGBL. I, S. 2954) sieht es zahlreiche Umgestaltungen im Recht der Sozialhilfe vor.

So erhalten alle Personen, die das 65. Lebensjahr sowie Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und voll erwerbsgemindert sind, künftig Hilfen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, d.h. das bislang gültige Grundsicherungsgesetz wurde aufgehoben und in das SGB XII inhaltsgleich eingepasst. Erwerbsfähige Hilfebedürftige ab 15 Jahre bis 64 Jahre erhalten keine Sozialhilfe, sondern das Arbeitslosengeld II nach dem SGB II. Ihre nicht erwerbsfähigen, zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Angehörigen beziehen Sozialgeld.

Der Lebensunterhalt der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der mit ihnen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen wird durch pauschalierte, bedarfsdeckende Leistungen gesichert. Die Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes lehnen sich - anders als die der ehemaligen Arbeitslosenhilfe – nicht an die Regelungen zur Höhe des Arbeitslosengeldes an, sondern sind wie die Sozialhilfe bedarfsdeckend.

Darüber hinaus werden Empfänger von Arbeitslosengeld II in die Sozialversicherung einbezogen, d.h. sie werden kranken-, pflege- und rentenversichert.

Bedürftige, die weder Arbeitslosengeld II noch Sozialgeld nach dem SGB II und auch keine Leistungen der Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel SGB XII erhalten, bekommen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt und wird nach so genannten Regelsätzen gewährt. Diese umfassen den überwiegenden Teil der laufenden Leistungen für Ernährung und den hauswirtschaftlichen Bereich. Einmalige Leistungen wie für Bekleidung, Wäsche, Schuhe, Hausrat und besondere Anlässe werden seit dem 1. Januar 2005 in die Regelleistungen pauschal einbezogen und in einem monatlich auszuzahlenden Gesamtbetrag gezahlt.

Arbeitslosigkeit stellt seit Jahren ein massives Problem auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Teltow-Fläming dar. Im Zeitraum von 1994 bis 2004 stieg die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis von 8.446 auf 12.782. Dabei gab es eine Reihe von Momenten, die die Statistik entlasteten, so z.B. Kurzarbeitergeld, Altersübergangsgeld, Vorruhestandsgeld, ABM, § 249 h SGB III. Auf Grund der angespannten Arbeitsmarktsituation konnten aber auch die benannten Maßnahmen den negativen Trend in der Arbeitslosenstatistik nicht stoppen, d. h., die Anzahl der Arbeitslosen in der gesamten Bundesrepublik erhöhte sich weiter.

Die Bundesregierung hat darauf mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) zum 01.01.2005 reagiert. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war die konsequente Fortsetzung der zuvor bereits eingeleiteten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer ganzheitlichen Betreuung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel, eine schnellere Integration der betreffenden Personen in den Arbeitsmarkt zu erreichen. So steht nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ehemaligen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern zum ersten Mal der Zugang zu Arbeitsförderungsmaßnahmen des Bundes offen.

Zum Ende des Jahres 2004 bezogen im Landkreis Teltow-Fläming 6.577 Personen Sozialhilfe in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt oder als ergänzende Hilfe zu anderen Sozialleistungsansprüchen nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Fast alle Personen wechselten zum 01.01.2005 in das neue Hilfesystem.

Das SGB II bestimmt für die neue Aufgabe zwei Träger, die Agentur für Arbeit und den Landkreis. Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben wurde im Landkreis Teltow-Fläming eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet. Diese ist an den Standorten Zossen, Bahnhofstraße 16, und Luckenwalde, Zinnaer Str. 28 a – 32, präsent. Die Zuständigkeiten der Träger nach dem benannten Gesetz unterscheiden sich wie folgt:

Der Landkreis zeichnet für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Kinderbetreuung, die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldner- und Suchtberatung, die psychosoziale Betreuung und die Übernahme von Leistungen für die Erstausstattung für Bekleidung und Wohnung sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten verantwortlich.

Die Agentur für Arbeit ist für die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (mit Ausnahme der Kosten für die Unterkunft), des Sozialgeldes, der Beiträge zur Sozialversicherung sowie für die personenbezogene Bewilligung von arbeitsmarktrechtlichen Eingliederungsleistungen zuständig.

Nach anfänglichen langen Wartezeiten und Schwierigkeiten bei der Bearbeitung von ALG-II–Anträgen hat sich die Situation in der ARGE durch personelle Aufstockungen etwas entspannt.

Die finanziellen Auswirkungen des SGB II belasten den Haushalt des Landkreises enorm. Zwar hat der Landkreis als kommunaler Träger für die erwerbsfähigen Leistungsempfänger keinen laufenden Unterhalt (Grundsicherung) zu gewähren. Diese Leistung trägt der Bund. Dennoch schlagen die Kosten der Unterkunft, die er für alle Hilfeempfänger nach dem SGB II zu übernehmen hat, in Größenordnungen zu Buche. Bislang beteiligt sich der Bund an der Finanzierung dieser Kosten in Höhe von 29,1 Prozent.

Im Haushalt des Landkreises wurden Kosten in Höhe von 22 Mio. Euro veranschlagt. Im Zuge der Nachtragshaushaltsplanung machte sich aufgrund der bisherigen Ausgaben unter Betrachtung des gesamten Haushaltsjahres eine Erhöhung des entsprechenden Ansatzes auf 30 Mio. Euro erforderlich. Tatsächlich sind Kosten in Höhe von 29.574.164,14 € in der ARGE angefallen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit im Sozialamt bildete die Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII). In diesem Zusammenhang mussten die Berechnungen für die jeweiligen Hilfearten umgestellt und neue Bescheide an alle Leistungsberechtigten erlassen werden. Auf Grund sofort nachfolgenden Änderungsgesetzen und Ausführungsbestimmungen war dies mit einem sehr hohen Arbeitsaufwand verbunden, der noch immer in der täglichen Aktenbearbeitung nachwirkt (z.B. Rückrechnungen nach den Bestimmungen des BSHG und Neuberechnungen nach dem SGB XII unter Berücksichtigung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch SGB II).

Entwicklung der Fallzahlen (Ist-Zahlen) in den Jahren von 2000 bis 2005 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge

Dezember 2000	Dezember 2001	Juli 2002	Dezember 2003	Dezember 2004	Dezember 2005
1.462	1.572	1.763	2.197	2.192	2.241

Weiterhin sind im Vergleich zum Jahr 2004 mit 1.353 Neuanträgen im Jahr 2005 1.385 Neuanträge zu bearbeiten gewesen.

Ein weiterer Schwerpunkt im vergangenen Jahr war zudem die vom LASV geforderte vorrangige Abarbeitung der noch offenen bzw. strittigen Einstufungen nach dem Verfahren der Hilfebedarfserhebung für behinderte Menschen im Bereich Wohnen bis 31.10.2005. Die hierfür notwendigen Neueinstufungen von über 100 Fällen und die Klärung von strittigen Einstufungen mit den Einrichtungen für behinderte Menschen forderte zusätzliche Arbeitskraft.

Darüber hinaus wurden im Sozialamt im Jahr 2005 insgesamt 4.679 Wohngeldanträge bearbeitet. Das bedeutet eine Verringerung um 49,79 % zum Jahr 2004. Die Ursache hierfür ist das Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II), da hier Unterkunftskosten neben den Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II) gewährt werden. Der betreffende Personenkreis ist somit vom Wohngeldgesetz ausgeschlossen.

Von den 4.679 Anträgen auf Miet- oder Lastenzuschuss wurden 3.201 bewilligt. Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 96,83 €.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche gegen rechtskräftige Bescheide ist zum Vorjahr leicht gesunken (2004 = 121; 2005 = 97).

Bei nicht erfolgter Rückzahlung von zu Unrecht gezahltem Wohngeld ist ein Anstieg der Zahl der eingeleiteten Vollstreckungsaufträge um 14,2 % zu verzeichnen.

Diese Personen bzw. Familien verfügen über ein nicht ausreichendes Einkommen. Oftmals sind sie Mehrfachschuldner, haben eidesstattliche Versicherungen abgelegt bzw. ein Insolvenzverfahren eingeleitet und können somit der Rückzahlung nicht nachkommen. Aus diesem Grund stieg auch die Anzahl von befristeten Niederschlagungen von 69 im Jahr 2004 auf 114 im Jahr 2005.

Durch die Hartz-IV-Reform hat sich der Vollzugsaufwand bei der Wohngeldbearbeitung ab 01.01.2005 wesentlich erhöht. Zwar hat sich die Zahl der eingegangenen Anträge verringert, jedoch wurde auch das Wohngeldgesetz im Zusammenhang mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung der wohngeldrechtlichen Vorschriften erheblich geändert.

Die Änderungen waren aufgrund der unterschiedlichen Systematik des Wohngeldrechts einerseits und des Transferleistungsgesetzes (SGB II) anderseits erforderlich. Das Wohngeldrecht kennt z.B. keine Bedarfsgemeinschaften, sondern Haushalte, bestehend aus Familienmitgliedern. So kann es sein, dass einzelne Familienmitglieder wohngeldberechtigt sind. Die daraus resultierenden Mischhaushalte verursachen einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Zudem landen die bisherigen Transferleistungsempfänger bei Aufnahme einer Beschäftigung ebenfalls wieder im Wohngeld, so dass es zu immer wiederkehrenden Veränderungen kommt. Regelmäßige Abstimmungen der Leistungsträger untereinander sind erforderlich, um Unklarheiten zu beseitigen und Doppelzahlungen zu vermeiden. Die Zusammenarbeit mit der ARGE gestaltet sich sehr zeitaufwändig.

Jugendamt

- Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Im September 2005 beschloss der Jugendhilfeausschuss die Bedarfsplanung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit des Landkreises für den Zeitraum 2006 bis 2009. Sie orientiert sich an den veränderten Bedingungen für junge Menschen sowie an der Entwicklung von Schulstandorten und Ganztagsangeboten. Ein weiterer Schritt wird in den nächsten Jahren die Zusammenfassung von personellen und fachlichen Ressourcen in den Sozialräumen des Landkreises Teltow-Fläming sein. Dazu wurde ein „Handlungskonzept zur Entwicklung der Arbeitsfelder der offenen Jugendarbeit der Sozialarbeit an Schulen und der Mobilen Jugendarbeit/Streetwork im Landkreis Teltow-Fläming ab 01.01.2006“ erarbeitet. Die Einsatzorte für die Streetworker waren die Stadt Ludwigsfelde und die Stadt Luckenwalde. Dort wurden vorwiegend Cliquen an ihren Treffpunkten aufgesucht und in ihrer Freizeit begleitet.

Im Rahmen des Anerkennungsverfahrens gemäß § 75 SGB VIII erhielt das Kulturkraftwerk Zossen e.V. die Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe.

- Jugendberufshilfe

Im laufenden Ausbildungsjahr 2004/2005 wurden Maßnahmen der Jugendberufshilfe über die Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Für das Ausbildungsjahr 2004/2005 konnten für 14 Jugendliche sechs berufsvorbereitende Maßnahmen gewährt werden.

- Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe wird immer dann tätig, wenn ein Jugendlicher (14 – noch nicht 18 Jahre) oder ein Heranwachsender (18 – noch nicht 21 Jahre) eine Straftat begangen hat. Im gesamten jugendgerichtlichen Verfahren wird Hilfe für den straffällig gewordenen jungen Menschen und seine sorgeberechtigten Eltern sowie für Heranwachsende angeboten. Im Jahr 2005 wurden die MitarbeiterInnen der Jugendgerichtshilfe in 742 Fällen wie folgt tätig:

- Information, Beratung und Begleitung der Jugendlichen/Heranwachsenden und Eltern
- Mitwirkung im gesamten Strafverfahren (vor, während und nach der Verhandlung) und bei Haftentscheidungen
- Mitwirkung im Diversionsverfahren (Verfahrenseinstellung bei Durchführung einer erzieherischen Maßnahme)
- Anregung, Vermittlung und Überwachung ambulanter Sanktionsformen, wie Arbeitsweisung, Betreuungsweisung, Sozialer Trainingskurs u.a.
- Durchführung Täter-Opfer-Ausgleich

➢ Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe

Die Analyse der erzieherischen Jugendhilfe in Heimen oder sonstigen betreuten Wohnformen wurde aktualisiert und ist Grundlage für die Überprüfung und Entwicklung der Wirksamkeit anderer erzieherischer Hilfen. Im Jahr 2005 wurde in 135 Familien sozialpädagogische Familienhilfe geleistet. Für 32 Kinder gewährte das Jugendamt die Hilfe in einer Tagesgruppe. 138 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige (Stand: 31.12.2005) werden derzeit in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen betreut.

Darüber hinaus dient die Analyse dem Ausbau der Verknüpfung mit anderen Bereichen der Jugendhilfe und der damit verbundenen Nutzung von Ressourcen und Fachkräften. Der Prozess der Hilfeplanung wurde durch ein einheitliches Verwaltungsverfahren und der Erarbeitung einer Musterakte weiter qualifiziert. Die finanzielle Verantwortung der Sozialarbeiter wurde durch die Aufstellung eines Kostenplanes gestärkt.

Oberste Priorität hatte auch im Jahr 2005 die verstärkte Werbung und Suche nach geeigneten Pflegestellen. Es wurden im Jahr 2005 14 neue Pflegestellen gewonnen. 15 Kinder konnten 2005 in Pflegefamilien vermittelt werden.

➢ Kinder- und Jugendschutz

Im Rahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemäß § 14 SGB VIII unterbreitete das Jugendamt mehrere Informations- und Beratungsangebote zum neuen Kinder- und Jugendschutzgesetz, insbesondere für Gewerbetreibende. Es wurden zwei Beratungen mit dem Ordnungsamt des Landkreises durchgeführt. Das Jugendamt arbeitet in der Arbeitsgruppe der Wirtschaftjunioren in Luckenwalde mit.

Im Jahr 2005 wurde mit der Überarbeitung der Broschüre „Kinder- und Jugendschutz - Eine Broschüre für Eltern und junge Menschen“ für den Landkreis Teltow-Fläming begonnen. Diese wurde letztmalig 2003 mit dem In-Kraft-Treten des neuen Jugendschutzgesetztes aktualisiert. Die Broschüre in der völlig neu überarbeiteten Auflage wird ab März 2006 der Öffentlichkeit zugänglich sein. Zielgruppe sind Kinder, Jugendliche, junge Erwachsende und Eltern. Die Broschüre fungiert als hilfreiche Handreichung und zugleich als Informationsbroschüre. Sie orientiert sich an den typischen Gefährdungsbereichen und Handlungsfeldern des Kinder- und Jugendschutzes. Zu finden sind hier auch relevante Adressen sowie Ansprechpartner verschiedener Einrichtungen und Institutionen.

Zu einer weiteren Aufgabe gehörte die fachliche Beurteilung von Förderanträgen über die Richtlinie des Jugendamtes zur „Förderung der offenen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“. Insgesamt wurden 8 Anträge gestellt und mit insgesamt 2000,- € bewilligt.

Träger der Maßnahme	Ort der Maßnahme	Bewilligung
Stadt Jüterbog	Stadt Jüterbog und Umgebung	300,-€
Stadt Luckenwalde	Jugendzentrum GO 7	168,-€
Förderverein „Freunde der Herbert-Tschäpe-Schulen Mahlow“ e.V.	Jugendclub Blankenfelde	300,-€
Erwachsenenbildung Land Brandenburg e.V.	Freizeittreff Sperenberg	288,-€
Gemeinde Am Mellensee	Freizeittreff Sperenberg Jugendclub Mellensee	288,-€
Jugendfreizeitklub „Leo“ e.V. Zossen	Stadt Zossen	288,-€
Stadt Zossen	Jugendclub Wünsdorf	288,-€
Evangelische Kirchengemeinde Groß Machnow - Klein Kienitz	Jugendclub Groß Machnow	80,-€

- Kindertagesbetreuung

Der Landkreis hat mit 12 Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Gewährung der Kindertagesbetreuung abgeschlossen. Insgesamt werden im Landkreis Teltow-Fläming

5.034 Kinder unter 0 bis 6 Jahren
3.215 Kinder im Grundschulalter

in Kindertagesstätten tagsüber betreut.

Mit Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) am 01.01.2005 wurde ein Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder verabschiedet. Vor diesem Hintergrund wurden die „Grundsätze der Förderung in der Tagespflege für den Landkreis Teltow-Fläming“ und die „Grundsätze des Landkreises Teltow-Fläming zur Förderung in Kindertageseinrichtungen – eine Orientierung für freie und kommunale Träger zur Qualitätsentwicklung“ erarbeitet und durch den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Teltow-Fläming beschlossen.

Der Bereich Kita-Praxisberatung organisierte für 80 Tagespflegepersonen und 580 Erzieherinnen neben zahlreichen bedarfsorientierten Teamfortbildungen und Beratungsgesprächen elf zentrale Fortbildungen.

- Beratungs- und Unterstützungstätigkeit

Das Jugendamt ist verpflichtet, Mütter und Väter in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung zu beraten. Dieses Beratungsangebot wurde in ca. 1.100 Gesprächen von Eltern genutzt. Das Jugendamt war weiterhin ca. 550 Mal in Familiengerichtssachen zur elterlichen Sorge, insbesondere zur Gestaltung des Umgangsrechts, beteiligt.

Mütter und Väter, die allein für ein Kind oder einen Jugendlichen sorgen, werden insbesondere bei der Feststellung der Vaterschaft und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beraten und unterstützt. Im Jahr 2005 erhielten antragsberechtigte Mütter und Väter bzw. junge Volljährige in 836 Fällen Beratung und Unterstützung. Auch wirkt das Jugendamt als Beistand auf Antrag eines Elternteils für die Feststellung der Vaterschaft und für die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des minderjährigen Kindes bzw. Jugendlichen. Im Jahr 2005 wurden 1.882 Beistandschaften geführt.

Im Rahmen der Mitwirkung in Verfahren vor den Vormundschafts- und den Familiengerichten unterstützte das Jugendamt die Gerichte bei allen Maßnahmen, die der Sorge für die Person von Kindern und Jugendlichen betreffen. Das Jugendamt begleitete im Bereich Beistand 133 gerichtliche Verfahren.

Ist es nicht möglich, Unterhaltsansprüche für das Kind geltend zu machen, können Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) beantragt werden. Leistungen nach dem UVG erhalten Kinder, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bei einem Elternteil lebten und nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt vom anderen Elternteil erhalten. Diese Leistungen werden längstens 72 Monate gezahlt. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 1.205 Fälle bearbeitet. Der Bereich Unterhaltsvorschuss begleitete 307 gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen.

- Sportförderung

Im Jahr 2005 fanden die 5. Kinder- und Jugendsportspiele statt. In 16 Sportdisziplinen kämpften ca. 2.000 Kinder und Jugendliche um Medaillen und Urkunden. An diesen Wettkämpfen nahmen erstmalig auch 28 Kinder aus den Partnerkreisen Gniezno (Polen) und Szolnok (Ungarn) teil.

Der Landkreis gewährt nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen für die Förderung des Vereinssports. Dafür standen für das Jahr 2005 74.900,00 € zur Verfügung. Entsprechend dieser Richtlinie konnten die Ausgestaltung von Sportveranstaltungen und die ehrenamtliche Tätigkeit der Übungsleiter bezuschusst werden. Weitere Schwerpunkte der Förderung waren die Zuwendung an die Geschäftsstelle des Kreissportbundes, die mit diesen Mitteln Traditions- und Großveranstaltungen wie die Rangsdorfer Handballwoche, das Reitturnier in Liepe und Dahme/Mark, den Nissan-Cup der Leichtathletik in Ludwigsfelde und das Mahlower Turnfest unterstützten.

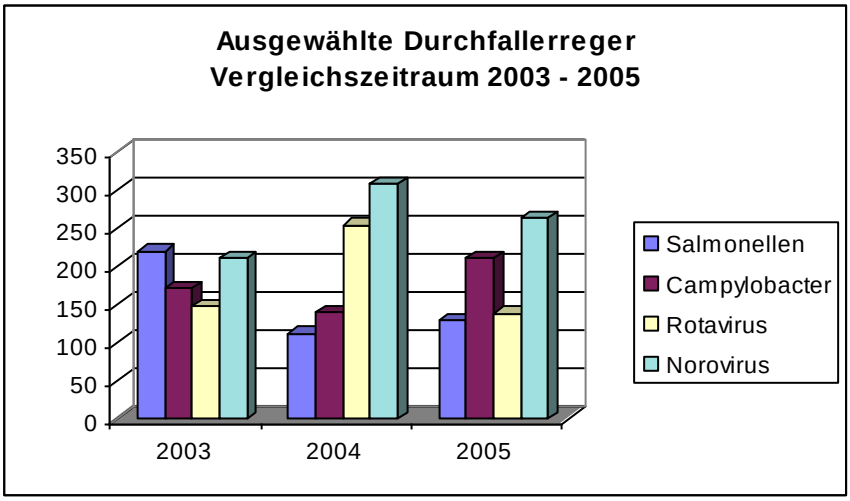
In 178 Sportvereinen treiben 17.325 Mitglieder organisierten Sport, davon sind ca. 40 % Kinder und Jugendliche, die ihre Freizeit bewegungs- und gesundheitsorientiert gestalten. Im Vergleich zu 2004 ist die Anzahl der Mitglieder um 255 gestiegen.

Gesundheitsamt

➢ Hygiene- und Umweltmedizin

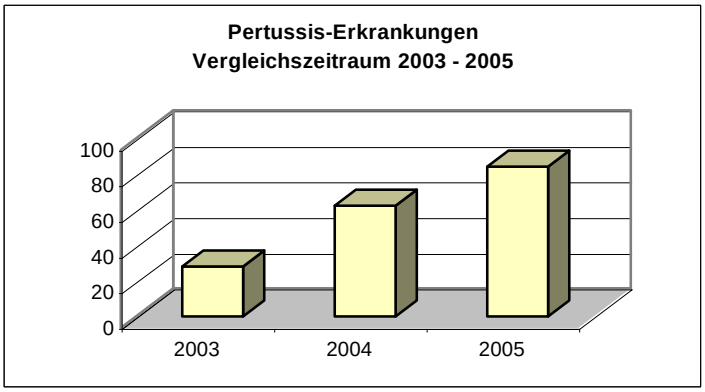
Infektiöse Magen-Darm-Erkrankungen

Gegenüber dem Vorjahr ist im Berichtszeitraum 2005 die Zahl der infektiösen Magen-Darm-Erkrankungen, die dem Gesundheitsamt gemeldet wurden, von 840 auf 768 gesunken. Infektiöse Magen-Darm-Erkrankungen werden am häufigsten durch bestimmte Bakterien und Viren verursacht. Die Anzahl der lebensmittelbedingten Salmonellenerkrankungen (bakterielle Magen-Darm-Erkrankungen) zeigt gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerte Veränderung. Die Zahl der virusbedingten Erkrankungen hat dagegen abgenommen. Die ebenfalls lebensmittelbedingten und gemeldeten Campylobacter-Infektionen (bakterielle Magen-Darm-Erkrankungen) haben gegenüber dem Vorjahr von 140 auf 210 zugenommen (Diagramm 1).



Keuchhusten (Pertussis)

Keuchhusten ist eine durch Bakterien verursachte endemische Infektionskrankheit, die zu einer Infektion der oberen Atemwege führt. Im Landkreis Teltow-Fläming wurde eine Zunahme dieser Infektionskrankheit beobachtet (Diagramm 2). Als mögliche Ursache sind eine verbesserte Diagnostik und ein nachlassender Impfschutz zu diskutieren.



Trinkwasser

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Gesundheitsamtes ist die Überwachung und regelmäßige Kontrolle der Qualität des Trinkwassers. Es werden Wasserwerke, Leitungsnetze, Hausbrunnen und Trinkwasser-Hausinstallationen überprüft. Im Berichtszeitraum überwachte das Gesundheitsamt 37 Wasserwerke und 257 Hausbrunnen. Probleme bei der Trinkwasserüberwachung traten vereinzelt in zentralen Trinkwasserleitungsnetzen auf (Überschreitungen der mikrobiologischen Grenzwerte).

Badegewässer

Hinsichtlich der Badegewässerqualität der 19 in Teltow-Fläming registrierten Badestellen sind keine wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die Badenstellen am Motzener See, am Großen Zeschsee und am Kiessee Horstfelde weisen eine unverändert gute Badewasserqualität mit Sichttiefen von 1-2 Metern auf. Die Badestellen des Großen Wünsdorfer Sees (Strandbad Wünsdorf und Badestrand Neuhof) wiesen aufgrund des sehr starken Algenwachstums Sichttiefen unter 0,30 Metern auf. Vom Gesundheitsamt wurden ab dem 28.07.2005 Warnhinweise veröffentlicht. Wegen geringer sichttiefen von 0,2 Metern wurde vom 05.08.05 bis Saisonende vom Gesundheitsamt ein Badeverbot angeordnet.

- <u>Sozialmedizinischer Dienst</u>

Der sozialmedizinische Dienst ist zuständig für die Beratung und Betreuung chronisch kranker, behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen. Dazu zählt die Betreuung von Menschen mit Körperbehinderung, Geschwulstkrankheiten, Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes mellitus und anderen ernährungsbedingten Stoffwechselerkrankungen sowie HIV/AIDS. Hier zeigt sich ein in etwa zu 2003 und 2004 unveränderter Beratungsbedarf bei den Bürgern des Landkreises Teltow-Fläming.

Ein Höhepunkt war die Beteiligung und Mitarbeit am XIII. Diabetikertag am 03.09.2005 im Kreishaus Luckenwalde. Organisiert vom Deutschen Diabetikerbund, Gebietsvorstand Teltow-Fläming, informierten sich ca. 550 Besucher zum Thema Diabetes.

Ein Schwerpunkt in der Präventionsarbeit ist die HIV/AIDS-Aufklärung und die Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen. Während der AIDS-Projektwoche wurden in Zusammenarbeit mit geschulten Multiplikatoren und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 360 Schüler im Kreisgebiet erreicht.

- <u>Kinder- und Jugendgesundheitsdienst</u>

Die Anzahl der Kinder- und Jugendlichen (0 – 18 Jahre) ist im Schuljahr 2003/2004 von 27.249 gering auf 27.418 gestiegen. Die Gesamtschülerzahl ist von 17.561 Schülern (im vergangenen Schuljahr) auf 16.537 Schüler (Schuljahr 2004/2005) gesunken. Durch eine veränderte Stichtagsregelung für die Einschulung der Kinder im Schuljahr 2004/2005 (Verschiebung des Stichtags vom 30. Juni auf den 30. September) wurden 2004/05 1.723 Kinder eingeschult. 2003/2004 waren es 1.391 Kinder.

Während die Quote der Zurückstellungsempfehlungen bei den Schulanfängern 2003/04 bei 5,1 % (78 von 1.391 Kindern) lag, betrug sie im vergangen Schuljahr 10,7 % (184 von 1.723 Schulanfängern). 80 % der zurückgestellten Kinder (von 184) waren Mädchen und Jungen, die nach der neuen Einschulungsstichtagsregelung im Zeitraum 30. Juni bis 30. September sechs Jahre alt geworden sind. Hauptsächliche Gründe für die Zurückstellungsempfehlungen waren Entwicklungsverzögerungen und Sprachauffälligkeiten. Durch die kinder- und jugendärztlichen Untersuchungen werden bei den Kindern und Jugendlichen medizinisch relevante (krankhafte) Befunde festgestellt.

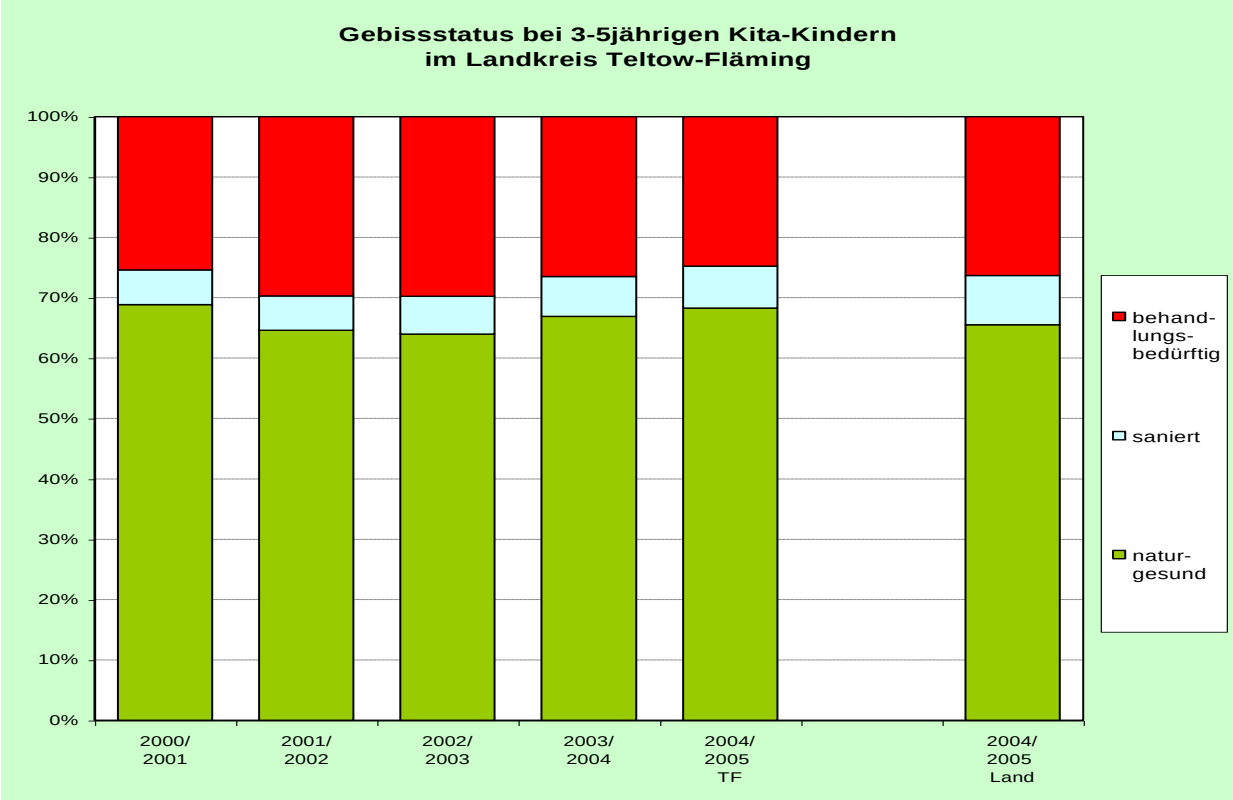
Medizinisch relevante Befunde bei der Schuleingangsuntersuchung 2005

Befunde	Befund	in Behandlung in %	Überweisung
Sehstörungen	12,2	8,8	3,7
Sprach-, Sprech-, Stimmstörungen	7,0	5,2	1,9
Allergien	6,8	4,7	0,1
Hörstörungen	4,4	3,2	1,2
erhebliches Übergewicht (nach Referenz)	2,8		
psychische Störungen (z. B. Enuresis)	2,4	1,5	0,1
intellektuelle Entwicklungsverzögerung	2,1	1,8	0,2
Fehler/Erkrankungen des Herzens	2,1	1,6	0,3
emotionale/soziale Störungen	1,3	0,9	0,1
psychosomatische Störungen/Teilleistungsschwäche	1,2	0,8	0,3
weitere medizinische relevante Befunde	0,9	0,3	0,3
cerebrale Bewegungsstörungen	0,7	0,6	0
sonst. Erkrankungen der Atmungsorg.	0,5	0,5	0
Erkrankungen d. Nieren/Harnwege	0,5	0,5	0
cerebrale Anfallsleiden	0,3	0,3	0
Störung des Knochenapparates	0,2	0,1	0,1
Betroffene Kinder insgesamt	34,4	24,5	8

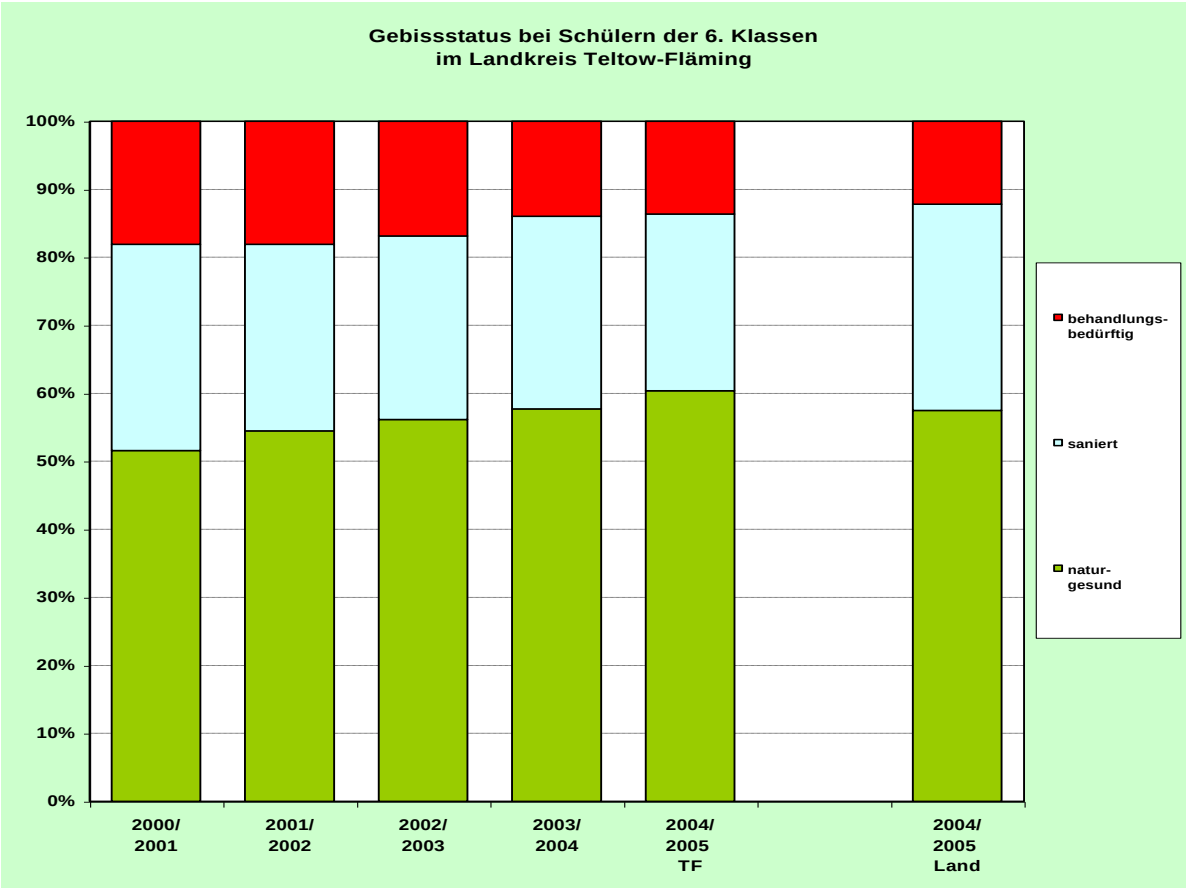
- Zahnärztlicher Dienst

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2004/2005 im Landkreis Teltow-Fläming 10.895 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 16 Jahren untersucht.

Für die Entwicklung der Zahngesundheit und des Gebissstatusses der Kinder und Jugendlichen sind beispielhaft die Altersgruppen der 3 – 5-jährigen Kinder und Schüler der 6. Klasse (12 Jahre) in zwei Diagrammen veranschaulicht.



Knapp 70 % der Kindergartenkinder zeigen naturgesunde Gebisse. Die Zahl der naturgesunden Gebisse bei dieser Altersgruppe hat seit 2002 stetig zugenommen.



In der Altersgruppe der 12-jährigen setzt sich der Trend des Kariesrückganges kontinuierlich fort.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Durch den Sozialpsychiatrischen Dienst wurden 2004 1471 Klienten betreut. Etwa 400 neue Klienten nahmen die Hilfen in Anspruch. Eine steigende Tendenz wurde auch für das Jahr 2005 festgestellt. Im Verlauf des Jahres 2005 wurden 484 Neuzugänge verzeichnet. Veränderte gesellschaftliche Bedingungen, insbesondere die zunehmende soziale Verunsicherung durch die Einführung des Sozialgesetzbuches II, spiegeln sich in der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes wider.

Im Jahr 2004 wurden 1095 Hausbesuche durchgeführt. Auch in diesem Jahr zeichnete sich mit der Anzahl von 1.385 durchgeführten Hausbesuchen eine verstärkte Notwendigkeit von aufsuchender Tätigkeit zur Krisenintervention und zur Abwendung von Zwangseinweisungen und Wohnungsräumungen ab.

Staatliches Schulamt

Aus der Sicht des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf umfasst das Kalenderjahr 2005 sowohl das zweite Schulhalbjahr 2004/05 als auch das erste von 2005/06.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 15.700 Schülerinnen und Schüler in 704 Klassen die insgesamt 64 allgemeinbildenden Schulen. Sie werden von etwa 1.400 Lehrkräften unterrichtet.

Ab diesem Schuljahr beginnt die Schulpflicht bereits für Kinder, die bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollendet haben, am 01. August desselben Kalenderjahres.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden in diesem Jahr in 63 Klassen 1.475 Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,4. Damit wurden sieben Klassen mehr als im Vorjahr gebildet. Die Schülerzahl stieg weiter leicht an.

Für insgesamt 196 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch. Davon entfielen 128 auf den Geburtszeitraum vom 01.07. bis 30.09. des Einschulungsjahres.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt die Stabilisierung auf niedrigem Niveau von etwa 1200 Schülern.

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
2000/01	6	933	44	21,2
2001/02	5	1.024	49	20,9
2002/03	4	1.105	49	22,6
2003/04	3	1.138	52	21,9
2004/05	2	1.274	56	22,8
2005/06	1	1.476	63	23,4

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch im Jahr 2005 mit Hilfe des vorgeschriebenen Übergangsverfahrens. Dabei mussten etwa 950 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht werden.

Ab dem Schuljahr 2005/06 wurden alle Realschulen und Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe in Oberschulen umgewandelt.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in Schulen mit Sekundarstufe I im Landkreis:

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Oberschulen	11	18	386	38,0
Gesamtschulen	3	10	243	24,0
Gymnasien	5	15	389	38,0
gesamt	19	43	1.018	

Damit werden im Vergleich zum Vorjahr acht Klassen weniger gebildet.

Bemerkenswert ist, dass wegen zu geringer Schülerzahlen die Oberschulen Baruth/Mark, Dahlewitz, Großbeeren, Ludwigsfelde (ehemalige Realschule) und Trebbin keine Eingangsklassen bilden konnten. Die Schülerinnen und Schüler der Region Werbig werden zukünftig vor allem in Jüterbog beschult.

Besonderes Interesse bei vielen Eltern fanden auch in diesem Jahr wieder die so genannten Leistungsprofilklassen (im Volksmund Schnellläuferklassen). Sie bieten die Möglichkeit, nach der Klasse 4 bereits zum Gymnasium zu wechseln und dann nach insgesamt zwölf Jahren Schulbesuch das Abitur abzulegen. Im Landkreis Teltow-Fläming wurden beginnend mit dem Schuljahr 2001/02 an den Gymnasien in Blankenfelde, Ludwigsfelde und Luckenwalde solche Klassen eingerichtet, die das erste Jahr mit großem Erfolg absolviert haben und am Ende des Schuljahres 2002/03 in die Sekundarstufe I übernommen wurden. Ein neuer fünfter Jahrgang nahm an den oben genannten Standorten auch im August 2005 den Unterricht in drei Klassen auf.

Ab August 2003/04 wurde in der Gesamtschule Zossen mit gymnasialer Oberstufe der Start des Modellversuchs 6 + 6 – ebenfalls eine Variante des auf 12 Jahre verkürzten Wegs zum Abitur – vollzogen. Dies ist einer von zurzeit lediglich sieben Standorten in Brandenburg.

Die gymnasialen Oberstufen der Gesamtschulen in Dahme/Mark und Luckenwalde konnten in diesem Schuljahr erstmalig keine 11. Jahrgangsstufe einrichten. Diese beiden Schulen werden daher ab dem Schuljahr 2006/07 Oberschulen. Im Schuljahr 2004/05 konnte die Gesamtschule in Dahme/Mark dem durch die Kooperation mit dem Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog entgehen.

In den Allgemeinen Förderschulen wird seit Anfang des Schuljahres 2005/06 ab der dritten Jahrgangsstufe nach den neuen Rahmenlehrplänen zum Erwerb des Abschlusses der Allgemeinen Förderschule unterrichtet. Der Unterricht wird auf der Grundlage der sechs Leitthemen projekt- und praxisorientiert organisiert. Auf die Vermittlung der allgemeinen Grundlagen in den Fächern Deutsch und Mathematik baut ab der siebten Jahrgangsstufe der lebenswelt- und berufsorientierte Unterricht in den Lernbereichen Natur- und Gesellschaftswissenschaften auf. Der Fremdsprachenunterricht wird in der Begegnungssprache als Bestandteil aller Fächer oder Lernbereiche angeboten. Ab der siebten Jahrgangsstufe kann Englisch als Fachunterricht erteilt werden.

Das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs wird nach der dritten Änderungsverordnung der Sonderpädagogik-Verordnung seit Beginn des Schuljahres 2005/06 in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Phase, Grundfeststellung, erfolgt für alle Schülerinnen und Schüler nach entsprechender Antragsstellung durch die Eltern oder Schulleiterinnen bzw. Schulleiter die Überprüfung des möglichen sonderpädagogischen Förderbedarfs. Dieser kann für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Sinne einer Körper- oder Sinnesbehinderung, einer geistigen Behinderung oder Autismus abschließend festgelegt werden. Kann in der Grundfeststellung keine eindeutige Aussage zum sonderpädagogischen Förderbedarf getroffen werden, erfolgt die weitere Prüfung in der förderdiagnostischen Lernbeobachtung als zweite Phase des Feststellungsverfahrens. Im Zeitraum von längstens zwölf Monaten wird die Förderung und Diagnostik im Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit vermutetem sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich des Lernens, der Sprache und der sozialen sowie emotionalen Entwicklung grundsätzlich durchgeführt und eine abschließende Entscheidung getroffen.

Insgesamt wurde im Berichtszeitraum zielstrebig an mehreren zentralen Reformprojekten weitergearbeitet:

- Im Schuljahr 2004/05 beteiligten sich alle Grundschulen des Landkreises freiwillig an der Pilotphase zur Durchführung der Lernstandsanalyse für die Schülerinnen und Schüler in der ersten Jahrgangsstufe. Mit dem Schuljahr 2005/06 wird diese Form der Feststellung der Lernausgangslage für alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 1 in den ersten sechs Wochen verbindlich durchgeführt.

- Die flexible Eingangsphase wird in zwölf Grundschulen des Landkreises angeboten. Zusätzlich zu den fünf Schulen, die bereits im Schuljahr 2003/04 die flexible Eingangsphase eingerichtet hatten, wurde diese Form der Unterrichtsorganisation auch in der Grundschule Blönsdorf, der Arndt-Grundschule Luckenwalde, der 1. und 4. Grundschule in Ludwigsfelde, der Goethe-Grundschule Zossen sowie in den Grundschulen Wünsdorf und Woltersdorf/Stülpe eingeführt.

- Der Unterricht zur Begegnung mit fremden Sprachen wird verbindlich in allen Grundschulen in den Jahrgangsstufen 1 und 2 erteilt. Der Englischunterricht findet ab der dritten Jahrgangsstufe statt.

- In den Grundschulen wurden zum Schuljahr 2004/05 die Rahmenlehrplänen mit einem verbindlichen Kerncurriculum eingeführt. Die Grundschulen entwickeln auf dieser Grundlage bis zum Ende des Schuljahres 2006/07 ein schulinternes Curriculum.

- In der Sekundarstufe I sind neben den Rahmenlehrplänen die von der Kultusministerkonferenz in Kraft gesetzten Bildungsstandards heranzuziehen.

- Am Ende der 10. Klasse wurden in allen Schulformen Prüfungen in mindestens vier Fächern durchgeführt. Deutsch und Mathematik sind schriftliche Prüfungsfächer mit zentralen Aufgaben.

- Die gymnasiale Oberstufe wurde 2002 neu gestaltet (Organisationsform, Belegverpflichtung, Abiturprüfungsfächer). Im Jahr 2005 wurde das erste Zentralabitur nach 1992 in Brandenburg abgelegt. Die Schülerinnen und Schüler mussten in den zehn wichtigsten Unterrichtsfächern zentral durch Kommissionen erarbeitete Abiturprüfungsaufgaben lösen.

- Seit dem Schuljahr 2005/06 gilt an allen Schulen des Landes ein Rauchverbot.

- Die Schulen wurden aufgefordert, im Schuljahr 2005/06 Festlegungen zu Präsenzzeiten der Lehrkräfte zu treffen.

Insgesamt konnten auch im Berichtszeitraum wieder Fortschritte bei der weiteren Anpassung der Schullandschaft an die gesunkenen Schülerzahlen erreicht werden. Das Niveau der Bildung und Erziehung an den Schulen im Landkreis ist durch vielerlei gezielte Maßnahmen verbessert worden. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung unserer Mädchen und Jungen wurden weiter entwickelt. Das betrifft den Landkreis als bedeutendsten Schulträger und auch die Städte, Gemeinden und das Amt.

Dezernat IV

Planungsamt

Schwerpunkt der Arbeit des Planungsamtes im Jahr 2005 waren wiederum die Vorbereitung, Durchführung und aktive Begleitung von Vorhaben zur weiteren Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Landkreis Teltow-Fläming sowie zu deren Verknüpfung mit einer ambitioniert betriebenen Tourismusförderung. Im Einzelnen konnten hierbei folgende Ergebnisse und Sachstände erreicht werden:

Im Rahmen der Zuständigkeiten und Möglichkeiten wurde aktiv Einfluss auf eine optimale Trassengestaltung beim vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde unter Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen genommen. In Problemfällen wirkte das Planungsamt als Koordinator zwischen Vorhabenträger und Gemeinden, Investoren und auch Privatpersonen.

Die Bauarbeiten an der Ortsumgehung Trebbin im Zuge der B 101n wurden fortgesetzt, einzelne Brückenbauwerke bereits errichtet. Es gelang, den Bau der Anschlussstelle Trebbin-Nord in Form eines Kreisverkehrs nachträglich als Änderung zur Planfeststellung durchzusetzen. Mit der Fertigstellung des Bauvorhabens wird Ende 2006 gerechnet.

Für die Ortsumgehung Thyrow liegt die Entwurfsplanung vor. Hier konnte darauf hingewirkt werden, dass bei der Planung des Kreuzungsbauwerkes mit der Landesstraße L 795 ein straßenbegleitender Radweg berücksichtigt wurde und dass ferner ein weiteres Brückenbauwerk für einen Wirtschaftsweg errichtet werden soll.

Für den Abschnitt der B 101n zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen wird demnächst die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens erwartet.

Von dem 1995 durch den Landkreis Teltow-Fläming gestarteten Projekt Flaeming-Skate® wurden bis Mitte des Jahres 2005 ca. 185 km fertig gestellt. Mit der Verbindung zwischen Werder und Bochow ist ein neuer Rundkurs von ca. 42 km Länge entstanden.

Der Grundgedanke der Flaeming-Skate®, mit dem Tourismus die Wirtschaft in dem strukturschwachen Raum zu fördern, beginnt aufzugehen. Viele neue Ideen an und um die Strecke werden entwickelt und stärken damit den ländlichen Raum. Zur weiteren Erhöhung der Attraktivität soll die Flaeming-Skate® um weitere 44 km ergänzt werden. Die Planungen der Abschnitte Fröhden - Wahlsdorf und Dahme - Körbaer Teich wurden 2005 fertiggestellt und Fördermittel für die Jahre 2005/2006 beantragt.

Die Voraussetzung für den Abschluss von Kaufverträgen mit den Grundstückseigentümern, die Flächen für den Bau des Rad- und Skateweges zur Verfügung gestellt haben, bildet die durchgeführte Vermessung. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden für ca. 60 km Vermessungsleistungen im Rahmen der Schlussvermessung beauftragt. Bereits fertig gestellte Abschnitte des Rad- und Skateweges, die innerhalb der Fläche des Bodenordnungsverfahrens „Oehna“ liegen (ca. 25 km) werden in diesem Verfahren als Landabfindung mit der Flurneuordnungsbehörde gesondert geregelt. Damit wurden die Voraussetzungen für den Grunderwerb für ca. 85 km der Strecke geschaffen.

Im Rahmen der Umsetzung des Radwegekonzeptes wurden vom Landkreis Empfehlungen für die Baulastträger zur Umsetzung der einzelnen Teilabschnitte des Radwegekonzeptes erarbeitet. Das Konzept verfolgt das Ziel, einerseits die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu erhöhen und andererseits zur touristischen Entwicklung des Landkreises beizutragen. Die Mitglieder des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung stimmten den Empfehlungen am 03.05.2005 zu.

Unter Federführung des Planungsamtes hat sich der Landkreis Teltow-Fläming so auch im Jahr 2005 für die Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung zwischen Berlin und Luckenwalde unter Einbeziehung der B 101 alt eingesetzt und mehrere Planungsaufträge für Teilabschnitte ausgelöst. Damit wird die Nord-Süd-Radiale von Berlin zum Rad- und Skateweg realisiert.

Für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 wurde für den Teilabschnitt von Löwendorf nach Schönhagen die Entwurfsplanung erarbeitet. Diese Maßnahme stellt den ersten „Baustein“ zur Errichtung einer Radwegeverbindung entlang der B 246 in den Landkreis Potsdam-Mittelmark dar und dient gleichzeitig der besseren touristischen Anbindung des im September 2005 zum Ausbau planfestgestellten Flugplatzes Schönhagen. Nach Herstellung des Baurechts soll 2006/2007 mit der Realisierung des Radweges begonnen werden.

Als weitere Maßnahme des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming erfolgte der Bau des Radweges zwischen dem Bahnhof Klasdorf und der Ortslage Klasdorf als Lückenschluss zwischen dem von Baruth kommenden Radweg entlang der B 96 und der Flaeming-Skate® . Er dient der weiteren touristischen Erschließung des Museumsdorfes Glashütte und durch Anbindung des Bahnhofs Klasdorf der Verknüpfung der Flaeming-Skate® mit dem öffentlichen Personennahverkehr.

Intensiv wurde an der Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung entlang der B 96, der 2. Nord-Süd-Radiale, zur Flaeming-Skate® weitergearbeitet. Besonderes Augenmerk wurde hier auf die Herstellung des Lückenschlusses zwischen Neuhof und Mückendorf/Glashütte gelegt.

Ebenfalls im Rahmen der Umsetzung des Radwegekonzeptes entlang der Kreisstraßen konnte die Planung des Radweges von der L 79/Wietstocker Kreuzung bis Großbeeren Ende 2005 in Auftrag gegeben werden. Ab dem genannten Knotenpunkt ist es für Radfahrer auf Grund des geringen Verkehrsaufkommens zumutbar, das vorhandene Straßen- und Wegenetz über Kerzendorf bis zum Anschluss an den neu gebauten Radweg Thyrow – Trebbin zu nutzen.

Verstärkt arbeitete das Planungsamt an der Umsetzung des vom kommunalen Nachbarschaftsforum AG Süd initiierten touristischen Radwegekonzeptes „Wege durch Regionalparks in Brandenburg“. Hierbei geht es um die Ermittlung und Entwicklung eines touristischen Wegenetzes durch landschaftlich schöne und kulturell bedeutende Gebiete der beteiligten Kommunen und dessen Ausschilderung. Ziel der Arbeit des Nachbarschaftsforums AG Süd, welches sich aus Vertretern der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, der Stadt Potsdam sowie den angrenzenden Berliner Stadtbezirken zusammensetzt, besteht in der gemeinsamen Gestaltung und touristischen Erschließung des Freiraumverbundes des nördlichen Teltow. Der Landkreis Teltow-Fläming, der zugleich die Federführung zwischen den Nachbarkreisen und der Stadt Potsdam übernommen hat, entschied, die planerische Weiterentwicklung des Wegeprojektes in eigener Regie durchzuführen und auf die Einbeziehung von Planungsbüros zu verzichten. Nach Festlegung der einzelnen Routen in Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden erfolgte die planerische Vorbereitung der Markierung und Beschilderung einschließlich Absprachen zur Gestaltung einheitlicher Übersichtstafeln. Mit Hilfe von Fördermitteln der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE), ein Fördermittelbescheid mit Verpflichtungsermächtigung für 2006 liegt vor, kann mit der praktischen Realisierung des Projektes begonnen werden.

Weitere Vorhaben konnten durch Mitwirkung des Planungsamtes eingeleitet, realisiert bzw. begleitet und so die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises verantwortungsvoll unterstützt werden.

Zur Verbesserung der Situation der Ortslagen, durch die Kreisstraßen führen, befinden sich folgende Maßnahmen in Planung. Im Rahmen der Ortsverbindung Ruhlsdorf – Liebätz, 1. Bauabschnitt, wurde das Anhörungsverfahren im II. Halbjahr 2005 durchgeführt. Der Planfeststellungsbeschluss wurde am 11.11.2005 erteilt. Für den Neubau der K 7225 Dornswalde wurden die Planfeststellungsunterlagen im Dezember 2005 zusammengestellt.

Das Planungsamt arbeitet außerdem an der Umsetzung des Projektes „Radweg Berlin - Leipzig“ mit, welches vom Landkreis Wittenberg initiiert wurde und unter Leitung der Tourismus-Region Wittenberg weitergeführt wird. Hier gilt es, eine durchgehende Radwegeroute zwischen Berlin und Leipzig zu schaffen. Auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming verläuft die Route zwischen Seehausen und Lynow auf der Flaeming-Skate® und wird dann über Stülpe – Sperenberg – Zossen nach Berlin geführt. Die technischen Voraussetzungen für die Markierung der Radwegeroute wurden 2005 geschaffen.

Besonderer Wert wurde auf eine schnelle und kompetente Unterstützung jeglicher Aktivitäten gelegt, die dazu beitragen, das touristische Angebot des Landkreises zu bereichern. Durch die aktive Mitarbeit unter Federführung des Planungsamtes gewährte der Landkreis dem Vorhaben QUADraTOUR seine volle Unterstützung bei der Entwicklung eines Wegenetzes, in dem diese Firma geführte Touren mit Arctic CAT®s anbieten kann. Dabei wurde Einfluss auf die Verknüpfung dieses Vorhabens mit anderen touristischen Attraktivitäten des Landkreises Teltow-Fläming, wie z. B. mit Fahrten der Erlebnisbahn oder Touren zur Flaeming-Skate®, genommen.

Auch in diesem Jahr wurden städtebauliche Planungen der Gemeinden vom Amt fachlich unterstützt und begleitet. Neben wohnbaulichen und gewerblichen Vorhaben sind auch weitere Entwicklungen zur interessanten Freizeitgestaltung zu nennen:

- So wurden u. a. Planungen für die Errichtung eines multifunktionalen Gewerbehofes in der Stadt Luckenwalde eingeleitet, der die Gründung und Ansiedlung von kleineren Gewerbebetrieben im innerstädtischen Bereich ermöglicht.

- Durch die Stadt Jüterbog werden innerstädtische Bereiche überplant, um das Wohnumfeld zu verbessern und die Stadtquartiere zu verdichten. Auch sollen zwei Solarkraftwerke, im Gewerbegebiet Bülowstraße und im Bereich des Niedergörsdorfer Ortsteils Altes Lager, errichtet werden.

- Als eine der wenigen wachsenden Gemeinden im äußeren Entwicklungsraum plant die Gemeinde Nuthe-Urstromtal in den OT Hennickendorf und Berkenbrück die Ausweisung von Flächen zum Bau von Eigenheimen.

- Im Niedergörsdorfer OT Malterhausen wird künftig eine ehemalige militärische Liegenschaft durch ein Recyclingunternehmen genutzt. Hier konnten ebenfalls die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um diesen maroden Standort einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

- Bei der Planung zur Festwiese in Großbeeren, die sich allein schon aus der Historie für eine Nutzung anbietet, handelt es sich um den Originalschauplatz der Schlacht gegen Napoleon im Jahr 1813. Die Fläche soll für den Sport, den Tourismus und die Naherholung neu gestaltet und genutzt werden. Darüber hinaus beabsichtigt die Gemeinde Großbeeren mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für den individuellen Wohnungsbau einen städtebaulichen Lückenschluss zwischen der Ortslage und „Den Gehren“ vorzubereiten.

- Mit dem neuen Marktambiente in Heinersdorf sollen ein städtebaulicher Missstand beseitigt und gleichzeitig die bisherige Stellplatzproblematik gelöst werden.

- Mit der Errichtung einer Wasserskianlage in Horstfelde soll eine weitere touristische Attraktion im Landkreis geschaffen werden.

- Auch für das neue Schwimm- und Freizeitzentrum in Ludwigsfelde werden die planungsrechtlichen Grundlagen geschaffen, um insbesondere eine Bereicherung der individuellen Freizeitgestaltung für die Anwohner anzubieten.

- In der Gemeinde Rangsdorf besteht die Absicht, ein örtliches Versorgungszentrum zu errichten, das der Neuansiedlung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben dient und die Versorgung der ortsansässigen Bevölkerung sicher stellt.

Erste Anlaufberatungen im Rahmen von Investitionsbegehren im Landkreis fanden beispielweise zum Bau einer Tankstelle im OT Heinersdorf, einem Seniorenheim in Großbeeren sowie einem Tierheim in Ludwigsfelde statt.
Auch gestalterische Maßnahmen, wie u. a. die Umgestaltung des Stadtzentrums und des Bahnhofsvorplatzes in Zossen erfuhren eine planungsrechtliche Unterstützung.

Darüber hinaus wirkt das Amt derzeit in Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) und koordinierend für die Fachämter im Hause an der Errichtung eines Weiterbildungszentrums für Berufskraftfahrer im Landkreis mit. Bei der Prüfung möglicher Standorte stehen Flächen in der Gemarkung Horstwalde sowie im Gewerbegebiet „Försterwiese“ in Kummersdorf-Gut zur Diskussion.

Nach Maßgabe der Förderrichtlinien zur Stadtentwicklung und zur Stadterneuerung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) gewährt das Land Brandenburg Zuwendungen für städtebauliche Planungen und Untersuchungen sowie zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen nach dem BauGB. Durch mehrere kreisangehörige Gemeinden wurden, teilweise auf der Grundlage von Bauleitplanverfahren, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet und zu deren Umsetzung oder Fortführung Förderungen im Rahmen verschiedenster Bund-Land-Programme beantragt.

Die Anträge der Gemeinden werden dem Landkreis im Parallelverfahren zur Prüfung vorgelegt. Im Jahr 2005 wurden ca. 4,1 Mio € Städtebaufördermittel zu Gunsten der antragstellenden Gemeinden bewilligt. Für den Stadtumbau, der im Hinblick auf Leerstandsbeseitigung und neue stadträumliche Gestaltungen hohe Priorität errang, wurden ca. 1,1 Mio € Stadtumbaumittel für Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen genehmigt.

Die im September gebildete Arbeitsgruppe „Fläming-Ride“ setzt sich in Zusammenarbeit mit der Technischen Fachhochschule Wildau mit der Thematik der touristischen Erschließung des Landkreises speziell für den Personenkreis der Motorradfahrer auseinander. Vorgesehen ist, die Ergebnisse auf einer entsprechenden Internetseite (www.flaeming-ride.de) zu veröffentlichen. Ziel ist es, Routen für Motorradfahrer durch den Landkreis Teltow-Fläming zu entwickeln.

Die Überarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption wurde 2005 fortgeführt. Dabei sind die Ergebnisse der neuesten Bevölkerungsprognose, die erhebliche Bevölkerungsverluste besonders im äußeren Entwicklungsraum und auch in den Städten erwarten lässt, in die Überarbeitung eingeflossen. Auch waren die Ergebnisse der Gemeindegebietsreform in den einzelnen Fachkapiteln zu berücksichtigen. Darüber hinaus finden die festgelegten Grundsätze und Ziele des Landesentwicklungsplans für den Gesamtraum Berlin-Brandenburg (LEP GR) sowie der anderen Raumordnungspläne ihren Eingang in die Kreisentwicklungskonzeption. Die überarbeitete Konzeption wird 2006 in die Beratung durch die Fachausschüsse gelangen.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach Landesplanungsvertrag erarbeitete das Planungsamt federführend und unter Beteiligung der übrigen Fachämter die Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming zum Entwurf des gemeinsamen Landesentwicklungsplans Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) - ergänzendes Verfahren vom 20. September 2005. Darin wurden die im bisherigen Verfahren geäußerten Bedenken des Landkreises Teltow-Fläming gegen den Standort Schönefeld bekräftigt und die Herangehensweise bei der Prüfung von Alternativstandorten beanstandet.

Bei allen Planungen kommt dem geografischen Informationssystem (GIS) des Landkreises auf Grund der ständig wachsenden Anwendungsbreite eine immer größere Bedeutung zu. In zunehmendem Umfang arbeitet das Planungsamt sowohl an der Erfassung und Fortführung eigener Themen, z.B. Planungen und Bauzustände jeglicher Verkehrs- und touristischen Infrastrukturmaßnahmen, Mobilfunk- und Windkraftanlagen sowie Bauflächen, als auch an Aufgabenstellungen für die Fachämter des Landkreises. Darüber hinaus ist das Amt u. a. für die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Tourismusverband Teltow-Fläming e. V. und die Flaeming-Skate® GmbH tätig. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gestaltet sich auf diesem Gebiet ebenfalls immer komplexer.

Auf Grund der ständig wachsenden Aufgabenfelder bedarf das derzeitige GIS-Konzept dringend einer Fortschreibung. Eine Arbeitsgruppe mit der Zielstellung, die Abläufe und finanzielle Ausstattung beim weiteren Ausbau der GIS-Struktur zu optimieren, befindet sich unter Mitwirkung des Planungsamtes derzeit in Gründung.

Durch die Höhere Verwaltungsbehörde nach dem BauGB (HVB) erfolgte in Zusammenarbeit mit Verwaltungen, Planern und Investoren die Prüfung und Beratung zu jeglichen Fragen des Planungsrechts sowie zu allen Arten von Plänen und Satzungen, d. h. auch zu den nicht vorlagepflichtigen. Hervorzuhebendes Vorhaben war der stark frequentierte „Heinersdorfer Markt“, der verlagert werden soll.

Bezüglich der zwei anhängigen Klageverfahren fanden Zuarbeiten und Abstimmungen mit dem Rechtsamt statt. Widerspruchsverfahren sind nicht anhängig.

Die bewährte Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) konnte weiter intensiviert werden. Im Ergebnis profitieren die Kommunen durch entsprechende Informationsweitergabe hiervon ebenfalls. Ferner wurde die HVB seitens des MIR in Grundsatzarbeiten eingebunden. Dies erfolgte zum einen durch die neuerliche Einberufung in den „kommunalen Arbeitskreis“. Im Zuge der Erstellung eines Gutachtens (Umweltprüfung im Bauleitplanverfahren nach dem BauGB 2004) konnten Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in den Forschungsauftrag einfließen. Zum anderen erfolgte eine Beteiligung bei der Beurteilung der Ende 2005 durch das MIR herausgegebenen Arbeitshilfe für Städte und Gemeinden „Festsetzungen in Bebauungsplänen“.

Die 2005 durch das MIR durchgeführte 2. Geschäftsprüfung bei der HVB wurde - wie beim ersten Mal - mit „sehr gutem Ergebnis“ abgeschlossen.

Das Planungsinformationssystem (PLIS), mit dem Daten über sämtliche Planungen der Länder Brandenburg und Berlin aufbereitet werden, befindet sich derzeit in einer komplexen Überarbeitung, an der auch die HVB maßgeblich beteiligt ist. Zahlreiche Anregungen zur Datenerhebung und -verarbeitung, insbesondere nach dem Wegfall der anzeigepflichtigen Vorgänge, sind in die Programmgestaltung eingeflossen. Auch hier hat sich mit dem MIR sowie dem Landesamt für Bauen und Verkehr eine gute und regelmäßige Zusammenarbeit entwickelt.

Das Planungsamt begleitet seit Jahren fachlich den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages. Im Jahr 2005 fanden zehn Sitzungen statt. Ziel war es, interessante Themen und aktuelle Informationen zu bieten sowie kompetente Referenten zu gewinnen. Orte mit Vorhaben von regionaler und überregionaler Bedeutung, so der Preußenpark in Ludwigsfelde, das Dorfgemeinschaftshaus in Jühnsdorf und das Kulturquartier der Mönchenkirche in Jüterbog wurden u. a. als Sitzungsorte ausgewählt.

Kataster- und Vermessungsamt

Die klassischen Kartenwerke und Nachweise des Liegenschaftskatasters sowie die Methoden der Kartennutzung werden bis zum Ende 2006 durch digitale Systeme vollständig abgelöst sein. Der Bearbeitungsstand der digitalen Katasternachweise im Landkreis Teltow-Fläming liegt bereits am Ende des Jahres 2005 zwischen 90% und 100%.

Das zukunftsorientierte Liegenschaftskataster ist eine im öffentlichen Interesse liegende, neutrale, aktuelle, flächendeckende und zuverlässige Zustandsbeschreibung von Grund und Boden. Kern eines zukunftsorientierten Liegenschaftskatasters ist ALKIS, das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem. Es beinhaltet mit seinen Spezifikationen und Funktionen den Teil des Liegenschaftskatasters, der die Informationen über die Nutzung und das Eigentum am Grund und Boden im digitalen Informationssystem des Liegenschaftskatasters vorhält und benutzbar macht.

Das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming orientierte im zurückliegenden Jahr seine ganze Kraft auf die ab ca. 2008 in Brandenburg geplante Zusammenführung der Datenbank des Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) mit der Datenbank der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in das System ALKIS. Die Daten dieser Verfahrenslösungen müssen für den Einsatz in ALKIS vorbereitet werden. Dieser Vorgang wird als Migration bezeichnet. Die Hauptarbeit der Migration liegt bei der Datenver-

besserung. So wurden inkonsistente Schreibweisen und geometrische Fehler in beiden Systemen untersucht und beseitigt. Die Qualität der Datenbestände konnte somit kontinuierlich erhöht werden.

- Projekt Forcierte Einrichtung der Automatisierten LiegenschaftsKarte (FALKE)

Das durch die Europäische Union geförderte Projekt FALKE befand sich im fünften Jahr seiner Laufzeit. Das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming kann zum Jahresende 2005 auf 95% fertiggestellte ALK verweisen, die das bis dahin analoge Flurkartenwerk ablöste.

Im Jahr 2005 sind für das Kreisgebiet FALKE-Aufträge in Höhe von ca. 380.000,- € ausgelöst worden. Mit der Datenerzeugung wurden überwiegend Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (ÖbVI) des Landkreises beauftragt. Zwischen den neun im Landkreis zugelassenen ÖbVI und dem Kataster- und Vermessungsamt gibt es eine effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich an der hohen Qualität und dem im Landesdurchschnitt sehr guten Fertigstellungsgrad der ALK messen lässt.

Die erzeugten Daten erhöhen die Informationsfülle der Automatisierten Liegenschaftskarte. Es steht außer Frage, dass die graphischen Angaben der Automatisierten Liegenschaftskarte für zahlreiche Fachverwaltungen z.B. für umweltbezogene Belange von großem Interesse sind.

Digitale Geodaten wurden 2005 für die verschiedensten Nutzer beratend vor Ort vermarktet und betreut. Für eine Vielzahl von Nutzern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Kooperationspartner, Energieversorger, Landwirtschaftsbetriebe und private Antragsteller werden bereits Geobasisdaten in den verschiedensten Datenformaten bereitgestellt.

Für diese Nutzer verbesserten sich mit der Einführung eines digitalen und homogenen Flurkartenwerkes die Möglichkeiten der Nutzung für eigentumsbezogene Planungen in Verwaltung und Wirtschaft entscheidend.

- Antragsstatistik

- Im Jahre 2005 wurden 4.954 schriftliche Anträge (2004: 2.672 Anträge) auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet (z.B. Flurkartenauszüge, Eigentumsnachweise). Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt. Flurkartenauszüge in digitalen Formaten wurden im Jahr 2005 für insgesamt 1.833 km² verkauft.
- Voreigentümerrecherche wurden für 704 Antragsteller betrieben.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.846 Anträge (2004: 2.144 Anträge) auf Unterlagenerteilung gestellt. Mit Hilfe einer Projektgruppe konnte die Frist für die Bereitstellung von Vermessungsunterlagen auf zwei Wochen reduziert werden.
- Die örtliche Messtätigkeit des Kataster- und Vermessungsamtes wird durch drei Messtrupps erledigt, ein Messtrupp arbeitet ausschließlich für kommunale Projekte, überwiegend an der Erarbeitung von Planungsunterlagen und der Schlussvermessung am Projekt Flaeming-Skate.
- 1.494 Vermessungsschriften wurden durch die ÖbVI´s oder durch das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und bearbeitet. (2004: 1.654) gestellt. Die Fortführungsvermessungen sind nach ca. zwei Monaten in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.

- Elektronisches Grundbuch

Die Einführung des Elektronischen Grundbuchsystems SolumSTAR in den Grundbuchämtern Luckenwalde und Zossen ermöglicht seit September 2005 die datentechnische Verknüpfung mit dem Fachverfahren Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB).

Dem automatisierten Datenaustausch zwischen SolumSTAR auf Grundbuchseite und dem (ALB) auf Katasterseite gingen in diesem Jahr intensive Vorarbeiten voraus. Damit ist der Datenaustausch zwischen Grundbuchamt und Katasterbehörde, der noch bis zum 3. Quartal 2005 ausschließlich durch Papiermitteilungen erfolgte und mit großem Aufwand wechselseitig in die eigenen Datenbanken eingepflegt werden musste, durch den automatisierten Datenaustausch abgelöst. Das Projekt „ALB-Anbindung“ ist ein Beispiel für effektives ressortübergreifendes Zusammenwirken.

- Gutachterausschuss Teltow-Fläming

Der Gutachterausschuss Teltow-Fläming ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das die Grundstücksverkäufe im Landkreis mit Hilfe seiner Geschäftsstelle im System Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS) registriert und wertet. Der Grundstücksmarkt wird jeweils für das zurückliegende Jahr in der Darstellung der Bodenrichtwertkarte und weiterhin mit der Erstellung des Grundstücksmarktberichtes abgebildet.

Der Grundstücksmarkt im Landkreis Teltow-Fläming entwickelt sich weiterhin zurückhaltend. Marktbewegungen beim Wohn- und Gewerbebau finden in erster Linie auf dem Gebiet des engeren Verflechtungsraumes statt. Im äußeren Entwicklungsraum stagniert dieser Markt mit Ausnahmen in den größeren Kommunen. Im Grundstücksmarktbericht, rückwirkend für 2004 erstellt, heißt das statistisch ausgedrückt: Etwa 50% aller Verkäufe mit 77% des gesamten Geldumsatzes wurden im „Speckgürtel“ abgewickelt. Nach wie vor zählen die Flächen im Nahbereich Berlins zu den begehrtesten – offenbar unbeeinflusst vom Fortschritt der Planungen zum Großflughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI).

Das voranschreitende Baugeschehen der neuen Bundesstraße B101 und damit einhergehenden Eingriffe in Eigentum machte eine Reihe von Entschädigungsgutachten, die durch die Enteignungsbehörde beantragt wurden, notwendig. Die Fortschreibung der Anfangswerte der besonderen Bodenrichtwerte in den Sanierungsgebieten Baruth, Zossen, Jüterbog und Luckenwalde wurde im Jahr 2005 mit der Erarbeitung und Lieferung von umfangreichen Gutachten abgeschlossen.

Die Geschäftsstelle befasst sich ebenso wie alle anderen Bereiche des Kataster- und Vermessungsamtes damit, bisher analoge Arbeiten zu minimieren und auf digitale Daten zurückzugreifen. So wird die Bodenrichtwertkarte des Landkreises bereits digital vorgehalten. Dazu gehört seit Dezember 2005 die Erzeugung der digitalen Kaufpreiskarte und damit die Ablösung der bisherigen Dokumentation der eingehenden Kaufpreise auf der analogen Liegenschaftskarte.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

1. Untere Bauaufsichtsbehörde

Der Umfang der bauaufsichtlichen Tätigkeit, das heißt die Summe der zu bearbeitenden Genehmigungsverfahren, ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um fast ein Viertel (24,34 %) angestiegen. Da die Anzahl der Anträge im vergangenen Geschäftsjahr die niedrigste in der Geschichte des Landkreises Teltow-Fläming war und der Anstieg der Fallzahlen gegen Ende des Jahres 2005 wohl im Wesentlichen auf die auslaufende Eigenheimzulage zurück zu führen ist, wird man wohl trotz des Anstiegs der Fallzahlen davon ausgehen müssen, dass die Talsohle noch nicht durchschritten ist. Ohne die Besonderheit des Wegfalls der Eigenheimzulage lägen die Zahlen etwa auf dem gleichen Niveau wie im vorausgegangenen Jahr.

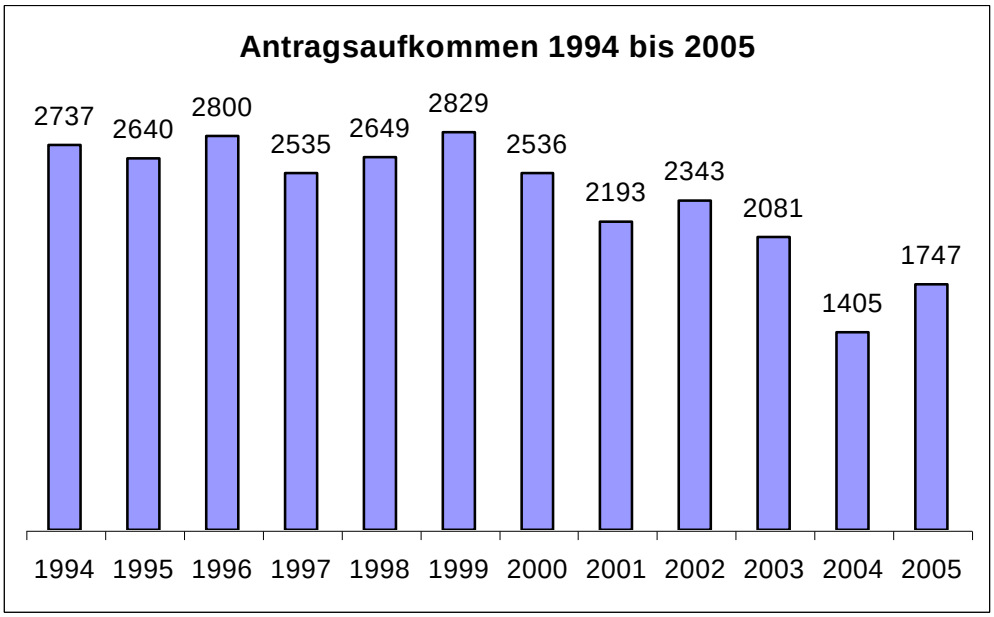
Maßgeblich – auch für die Entwicklung des Wohnungsbaus – ist die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis. Wenn sich neue Unternehmen im Landkreis ansiedeln, die neue Arbeitsplätze schaffen, sind auch Zuzüge zu erwarten, denen ein gesteigerter Wohnraumbedarf folgt. Ein Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung eines Geschäftsjahres ist auch die Höhe der eingenommenen Baugenehmigungsgebühren. Nicht zuletzt die Entwicklung neuer Produktionsstätten und Handelseinrichtungen lässt hohe Gebühreneinnahmen erwarten. An dieser Erkenntnis gemessen, ist die Entwicklung des letzten Jahres unterdurchschnittlich gewesen. Denn obwohl die Anzahl der Anträge relativ gleich geblieben ist, sind die Gebühreneinnahmen deutlich gefallen. Für das Geschäftsjahr 2004 waren die bauaufsichtlichen Einnahmen des Landkreises Teltow-Fläming in der Summe die höchsten im Land Brandenburg. Für das zurückliegende Geschäftsjahr fehlt bislang noch der Vergleich.

Unter den „größeren“ Vorhaben des Jahres 2005 fällt auf, dass ein beträchtlicher Teil der erteilten Genehmigungen den Bereich Logistik, insbesondere im Norden des Landkreises, betrifft. Auffällig ist auch, dass – gewissermaßen als Reflex der alternden Gesellschaft - auch in diesem Jahr wieder einige Genehmigungen für Alten- und Altenpflegeheime erteilt worden sind.

Auf dem Lebensmittelmarkt sind die Discounter weiter im Vormarsch. Für solche sind in diesem Jahr vier Genehmigungen erteilt worden, drei davon für „Netto-Märkte“. Die beantragten Vorhaben waren sehr vielfältig. Die baurechtliche Prüfung und Genehmigung, zum Beispiel einer Beatmungsstation mit Intensivplätzen für Komapatienten, eines Natursportparks, Sportplätze und Kindertagesstätten, für den Umbau einer radiologischen Krankenhausstation, einer LKW-Waschanlage, einer Tierpension, des „selektiven Rückbaus denkmalgeschützter Bebauung“, eines Wohngebäudes in Holzständerbauweise mit Strohballenausfachung und Lehmverputz, der Nutzungsänderung eines Shelters zum Militärmuseum oder einer Scheune zur Heuherberge, von Windkraftanlagen und Industrieanlagen stellt hohe Anforderungen an die fachliche Kenntnisse und Flexibilität jedes einzelnen, der für die Genehmigungsverfahren verantwortlich ist. Daneben sind im zunehmenden Umfang Qualitäten als Verfahrensmanager gefragt. Es geht darum, nicht die Dinge auf sich zukommen zu lassen, sondern in eigener Initiative die Verfahren zu befördern und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, damit schnellstmöglich Genehmigungen erteilt werden können.

Intern ist die Bauaufsicht vor dem Hintergrund der rückläufigen Antragszahlen der letzten Jahre weiter geschrumpft. Gemessen am höchsten Personalstand im Jahre 1997 wird die Behörde in der Mitte des Jahres 2006 34 % ihres Personalbestandes abgebaut haben. Dieser „Aderlass“ hat sich aber bislang nicht negativ auf die Bearbeitungszeiten ausgewirkt.
Die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Bauantrags hat sich im vergangenen Jahr – im Gegenteil - weiter verkürzt und liegt gegenwärtig für Wohnungsbauvorhaben bei 65 Tagen, für einen Bauvorbescheid bei 60,3 Tagen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer aller Genehmigungsverfahren lag im vergangenen Jahr bei 85 Tagen. Die Ablehnungsquote für alle Genehmigungsanträge lag bei 2,24 %.

Statistik



Bautätigkeit 2005
(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Stadt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km²	Anteil pro km²
engerer Verflech-tungsraum	Blankenfelde-Mahlow	429	35,4	23.776	1,8	55	7,8
	Großbeeren	112	9,2	6.914	1,6	52	2,2
	Rangsdorf	186	15,3	9.331	2,0	34	5,5
	Trebbin	116	9,6	9.271	1,3	126	0,9
	Zossen	188	15,5	17.036	1,1	180	1,0
	Ludwigfelde	182	15,0	24.370	0,7	109	1,7
	gesamt	1.213			1,3	556	2,2

	Gemeinde/Stadt/Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km²	Anteil pro km²
äußerer Entwick-lungsraum	Baruth/Mark	50	9,4	4.446	1,1	232	0,2
	Dahme/Mark	40	7,5	7.240	0,6	251	0,2
	Am Mellensee	99	18,5	6.729	1,5	104	1,0
	Niederer Fläming	28	5,2	3.808	0,7	185	0,2
	Niedergörsdorf	23	4,3	6.948	0,3	205	0,1
	Nuthe-Urstromtal	72	13,5	7.162	1,0	338	0,2
	Jüterbog	78	14,6	13.315	0,6	176	0,4
	Luckenwalde	144	27,0	21.463	0,7	46	3,1
	gesamt	534		71.111	0,8	1.537	0,3
	Landkreis gesamt	**1.747**		**161.809**	**1,1**	**2.093**	**0,8**

Entwicklung der Bautätigkeit 2001 bis 2005

Bauanträge	2001	2002	2003	2004	2005	Entwicklung 2001 zu 2002	Entwicklung 2002 zu 2003	Entwicklung 2003 zu 2004	Entwicklung 2001 zu 2004	Entwicklung 2004 zu 2005
Amt Dahme/Mark	69	86	69	31	40	24,6	- 19,8 %	- 55,1 %	-55,1	29,0
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	397	455	448	336	429	14,6	- 1,5 %	- 25,0 %	-15,4	27,7
Gemeinde Großbeeren	87	147	164	103	112	69,0	+ 11,6 %	- 37,2 %	18,4	8,7
Gemeinde Am Mellensee	112	127	91	60	99	13,4	- 28,3 %	- 34,1 %	-46,4	65,0
Gemeinde Niederer Fläming	30	50	42	22	28	66,7	- 16,0 %	- 47,6 %	-26,7	27,3
Gemeinde Niedergörsdorf	38	55	47	14	23	44,7	- 14,5 %	- 70,2 %	-63,2	64,3
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	103	100	81	57	72	-2,9	- 19,0 %	- 29,6 %	-44,7	26,3
Gemeinde Rangsdorf	221	225	186	133	186	1,8	- 17,3 %	- 28,5 %	-39,8	39,8
Stadt Baruth/Mark	75	82	66	46	50	9,3	- 19,5 %	- 30,3 %	-38,7	8,7
Stadt Jüterbog	141	114	95	65	78	-19,1	- 16,7 %	- 31,6 %	-53,9	20,0
Stadt Ludwigsfelde	201	190	242	174	82	-5,5	+ 24,3 %	- 28,1 %	-13,4	4,6
Stadt Luckenwalde	224	202	139	116	144	-9,8	- 31,2 %	- 16,5 %	-48,2	24,1
Stadt Trebbin	141	199	151	86	116	41,1	- 24,1 %	- 43,0 %	-39,0	34,9
Stadt Zossen	292	308	259	162	188	5,5	- 15,9 %	- 15,9 %	-44,5	16,0
gesamt	2.131	2.340	2.080	1.405	1.747	9,8	- 11,1 %	- 32,5 %	-34,1	24,3

2. Untere Denkmalschutzbehörde

Der Denkmalbestand des Landkreises hat sich im Jahr 2005 nicht in der erwarteten Weise vergrößert. Vielmehr ist die Zahl der neu eingetragenen Denkmale deutlich niedriger als in den beiden Jahren zuvor ausgefallen. Nur 23 von mehr als 132 inventarisierten Gebäuden sind eingetragen worden, obgleich bei mehr als der Hälfte der besichtigten Bauten Denkmalwert festgestellt wurde. Seit Inkrafttreten des neuen Denkmalschutzgesetzes ist nunmehr das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und archäologische Landesmuseum für die Eintragung zuständig. Durch die fehlende Akzeptanz der Bevölkerung scheint aber der Widerwillen gegen die Eintragung des eigenen Hauses in die Denkmalliste in zahlreichen Fällen in die Forderung eines Feststellungsbescheids bis hin zur Feststellungsklage zu münden. Die Konsequenz sind schleppende Eintragungen, die für Bürger eine unklare Rechtssituation bedeuten.

An diesem Problem wird deutlich, wie sehr es an öffentlicher Information und Aufklärung über die Inhalte und Ziele des Denkmalschutzes mangelt und wie wichtig nicht nur eine deutliche Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit ist, sondern auch die Einrichtung verlässlicher Fördermöglichkeiten. In diesem Jahr wurde zwar eine konzertierte Förderung der Ministerien (Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft und Kultur) geplant, doch kam sie schließlich bislang nicht zum Tragen. Sie sollte auf den Richtlinien der Integrierten Ländlichen Entwicklung basieren und zum Teil aus EAGFL-Mitteln gespeist werden. Allgemein richten sich nun die Hoffnungen auf das kommende Jahr, da einige Denkmale auch im Landkreis Teltow-Fläming in sehr besorgniserregendem Zustand sind. Hierzu zählen die Stadtkirche St. Sebastian in Baruth/Mark oder die kleine Dorfkirche in Kolpien, aber auch zahlreiche Militärdenkmale, die sich in Landeseigentum befinden.

Trotz der betrüblichen Lage wurden einige wichtige Bauvorhaben abgeschlossen. Die Sicherung der Schlossruine in Dahme/Mark ist nun beendet. Der Bauverlauf wurde von der Bevölkerung unter großer Anteilnahme verfolgt. Die Dorfkirche in Hennickendorf ist durch ihre Sanierung gerettet, auch wenn seitens des Denkmalschutzes schwere Kompromisse nötig waren. Das Kulturquartier im ehemaligen Franziskanerkloster in Jüterbog, eine der Hauptbauaufgaben der letzten Jahre, wurde zwar fertiggestellt, doch kam unmittelbar nach der Einweihung der Chor der Kirche durch einen Brand zu Schaden und wirft nun die Arbeiten wieder zurück. Am Beispiel der Schillerschule hat der Landkreis in überzeugender Weise gezeigt, dass er als Denkmaleigentümer durchaus vorbildhaft wirken kann. Zur 100-Jahr-Feier wurden die schönen historischen Fenster der Aula denkmalgerecht aufgearbeitet. Nach restauratorischen Untersuchungen orientierten sich die Farbkonzepte für die Aula und den Eingangsbereich bis in das erste Obergeschoss an den ursprünglichen Ideen. Die neue Farbgebung fand allgemein großen Beifall, besonders beim Förderverein der Schule, da sie die hohe Qualität des Bauwerks anschaulich unterstreicht.

Die Straßenarbeiten in Luckenwaldes Baruther Straße wurden zwar zunächst von den Anliegern skeptisch verfolgt, doch brachten die archäologischen Untersuchungen unter den historischen Resten auch eine mittelalterliche Schwelle zum Vorschein. Solche wichtigen Zeugnisse liefern entscheidende Erkenntnisse über die Siedlungsgeschichte der Orte, die ohne archäologische Untersuchung für immer verloren gingen.

Zwei Skulpturen – so genannte bewegliche Denkmale – waren im vergangenen Jahr in den Schlagzeilen: Die „Lesende“ in Luckenwalde und die Kopie einer Christus-Skulptur des bedeutenden dänischen Bildhauers Albert Thorwaldsen (1768-1844). Während erstere nach langer Suche engagierter Luckenwalder Bürger schließlich in der Staatsbibliothek Unter den Linden in Berlin aufgefunden wurde und nun wohl von der Landesdenkmalliste Brandenburgs entfernt wird, ist die Thorwaldsen-Kopie in zwei Teilen, eines aus dem Straßengraben und eines aus dem Müll geborgen, in die Obhut der Denkmalschutzbehörde gelangt.

Für das kommende Jahr sind bedeutende Bauvorhaben an Denkmalen geplant. Die Stadt Luckenwalde plant, den denkmalgeschützten Bahnhof zu einer Bibliothek umzubauen. Eingriffe in die geschützte Bausubstanz werden unvermeidlich sein. Es wird eine spannende Aufgabe, einerseits die moderne Bibliotheksnutzung zu ermöglichen, andererseits aber darauf zu achten, dass das Bauwerk nicht seinen Wert als historisches Zeugnis verliert.

Die Mendelsohnhalle wird auch im kommenden Jahr als „national bedeutendes" Denkmal aus öffentlichen Geldern gefördert. Im vergangenen Jahr konnte ein großer Fortschritt in der Sicherung des Dachbereichs geschafft und die Betonsanierung fortgesetzt werden.

Weitere Denkmale, die die Geschichte der Region bezeugen, haben im Jahr 2005 trotz des teilweise schlechten Erhaltungszustands Käufer gefunden und scheinen nun einer gesicherten Zukunft entgegen zu gehen. Genannt seien das Gutshaus Großbeuthen, das Gutshaus Kaltenhausen in Kloster Zinna, das Zellendorfer Gutshaus oder die so genannte „Carl'sche Stiftung" in Luckenwalde, ein frühes Beispiel für ein Arbeitersiechenhaus. Alle privaten Erwerber sind mit Stolz auf ihr historisches Haus bereit, eine denkmalgerechte Sanierung durchzuführen, obwohl ihnen noch keine Förderung in Aussicht gestellt werden konnte.

Das Jahr 2005 wurde allerdings von den ungenehmigten und rücksichtslosen Zerstörungen in Jüterbog II überschattet. Hier erlitt der einzigartige kaiserzeitliche Denkmalbestand durch die völlige Zerstörung des Casinos und den weitgehenden Abbruch der „Turmkaserne" einen schwerwiegenden und irreversiblen Verlust. Dem neuen Gewerbehof auf dem ehemaligen Falckenthal-Gelände in Luckenwalde muss die Destille weichen, für den Bau des Teichs in der Luckenwalder Innenstadt wurde ein großer Teil der „Remise" abgerissen. Ein kleines Fachwerk-Bauernhaus in Löwenbruch wurde zu Jahresbeginn ebenfalls abgerissen. Die im Rahmen seiner Dokumentation erstellte dendrologische Untersuchung ergab ein Erbauungsjahr um 1701. Schließlich wurde auch der Abbruch des Pfarrhauses in Blankenfelde im Zuge eines Planfeststellungsverfahrens beschlossen. Das letzte authentische Denkmal in Blankenfelde wird nun wahrscheinlich einer Linksabbiegerspur weichen müssen.

Auf der anderen Seite ist immer wieder ein waches Interesse der Bevölkerung an ihrer Geschichte und deren Zeugen erkennbar. Die beiden von der Denkmalschutzbehörde herausgegebenen Broschüren „Wassertürme" und „Taubenhäuser" sind ausverkauft. Der Archäologentag am 19. und 20. Februar fand erneut großes Publikumsinteresse. Eine Ausstellung des Museums des Teltow über die Guts- und Herrenhäuser des Landkreises wurde von der Denkmalschutzbehörde begleitet. Für die Landes-Ausstellung „Zeitschichten" in Chorin hat das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege die Mitwirkung der Sachgebietsleiterin erbeten, die den Teil „Staat und Denkmalpflege" bearbeitete.

Positiv ist auch das rege Interesse von Schülern, Studenten und Absolventen an einem Praktikum in der Behörde oder der Bearbeitung eines Denkmals als Abschlussprojekt. Architekturstudenten der Fachhochschule Potsdam, aber auch der TU Berlin und Cottbus haben in diesem Jahr Einblicke in die Arbeit des Denkmalschutzes nehmen können.

Anknüpfend an die ABM-Projekte des vergangenen Jahres wurden 2005 sogenannte MAE-Projekte im Denkmalschutz durchgeführt. Die „Denkmalambulanz" half mit kleineren Notsicherungsmaßnahmen aus, die „Denkmaldetektive" beobachteten die bauliche Beschaffenheit des Denkmalbestands und „Denkmalwarte" hüteten größere Liegenschaften, beugten durch ihre Präsenz dem Vandalismus vor und führten kleine Reparaturen durch. Der Denkmalschutzbehörde bleiben bislang keine anderen Möglichkeiten, Denkmaleigentümer zu unterstützen, wenn diese aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage sind, ihr Gebäude zu sichern und zu erhalten. Auch der Landkreis hat als Denkmaleigentümer von der „Denkmalambulanz" profitiert, die am Gutshaus in Petkus einiges ausgebessert hat.

Im Zuge einer notwendigen verstärkten Öffentlichkeitsarbeit plant die Denkmalschutzbehörde einen „Baudenkmalpflegetag“, auf dem wie beim Archäologentag kleine Vorträge zu Denkmalen des Landkreises gehalten werden. Die Regionalkonferenz zu den Militärdenkmalen sollte zwar 2005 stattfinden, wurde jedoch vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur verschoben. Nach wie vor ist eine interdisziplinäre und tiefe Auseinandersetzung mit den historisch hoch bedeutsamen Militärdenkmalen des Landkreises dringend erforderlich.

Ermuntert durch das große Interesse an der regionalen Geschichte und den vielfältigen Denkmalbestand des Landkreises würde die Denkmalschutzbehörde gerne durch weitere kleine Broschüren auf besondere Denkmaltypen des Landkreises aufmerksam machen. Wie im vergangenen Jahr konnte auch 2005 aufgrund der Haushaltssperre kein Kalender herausgegeben werden. Beides scheint allerdings geeignet, dem großen Interesse der Bevölkerung entgegen zu kommen und das positive Wirken der Erhaltung des kulturellen Erbes in die Öffentlichkeit zu tragen.

Landwirtschaftsamt

Mit der Umsetzung der Europäischen Agrarreform ab dem Jahre 2005 wurde die Ausrichtung der Landwirtschaft auch im Landkreis Teltow-Fläming neu definiert. Begriffe wie Entkopplung, Cross-Compliance, Modulation oder digitales Feldblockkataster sind die Grundbausteine der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Mit der Entkopplung wird erreicht, dass sich die Direktzahlungen nicht mehr am Produktionsvolumen orientieren wie es sonst in den letzten Jahren der Fall war. Dabei sind die Direktzahlungen an bestimmte Standards der Europäischen Union gebunden, die unter dem Begriff Cross-Compliance zu verstehen sind. Hierbei sind insbesondere ab dem Jahre 2005 die Kontrolle der Tierkennzeichnung, die Umsetzung der Dünge- und Klärschlammverordnung, aber auch der Grundwasserschutz und Naturschutz in Verantwortung der Fachbehörden des Landkreises zu verstehen.

Zusätzlich kommt auf die Landwirtschaftsbetriebe eine Kürzung der Direktzahlungen in den nächsten Jahren zu, die unter dem Begriff Modulation zu verstehen ist und dazu dient, Mittel für die Ländliche Entwicklung in den jeweiligen Regionen freizumachen. Mit dieser Neuausrichtung der Europäischen Agrarreform soll eine weitere Sicherung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Direktzahlungen als auch eine ausreichende fachliche Begründung der Kontrollmaßnahmen umgesetzt werden.

Die unveränderten Aufgaben der Agrarverwaltung in den Landkreisen werden durch die Landwirtschaftsämter als Bewilligungsbehörde der Direktzahlungen wahrgenommen. Aber auch Pfändungen und Abtretungen sowie das Führen von Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Bewilligung sind Bestandteil der Pflichtaufgaben.

Anträge auf eine Direktzahlung haben im Jahre 2005 insgesamt 333 landwirtschaftliche Unternehmen gestellt, dabei sind 36 Erstantragsteller. Neu hinzugekommen sind z. B. Gartenbaubetriebe und Pferdehalter, die in den letzten Jahren nur unter besonderen Umständen einen Antrag auf Agrarförderung stellen konnten. Für die Zuweisung eines Zahlungsanspruches wurden insgesamt 86.254 ha landwirtschaftliche Nutzfläche beantragt.

237 Antragsteller in benachteiligten Gebieten erhielten eine Ausgleichszulage von 1.650.810 €. Die Zahl der Anbauer von Energiepflanzen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13 Antragsteller auf 22 erhöht. Im Jahre 2005 wurden somit auf einer Fläche von 3.338 ha Energiepflanzen angebaut. Im Anbau von Eiweißpflanzen ist die Anzahl der Antragsteller bei 73 gegenüber dem Vorjahr gleichbleibend. Neu hinzugekommen sind 2005 die Stärkekartoffelanbauer mit einer Fläche von 1.836 ha. Diese 14 Antragsteller haben eine Zuwendung von 1,01 Mio € für die Erzeugung von Kartoffelstärke erhalten. Die neue EU-Agrarreform sieht vor, dass die berechtigten Antragsteller eine Direktzahlung in Höhe von bis zu 80 % per 31.12.2005 ausgezahlt bekommen können und der Restbetrag bis zum 30.06.2006 an die jeweiligen Antragsteller zu entrichten ist. Den Landwirtschaftsbetrieben des Landkreises konnte entsprechend des Abarbeitungsstandes auf der Grundlage der Vervollständigung der betrieblichen Unterlagen zum 31.12.2005 eine Teilzahlung von insgesamt 19,478 Mio € überwiesen werden. Damit ist es den landwirtschaftlichen Unternehmen möglich, hauptsächlich die Pachtzahlung an die Landeigentümer sowie die Betriebsmitteldarlehen abzugelten.

Einen besonderen Kostenschwerpunkt stellten im Jahr 2005 die Energiekosten dar; insbesondere für Dieseltreibstoff. Die Teuerung wurde einerseits durch den Wegfall der Gasölverbilligung und andererseits durch den starken Anstieg des Rohölpreises verursacht.

Grundlage für die Berechnung der Direktzahlung bildet einerseits das Digitale Feldblockkataster sowie andererseits der Betriebsindividuelle Betrag (BIB), der auf Grund der betriebsspezifischen Ausrichtung des Unternehmens in den letzten Jahren festgelegt wurde. Zusätzlich war es den landwirtschaftlichen Unternehmen möglich, Härtefallanträge bzw. Anträge für Landwirte in besonderer Lage zu stellen. Von 398 betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen mit einem BIB haben sich 97 an das Landwirtschaftsamt gewandt. Daraus resultierten insgesamt 66 konkrete Anträge in diesen beiden besonderen Situationen, die einer Lösung bedürfen. Auf Grund der schwierigen Sachlage wurden von Amts wegen drei Anträge der Clearingstelle des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) zur Erstellung eines Votums übergeben.

Der 2. Grundpfeiler der Direktzahlungen bildet das Feldblockkataster. Bildeten in den letzten Jahren die Flur und Flurstücke die Grundlage für die Bemessung der Direktzahlung, so sind es ab 2005 die Feldblöcke, die Schlageinheiten darstellen, die von natürlichen Gegebenheiten umrandet sind. In das Feldblock-Identifikationssystem sind im Landkreis über 5.000 Feldblöcke eingebunden. Auf diesen Feldblöcken arbeiten meist unterschiedliche landwirtschaftliche Unternehmen, was zwangsläufig zu Unstimmigkeiten bei der Messung der bewirtschafteten Betriebsfläche führen kann. Bereits 2004 wurden ca. 1.500 Feldblöcke durch das Landwirtschaftsamt bearbeitet und gepflegt. Das Ziel besteht darin, alle Feldblöcke im Jahre 2005 korrekt zuzuordnen bzw. die Korrekturen zum Abschluss zu bringen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet im Jahre 2005 dabei die Einbeziehung von Landschaftselementen, die bisher nicht Bestandteil der Agrarförderung waren, jedoch einen wesentlichen Anteil an der Erhaltung und Sicherung unserer Kulturlandschaft haben.

Insgesamt wurden im Landkreis Teltow-Fläming 220 ha als Landwirtschaftselemente ausgewiesen. Das Landwirtschaftsamt als Bewilligungsstelle für die Direktzahlung hat jedoch auch die Aufgabe, Abtretungserklärungen sowie auch Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse in das Bewilligungsverfahren einzubinden. Hier wird zunehmend in den letzten Jahren deutlich, dass eine Reihe von landwirtschaftlichen Unternehmen unter schwierigen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ihre Arbeit verrichten. Dem Landwirtschaftsamt liegen insgesamt 158 Aktenvorgänge zu Abtretungen und Pfändungen vor, die einen Gesamtforderungsbetrag von 6.534.000 € beinhalten.

Im Landkreis erfolgte der Getreideanbau im Jahre 2005 auf 34.124 ha. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Anbauflächenreduzierung von 1.668 ha zu verzeichnen. Außergewöhnliche Witterungsbedingungen wie Spätfrost im Frühjahr und große Niederschlagsmengen in den Monaten Juli und August ließen insbesondere beim Getreide die Erwartungshaltungen der Landwirte hinsichtlich der Ernteergebnisse sinken. Geerntet wurden 161.581 t Getreide, das entspricht einem Durchschnittsertrag von 47,4 dt/ha. Zum Vorjahr sind das 7,3 dt/ha weniger, wobei der Ertrag im Durchschnitt der Jahre 2000 – 2004 jedoch um 4,3 dt/ha überboten wurde. In der besonderen Ernteermittlung wurde deutlich, dass der Spätfrost regional sehr unterschiedliche Wachstumsausfälle verursachte. Die anhaltende Nässe führte zusätzlich zu einem verzögerten Ernteverlauf und gleichzeitig zu erheblichen Qualitätsverlusten, woraus für die Bauern teilweise empfindliche finanzielle Einbußen durch Preisabschläge entstanden. Auf einer Fläche von 2.226 ha wurde Körnermais angebaut. Dies war für diese Kultur die bisher größte Anbaufläche seit 1994. Winterraps stand auf einer Fläche von 6.658 ha; bei einer fast gleichbleibenden Anbaufläche wurde der Ertrag des Vorjahres um 5 dt nicht erreicht, jedoch immerhin noch ein gutes Ergebnis von 31,2 dt/ha erzielt. Die vorherrschende feuchte Witterung im Sommer hat im Gegensatz zum Getreideanbau bei den einzelnen Kulturarten wie Kartoffeln, Zuckerrüben und Mais optimale Wachstumsbedingungen hervorgerufen. Trotz leichtem Anbauflächenrückgang auf 2.706 ha zählt der Landkreis Teltow-Fläming zu den großen Kartoffelanbauern. Der Ertrag mit 393 dt/ha lag um 59 dt/ha über dem Durchschnitt der Jahre 2000 – 2004. Auch auf den 612 ha mit Zuckerrüben wurde eine sehr gute Ernte von 525dt/ha für Mais eingefahren. Die durch Quoten begrenzte Liefermenge verhinderte jedoch eine bessere Erlösstruktur. Mit einem Durchschnittsertrag von 422 dt/ha wurde für Mais das beste Ernteergebnis der letzten 10 Jahre auf einer Gesamtfläche von 5.594 ha erzielt.

In der Tierbestandsentwicklung des Landkreises Teltow-Fläming setzt sich die Tendenz der letzten Jahre auch 2005 weiter fort. Der Rinderbestand hat sich um 650 Tiere auf 34.800 Rinder weiter reduziert. Trotz der Erhöhung der Ammen und Mutterkühe um 200 Tiere auf 105 % konnte der Rückgang bei Milchkühen sowie männlichen Rindern nicht kompensiert werden. Mit 13.300 Milchkühen ist derzeit der geringste Milchkuhbestand im Landkreis zu verzeichnen. Dagegen hat sich der Schweinebestand im Landkreis schrittweise erhöht. Die guten Erfahrungen in der Schweineproduktion und die Erlössituation haben dazu geführt, dass der Schweinebestand auf 113 % aufgestockt werden konnte und im Jahre 2005 ein Schweinebestand von insgesamt von 95.200 Tieren zu verzeichnen ist. Dementsprechend hoch ist auch die Anzahl der gehaltenen Sauen mit immerhin 14.950 Tieren. Im Rahmen der angedachten Investitionstätigkeit im Landkreis wird sich diese Anzahl höchstwahrscheinlich noch weiter erhöhen. Positiv ist auch die Trendwende in der Schafhaltung. Mit zusätzlich gehaltenen 2.600 Schafen hat sich jetzt der gesamte Tierbestand auf 11.400 Tiere erhöht. Insbesondere die Pflege von Landschafts-, Naturschutz- und Ödlandflächen durch eine gezielte Schafhaltung sowie die vorhandenen Schlachtkapazitäten haben zu dieser stabilen Produktionsrichtung beigetragen.

Beim Kulturlandschaftsprogramm des Landes Brandenburg hat die Reduzierung der beantragten Förderprogramme von 14 auf 12 gegenüber dem Vorjahr auch einen leichten Rückgang der Anträge verursacht. Waren es im Jahr 2004 noch 207 Anträge, so wurden im Jahr 2005 nur noch 194 Anträge auf Förderung im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes gestellt. Eine weitere Expandierung des Kulturlandschaftsprogrammes war auf Grund der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Landes Brandenburg nicht beabsichtigt. Einen großen Zuspruch erhält weiterhin das Programm „Extensive Grünlandnutzung“ mit 71 Antragstellern und einer geförderten Fläche von 4.834 ha sowie der Ökologische Landbau mit insgesamt 20 Antragstellern und einer Fläche von 5.894 ha. Großen Zuspruch erhielt auch das Programm Zwischenfruchtanbau und Winterbegrünung im Landkreis. Insgesamt wurden im Jahr 2005 18.500 ha nach den Richtlinien des Kulturlandschaftsprogrammes bewirtschaftet. Dafür wurde eine Zuwendung von 2,2 Mio € gezahlt.

Entsprechend der Risikoanalyse des Landesamtes sind für die Direktzahlungen und das Kulturlandschaftsprogramm für die Gewährung der Ausgleichszulage Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen. Im Haushaltsjahr 2005 erfolgten die Vor-Ort-Kontrollen erstmalig in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Technischen Prüfdienst des Landes Brandenburg, der neu installiert wurde. Anfängliche Schwierigkeiten der Arbeit des Zentrales Prüfdienstes führten zu einem erheblichen zeitlichen Rückstand in der Prüfungstätigkeit, der nur durch eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Landwirtschaftsamt und dem Zentralen Technischen Prüfdienst wieder aufgeholt werden konnte. Ziel war es, den Antragstellern termingerecht die Ausgleichszulage bzw. Direktzahlungen nach erfolgter Vor-Ort-Kontrolle zu überweisen. Es wurden elf landwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen der Gewährung der Direktzahlungen, 13 Betriebe im Rahmen der Gewährung der Ausgleichszulage und acht Unternehmen, die das Kulturlandschaftsprogramm beantragt haben, geprüft. Neu ist in diesem Jahr die Erweiterung der Kontrolltätigkeit auf Cross-Compliance, was so viel heißt wie die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen im Rahmen der Gewährung von Direktbeihilfen. Gemeinsam mit den Fachbehörden des Landkreises und dem Zentralen Technischen Prüfdienst sind diese Kontrollen bis zum 31.12. des Jahres 2005 abgeschlossen worden. Im Rahmen der Fachaufsicht sind weitere Kontrollen zur Düngeverordnung und zum Futtermittelrecht durchzuführen. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 71 Kontrollen zur Düngeverordnung in den landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Die Kontrolle auf die Einhaltung der guten landwirtschaftlichen Praxis wurde damit in 22 % der Agrargenossenschaften, 45 % der GmbH und 26 % bei den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben durchgeführt.

Im Rahmen der Futtermittelüberwachung sind 262 Betriebe im Landkreis zu kontrollieren. Hier wird neben der Kontrolle des tierartgerechten Einsatzes der Futtermittel mit der notwendigen Hygiene insbesondere auf die Einhaltung von Fütterungsbeschränkungen und -verboten geachtet. Ende des Jahres 2005 konnten 57 % der Tierhalter hinsichtlich der Einhaltung der Normen und Vorschriften kontrolliert werden. Die Kontrolltätigkeit wird im Rahmen des Nationalen Kontrollprogramms durch die Analyse von Futtermittelproben untersetzt. Durch einen Überhang vom Vorjahr wurde hier ein Erfüllungsstand von 165 % erreicht. Eine Futtermittelsperrung wurde veranlasst. Zur Erhebung von Ordnungs- und Bußgeldern kam es 2005 nicht. Es mussten jedoch mündliche Verwarnungen ausgesprochen werden. Ab 2006 wird die Futtermittelkontrolle Bestandteil der einzuhaltenden Normen im Rahmen von Cross-Compliance sein, wonach dann auch die Nichteinhaltung futtermittelrechtlicher Bestimmungen zu Sanktionen führen kann.

Auch in diesem Jahr nutzten zahlreiche Unternehmen der Landwirtschaft sowie ein Vermarktungsunternehmen die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. So wurden allein nach den Fördergrundsätzen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und für ergänzende Landesmaßnahmen 33 Anträge mit einem förderfähigen Investitionsvolumen von ca. 6,67 Millionen € gestellt. Insgesamt konnten Zuschüsse in einer Höhe von ca. 1,48 Millionen € und dabei zinsverbilligte Darlehen in einer Höhe von ca. 2,29 Millionen € bewilligt werden. Mit Hilfe der finanziellen Mittel wird die Neuansiedlung von fünf Unternehmen verschiedenster Produktionsausrichtungen, wie die des Gartenbaus, der Schweine-, Pferde- und Schafhaltung sowie des aufbereitenden Gewerbes, im Landkreis Teltow-Fläming unterstützt. Bei erfolgreicher Umsetzung aller Vorhaben können somit ca. 23 neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden. Darüber hinaus wurde - wie bereits im vergangenem Jahr - in Maßnahmen der Tierhaltung (z.B. zur Verbesserung des Stallklimas, der Tierhygiene und –gesundheit) sowie in den Bereichen Pferdepension, bodenschonende Technik, Bewässerung und in Stall- bzw. Hofarbeitsmaschinen investiert. Auf dem Sektor der erneuerbaren Energien galt das Interesse der Unternehmen besonders dem weiteren Bau von Biogasanlagen.

Im Berichtszeitraum wurden 502 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den 386 vorliegenden Kaufverträgen haben 131 Landwirte Flächen käuflich erworben. Hier zeichnet sich eine steigende Tendenz gegenüber den Vorjahren ab. Der Flächenverkauf durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) umfasst nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz eine Fläche von insgesamt 4.608,11 ha. Im Jahre 2005 wurden dabei 372,81 ha mit einem Durchschnittspreis von 0,11 €/m² veräußert. Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden insgesamt 6.248,73 ha veräußert, davon im vergangenen Jahr 1.330,48 ha mit einem Durchschnittspreis von 0,19 €/m². Die 339 landwirtschaftlichen Unternehmen haben insgesamt 12.173 Pachtverträge abgeschlossen. Sie bewirtschaften eine Pachtfläche von 86.648 ha. Der zu zahlende Pachtpreis an die Verpächter beträgt 5.233.129 €. Die Landschaftsfördervereine des Landkreises haben bisher 1.779 ha aufgekauft, wobei der Anteil außerhalb der Schutzgebiete bei 284 ha liegt. Für Infrastrukturmaßnahmen wurden der Landwirtschaft von 1990 an ca. 2.679 ha LN für Baumaßnahmen entzogen.

Im Landkreis Teltow-Fläming wurde im Zeitraum von November 2004 bis zum Juni 2005 durch die Landplan GmbH ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis erarbeitet. Der Prozess ist von der Arbeitsgruppe „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (AG ILE) begleitet worden. Am 27. April 2005 wurde die Entwurfsfassung des ILEK im Rahmen einer Regionalkonferenz den relevanten Akteuren der Region wie den Gemeinden, dem Amt Dahme/Mark, den Vereinen, Verbänden und Unternehmen im ländlichen Raum vorgestellt.

Im Juli 2005 erfolgte die Zustimmung zum ILEK durch das LVLF am Dienstsitz Brieselang. Seit dem 27. September 2005 arbeitet das Regionalmanagement zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung des ILEK für den Landkreis Teltow-Fläming. Im Rahmen der ILE-Richtlinie wurden 2005 Fördermittel in Höhe von 1,35 Mio. € bewilligt. Die Arbeit des Regionalmanagements wird von der Arbeitsgruppe ILE begleitet, unterstützt und bewertet.

Flurneuordnungsverfahren im Landkreis umfassen ein Gebiet in Baruth mit 1.602 ha, Klein Schulzendorf - Wiesenhagen I mit 588 ha, Klein Schulzendorf – Wiesenhagen II mit 824 ha, Riebener See mit ca. 707 ha (2.162 ha) und Oehna mit ca. 5000 ha. Geplant sind weitere Verfahren in Dahme/Mark mit 1.400 ha, Mückendorf mit 1.000 ha und in Blönsdorf mit 4.000 ha.

Das Jahr 2005 war das Jahr des 5. Kreiswettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“. Stärker als bisher steht jetzt die Zukunft bei der Bewertung im Vordergrund. Bewertet wird, wie die Dörfer mit ihren individuellen Ausgangsbedingungen sowie kulturellen Traditionen umgehen und damit ihre eigene Zukunft nachhaltig gestalten wollen. Dank des Sponsorings der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, der VR-Bank Fläming eG und der Bausparkasse Schwäbisch Hall konnte ein Sonderwettbewerb in vier Kategorien ausgelobt werden. Schwerpunkte waren:

1. die hervorragende Vereinstätigkeit mit dem Schwerpunkt erfolgreicher Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
2. herausragende Beispiele zur Belebung des ländlichen Tourismus
3. Umnutzung nicht mehr genutzter Gebäude
4. Erhaltung historischer Bausubstanz.

Im September erfolgte die Bewertung von neun Dörfern, die sich der Beurteilung nach den fünf Fachbewertungsbereichen gestellt und sich mehrheitlich auch mit einzelnen Prämierungsvorschlägen am Sonderwettbewerb beteiligt haben. Darüber hinaus sind die Teilnehmer am Sonderwettbewerb in den verschiedenen Kategorien in zehn weiteren Dörfern bewertet worden. Insgesamt wurden 25 Prämierungsvorschläge für die Teilnahme an diesem Sonderwettbewerb eingereicht.

Das diesjährige 5. Kreiserntefest fand in Jüterbog, Ortsteil Werder statt. Eine Vielzahl von Ständen mit regionalen Produkten, die Öffnung der Höfe als Milch-, Kartoffel-, Kleintier- oder Technikhof sowie ein imposanter Festumzug mit altem Brauchtum und Handwerk sowie alter und neuer Landtechnik fand großen Anklang bei den Besuchern. Der an der Flaeming-Skate gelegene Erlebnishof konnte dabei ein vielfältiges Programm darbieten. Das Landwirtschaftsamt hat mit der Betreuung von zwei Ständen seinen Beitrag geleistet. Sie widmeten sich dem Roggenanbau und dessen Verwendung als Mehl- und Backwaren sowie der Anwendung und Umrüstung von Landmaschinen auf Biodiesel.

Das Jahr 2005 stand auch im Zeichen des Erfahrungsaustausches mit dem Partnerlandkreis Gniezno. Nach dem interessanten Besuch von landwirtschaftlichen Vertretern aus Teltow-Fläming im Frühjahr 2005 und dem Kennenlernen polnischer landwirtschaftlicher Unternehmen und deren Einstieg in die europäische Agrarwirtschaft besuchten im September polnische Landwirte den Landkreis Teltow-Fläming. Sie konnten hier interessante Betriebe und Einrichtungen kennenlernen. Alle Beteiligten und auch der Bauernverband des Landkreises Teltow-Fläming haben diese positive Entwicklung begrüßt und wollen sie weiter fortsetzen.

Die Landwirtschaft wird nach wie vor von einem raschen technischen Fortschritt, einem anhaltenden betrieblichen Strukturwandel und einer fortlaufenden Veränderung ihrer Rahmenbedingungen geprägt. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft erfordert ein modernes Management und qualifizierte flexible und sozialkompetente Mitarbeiter, Fach- und Führungskräfte. Diesen Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung muss die Landwirtschaftsschule als regionale Bildungseinrichtung im Agrarbereich gerecht werden. Mit den Schwerpunkten Meister- und Facharbeiterausbildung sowie Fortbildung in allen agrarwirtschaftlichen Bereichen und dem Bildungsberatungsservice steht ein bedarfsgerechtes und berufsbegleitendes Angebot zur Verfügung. Neben der Vorbereitung auf staatliche Abschlüsse konnten auch viele Fortbildungskurse mit Zertifikat sowie sonstige Kurse im Gartenfachbereich zu Cross-Compliance oder anderen landwirtschaftlichen Beratungen durchgeführt werden. Die Aufgaben der Landwirtschaftsschule bestanden im Jahr 2005 schwerpunktmäßig aus Themen zur Umsetzung der GAP-Reform. Auch im Jahre 2005 hat sich die Landwirtschaftsschule als regionale Bildungseinrichtung im Agrarbereich einer allgemeinen Qualitätssicherung nach Normen und Standards unterzogen mit dem Ziel einer Qualitätszertifikation.

Insgesamt konnten 2005 folgende Maßnahmen mit entsprechender Teilnehmerzahl in der Landwirtschaftsschule zum Abschluss gebracht werden:

Ausbildung zum Landwirt	15 Teilnehmer
Pflanzenschutz	30 Teilnehmer
Ökolandbau	12 Teilnehmer
Agrarantrag „Online“ - Grundlehrgang - Aufbaulehrgang	 5 Teilnehmer 7 Teilnehmer
Umgang mit der Motorsäge	12 Teilnehmer
Ausbilderstammtisch	16 Teilnehmer
Cross-Compliance	13 Teilnehmer
Weiterbildung Gartenfachberater	102 Teilnehmer
Weiterbildung für gewerbliche Anbieter von Planzenschutzmitteln	35 Teilnehmer
Winterschulung für Landwirte	113 Teilnehmer

Nach über 10-jähriger Tätigkeit des Landwirtschaftsamtes am Verwaltungssitz Jüterbog haben die Mitarbeiter am 24. Oktober 2005 ihre Tätigkeit in den Räumen in der Kreisverwaltung in Luckenwalde aufgenommen. Eine gute Organisation des Umzuges nach Luckenwalde hat dazu beigetragen, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen bei der Bearbeitung der Agraranträge gekommen ist und damit eine termingerechte Zahlung der Direktbeihilfen an die Landwirte sichergestellt werden konnte.

Hoch- und Tiefbauamt

Das Hoch- und Tiefbauamt mit seinen drei Sachgebieten Hochbau, Tiefbau, Kreisstraßenmeisterei und das seit 01. Juli 2003 in die Stabstelle des Amtes integrierte Sachgebiet Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht hat auch im Jahr 2005 als technisches Fachamt seine Arbeit auf Bauinvestitionen, Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und im Straßenbereich konzentriert.

Sachgebiet Hochbau

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Hochbau setzten sich im abgelaufenem Haushaltsjahr 2005 für den Umbau und die Erhaltung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften ein. Es wurden Umbauten, Instandsetzungen und Modernisierungen qualitätsgerecht, nach den Normen und dem Stand der Technik durchgeführt.

Schwerpunkte waren:

- Umbau des ehemaligen Internatsgebäude des Gymnasiums Ludwigsfelde zu Fachunterrichtsräumen und einer Schülerspeisung
- Umbau und Modernisierung der Rettungswache Ludwigsfelde
- Neueindeckung des Gymnasiums Luckenwalde
- Teilerneuerung von Dachflächen am Gymnasium Jüterbog/Goethehaus
- Planung und Ausschreibung für Fassadenneugestaltung des Gymnasiums Rangsdorf
- Umstellung der Heizungsanlage im OSZ Luckenwalde/Schieferling von Öl auf Gas sowie die Erneuerung sämtlicher Heizflächen durch energiesparende Radiatoren
- Heizungsumstellung von Öl auf Gas am Wohnheim des OSZ Luckenwalde sowie behindertengerechte Erneuerung der Außentreppenanlage zum Wohnheim
- Bauwerkstrockenlegung und Erneuerung der Elektroinstallationen sowie notwendige Malerarbeiten an der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf
- Akustikwand und –decken sowie Malerarbeiten in den Musikschulen Luckenwalde und Jüterbog
- Fenstererneuerung im Übergangswohnheim für Asylbewerber in Luckenwalde

Zur Sicherung der Bausubstanz kreislicher Gebäude und Einrichtungen erfolgten weitere Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen.

Eigene Planungsleistungen für Gebäude, Freianlagen und für die technische Gebäudeausrüstung wurden in Höhe von ca. 300.000 € erstellt. Zusätzlich erbrachten Planungsbüros Leistungen für Statik und Haustechnik mit einem Wertumfang in Höhe von 47.000 € .

Für Ausschreibungen und Vergaben von Bauleistungen wurden 89 Verfahren mit einem Finanzvolumen von 1,26 Mio € getätigt. 315 Aufträge mit einem Gesamtbauvolumen von 2,0 Mio € wurden an Firmen und Betrieben vergeben. Davon wurden 85,4 % der Aufträge von im Landkreis ansässigen Unternehmen realisiert.

Für Städte, Gemeinden und Gesellschaften erstellte das Sachgebiet Hochbau fünf baufachliche Stellungnahmen und vier Prüfungen von Verwendungsnachweisen.

Sachgebiet Tiefbau

Das Sachgebiet Tiefbau nimmt die Aufgaben war, die sich aus der Baulast für ca. 200 km Kreisstraßen, ca. 57 km begleitende Radwege sowie ca. 185 km Rad- und Skateweg (Flaeming-Skate®) ergeben. Diese Aufgaben umfassen die Organisation, Ausschreibung und Beauftragung der betrieblichen und baulichen Unterhaltung sowie die Instandsetzung der Straßen, Brücken und Radwege. Weiterhin zählt zu den Aufgaben die Planung, Ausschreibung und Durchführung des Neubaues und der Erneuerung von Straßen, Brücken und Radwegen sowie die Organisation des Winterdienstes

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden ca. 220 Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 985.000 € für die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege sowie der Flaeming-Skate® realisiert (u.a. Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Straßendecken).

Der Winterdienst auf den Kreisstraßen wird auf Basis vertraglicher Regelungen durch Firmen aus dem Kreisgebiet durchgeführt, da diese Aufgaben nicht zum Leistungsprofil der Kreisstraßenmeisterei zählen. Hierbei haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 194.000 € erbracht. Der Einsatz des Winterdienstes erfolgt eigenverantwortlich durch die beauftragten Firmen. Dem Sachgebiet obliegt hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Folgende Bauvorhaben zur Erneuerung und zum Neubau von Straßen, Brücken und Radwegen wurden im Jahr 2005 realisiert:

- Fertigstellung der Umverlegung der Kreisstraße einschließlich Errichtung einer Straßenüberführung über die Bahn, Herrichtung eines Kellergewölbes zu einem Fledermausquartier, Ausgleich- und Ersatzpflanzungen an der K 7225 bei Baruth/Mark
- Erneuerung der Fahrbahn in der Ortsdurchfahrt Neuheim der K 7217 einschließlich Herstellung einer Straßenentwässerungsanlage
- Instandsetzung der Fahrbahn der Ortsverbindung von Neuheim nach Grüna (K 7217)
- Herstellung einer Straßenentwässerungsanlage (Regenwasserkanal) in der Ortsdurchfahrt Ahrensdorf der K 7220
- Erneuerung des Radweges an der Ortsverbindung von Gottow nach Luckenwalde der (K 7222)
- Ersatzneubau der Brücke über einen Graben bei Rinow an der K 7207

- Erneuerung der Fahrbahn in der Ortsdurchfahrt Sperenberg (Zossener Allee) der K 7228
- Erneuerung der Fahrbahn der K 7237 im Bereich Südringcenter/Rangsdorf sowie Instandsetzung der Fahrbahn der Ortsverbindung zwischen B 96 und Klein Kienitz
- Umbau des Windschutzstreifens einschließlich Erneuerung des Radweges an der K 7230 als Verbindung von der L 70 nach Christinendorf
- Herstellung eines Radweges an der B 101 im Bereich Thyrow (Finanzierung erfolgte durch den Landesbetrieb Straßenwesen)

Folgende Bauvorhaben wurden im Jahr 2005 begonnen und werden 2006/2007 fertiggestellt:

- Erneuerung der Fahrbahn in der Ortsdurchfahrt Nettgendorf der K 7219 einschließlich Herstellung einer Straßenentwässerungsanlage (Regenwasserkanal)
- Erneuerung der Fahrbahn und Herstellung eines Radweges an der K 7220, Ortsverbindung von Ruhlsdorf nach Liebätz
- Erneuerung der Fahrbahn der K 7213, Ortsverbindung von Schönefeld nach Wergzahna und in der Ortsdurchfahrt Wergzahna einschließlich Herstellung einer Straßenentwässerungsanlage

Weitere Aufgabengebiete des Sachgebietes Tiefbau sind die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse), die Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde bei der Benutzung der Kreisstraßen und Radwege (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), Mitwirkung bei der Bearbeitung von Schadensmeldungen an Kreisstraßen sowie die (rechtliche) Straßenaufsicht für die Gemeindestraßen.

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde wurden 343 Vorgänge (vielfach mit Ortsbesichtigungen) bearbeitet.

Des weiteren wurden als Fachbehörde 44 Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen abgegeben sowie Genehmigungen für Brückenbauwerke im Zuge von Gemeindestraßen erteilt.

Im Rahmen der Straßenaufsicht führte das Sachgebiet Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden durch.

Sachgebiet Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung unserer Verkehrssicherungspflicht und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, straßenbegleitenden Radwegen und dem Netz der Flaeming-Skate® hat die Kreisstraßenmeisterei (KSM) folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Bankettpflege
- Frühjahrs-, Zwischen- und Herbstmahd entlang der Flaeming-Skate®
- Wildwuchsbeseitigung und Baumpflege und Baumfällungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Winterdienst auf straßenbegleitenden Radwegen und der Flaeming Skate®
- Verkehrstechnische Absicherung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen und der Flaeming-Skate®

Der Arbeitsumfang auf der Flaeming-Skate® insbesondere durch die weitere Inbetriebnahme von 15,2 km Streckennetz (RK 4) hat die Arbeitsaufgaben auf nunmehr 185 km Netzlänge ausgedehnt. Permanente Streckenkontrollen auf dem Flaeming-Skate® -Gesamtnetz sowie Pflegearbeiten und die Beseitigung von Schäden am Streckennetz und den Rastplätzen und Brücken werden durch die Mitarbeiter der KSM abgesichert. Der Kontakt zu Nutzern der Flaeming-Skate® wird durch zwei Mitarbeiter im täglichen Einsatz und über die Internetseiten gehalten und so auf Hinweise und Anregungen kurzfristig reagiert.

Eine besondere Herausforderung waren in diesem Jahr die Veranstaltungen auf der Flaeming-Skate® und in der Skate-Arena Jüterbog zu den Europameisterschaften und den Deutschen Meisterschaften im Speedskating.
Im Rahmen von Amtshilfe für andere Ämter wurden illegal aufgestellte Werbeanlagen entfernt, dokumentiert und eingelagert. Nach Bedarf wurden Transportarbeiten für das Hauptamt und das Schulverwaltungsamt durchgeführt.

Stabsstelle/SB Wohnungsbauförderung/ Wohnungsaufsicht

Auch im Jahr 2005 konzentrierten sich die Förderungsmaßnahmen weiterhin auf die Entwicklung der Innenstädte und damit auf den bereits vorhandenen Wohnungsbestand.

Der Rückbau von nicht mehr erhaltenswerter Bausubstanz wurde im Vergleich zum Vorjahr in gleichem Umfang fortgeführt. Der leer stehende und nicht weiterhin nutzbare Wohnraum in der Kreisstadt Luckenwalde konnte so im Jahr 2005 um wiederum 139 Wohnungen mit insgesamt 7516 qm Wohnfläche reduziert werden.

Um diesen Prozess kontinuierlich fortzuführen, ist in einigen Fällen eine Breitstellung geeigneter Ersatzwohnungen Voraussetzung, denn nicht alle Rückbauobjekte sind bereits zu 100% leer stehend.

Auch aus diesem Grund werden von allen Beteiligten große Anstrengungen unternommen, die Wohnungen der Volksheimsiedlung instand zu setzen und zu modernisieren, um somit ein erhaltenswertes Wohnensemble der Stadt Luckenwalde zu bewahren und kleine preiswerte und moderne Mietwohnungen zu schaffen. Über die von der Kreisverwaltung positiv beschiedenen Förderanträge wurde bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Landesebene noch nicht entschieden.

Das Förderprogramm zur Bildung von Wohneigentum in der vorhandenen Altbausubstanz ist auch 2005 in den Städten des Landkreises in neun Fällen in Anspruch genommen worden.

Die Nachfrage nach modernen preisgebundenen Mietwohnungen war im Jahr 2005 außerordentlich hoch. Insgesamt stieg die Anzahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine um 30 %. Nicht zuletzt durch die Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Harz IV-Gesetz kam es besonders im Norden des Landkreises zu ersten Problemen bei der Versorgung mit Sozialwohnungen für den berechtigten Personenkreis.

In diesem Zusammenhang kam den Aufgaben der Wohnungsaufsicht eine größere Bedeutung zu. Im Rahmen der Sonderaufsicht über das Wohnungswesen wurde die Einhaltung aller Auflagen und Bedingungen, die im Zuge der Fördermittelbereitstellung festgelegt worden sind, überprüft. Schwerpunkte waren nicht nur die korrekte Ermittlung der Einkommen der Mieter, sondern auch die Einhaltung der zulässigen Miethöhe und die Erfüllung anderer Pflichten der Vermieter.

Gegen überhöhte Mietforderungen ging die Kreisverwaltung gezielt vor, um die berechtigten Interessen der Mieter zu schützen.

Die Zahl der Widersprüche gegen nicht erteilte Wohnberechtigungsscheine stieg im Vergleich zum Vorjahr um 40%, was ebenfalls ein Indiz für die gestiegene Nachfrage nach Sozialwohnungen zu werten ist.

Den in diesem Zusammenhang gestiegenen Anforderungen an die zuständigen Sachbearbeiter in den Gemeinden wird durch entsprechende Weiterbildungen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Rechnung getragen.